Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH 252 21. Oktober 1978

Redaktionsschluss: Donnerstag 16 Uhr
Postanschrift: Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90
Telefon: 0611 / 704 352
Druck: Druckladen, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90



ERFAHRUNGSBERICHTE ÜBER ABTREIBUNGEN GESUCHT

Wir sind eine Frauengruppe aus Bietigheim, die bisher aus Selbsterfahrungs- bzw. Gesprächsgruppen bestand. Nachdem einige Frauen von uns nach einer Abtreibung Schwierigkeiten hatten, das Ganze zu verarbeiten, kamen wir auf die Idee, eine Untersuchung und eventuell eine Dokumentation zum Thema Abtreibung zu machen. Wir glauben, daß es vielen Frauen schwer fällt, eine Abtreibung zu verarbeiten und daß es hilfreich sein könnte, zu lesen oder zu hören wie es anderen Frauen erging, welche Gefühle und Ängste sie hatten.

Um unsere Untersuchung zu machen, brauchen wir die Mithilfe möglichst vieler Frauen, die uns eine Art Erfahrungsbericht über ihre Abtreibung schicken. Und zwar sollte drinstehen: kurz einige persönliche Angaben (Alter,Beruf,Wohnsituation, Familienstand ...), der Grund für die Abtreibung, wie die Abtreibung verlief (legal oder illegal, was für ein Krankenhaus, welche Methode wurde angewandt, wie hat man euch behandelt ...) und – was am Wichtigsten ist – wie habt ihr die Abtreibung verarbeitet (konntet ihr mit jemand darüber reden, welche Gefühle hattet ihr, habt ihr die Abtreibung bereut ...)
Wir werden mit allen Zuschriften natürlich streng vertraulich umgehen.

Wer Interesse an unserer Arbeit hat, kann uns schreiben, wir schicken ihr oder ihm gerne eine Dokumentation zu. Wir haben auch vor, die Ergebnisse (falls überhaupt genügend Material zusammenkommt) in Zeitungen, die sich dafür interessieren zu veröffentlichen.

Unserer Kontaktadresse ist: **Renate Krapf, Schloßstr. 32, 7122 Ingersheim**

Das ID-Titelbild ist eine Wandmalerei. Es ist als Plakat im DIN A2-Format und vierfarbgedruckt für glatte sieben Mark zu haben bei: Discordiavertrieb, Weyertal 13, 5000 Köln 41. – Zum Thema Wandmalereien siehe auch den Bericht vom kleinen Gespenst auf der Seite

BUCHLADEN AM SEDANPLATZ

Am 2.November wird in Wiesbaden der ‚Buchladen am Sedansplatz' eröffnet. Die Initiatoren bezeichnen ihn selbst als „ersten sozialistisch demokratischen Buchladen". In dem Buchladen soll sich dann auch ein Kommunikationszentrum mit Lese- und Arbeitsraum befinden. Okzitanischen Wein und Schallplatten werden da ebenfalls verkauft.

Kontakt: **Buchladen am Sedansplatz, Westendstraße 1 6200 Wiesbaden**

„die tageszeitung": MAGAZINNUMMER ZUR BUCHMESSE

FRANKFURT, 21. Oktober 1978

„die tageszeitung" hat eine Magazinnummer zur Buchmesse mit Diskussionsbeiträgen zur Bewältigung des „Deutschen Herbst" gemacht:

Amnestie für die politischen Gefangenen ?
Besprechungen neuer Bücher
Was ist das Selbstverständnis der Tageszeitung ?
Avantgarde und Gesellschaft, von L. Ferrari
und und und...

Die Sondernummer gibt es nur über den Buchhandel (die, die die tageszeitung schon abonniert haben, bekommen die Magazinnummer zugeschickt).

Adresse der Tageszeitungsinitiative: c/o Johannes Winter, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90.

WORKSHOP SCHREIBENDE SCHWULE

Der schwule literarische Salon in Westberlin veranstaltet vom 18. bis zum 21. November 1978 einen Workshop ‚Schreibende Schwule'. Wer teilnehmen will, sollte sich bis spätestens 14 Tage vorher anmelden.

Kontakt: **Schwuler literarischer Salon, c/o Bernd Gaiser, Moselstraße 1, 1000 Berlin 41**

BROSCHÜRE ZUM ‚SEXUELLEN MISSBRAUCH VON KINDERN'

MARBURG 10. Oktober

Eine Marburger Frauengruppe beschäftigt sich seit einiger Zeit mit einem in Baden-Württemberg gefällten Urteil zum „sexuellen Mißbrauch von Kindern". Das Ergebnis war in der zweiten Instanz eine saftige Geldstrafe und 'ne Menge Anwaltskosten. Wir berichteten darüber bereits in ID 219, 4.3.78, S.14.
Inzwischen hat die Gruppe eine Dokumentation geschrieben. Sie enthält eine Beschreibung der Ereignisse, eine Analyse der Urteile und der Gutachten verschiedener Seiten, sowie eine Einschätzung der ganzen Vorfälle. Sie ist erhältlich bei

Sibylle Hausmann, Im Paradies 1, 3550 Marburg-Wehrda. Unkostenbeitrag 1,-- DM..

H.-J. KLEIN INTERVIEW

FRANKFURT 17. OKTOBER

In der Libération erschien vor kurzem ein Interview mit Hans Joachim Klein. Es ist übersetzt worden und erschien als 16-seitige Broschüre.

Bestellungen laufen nur gegen VORAUSKASSE (auch bei Buchläden). Einzelbestellungen nur aus der Provinz, die Städter müssen sich in ihre linken Buchläden bemühen. Das Ding kostet 1.50 .– DM (+ .– 50 DM Rückporto). Am Besten in Briefmarken.

Adresse: **Pflasterstrand GmbH
Hamburger Allee 45
6 Frankfurt 90
Tel.: 70 30 87**
Für Buchläden, Konto-Nr. 4902 47600, BLZ 500 800 000 Dresdner Bank Frankfurt

PRESSE–KONFERENZ ZUM RUSSELL–TRIBUNAL

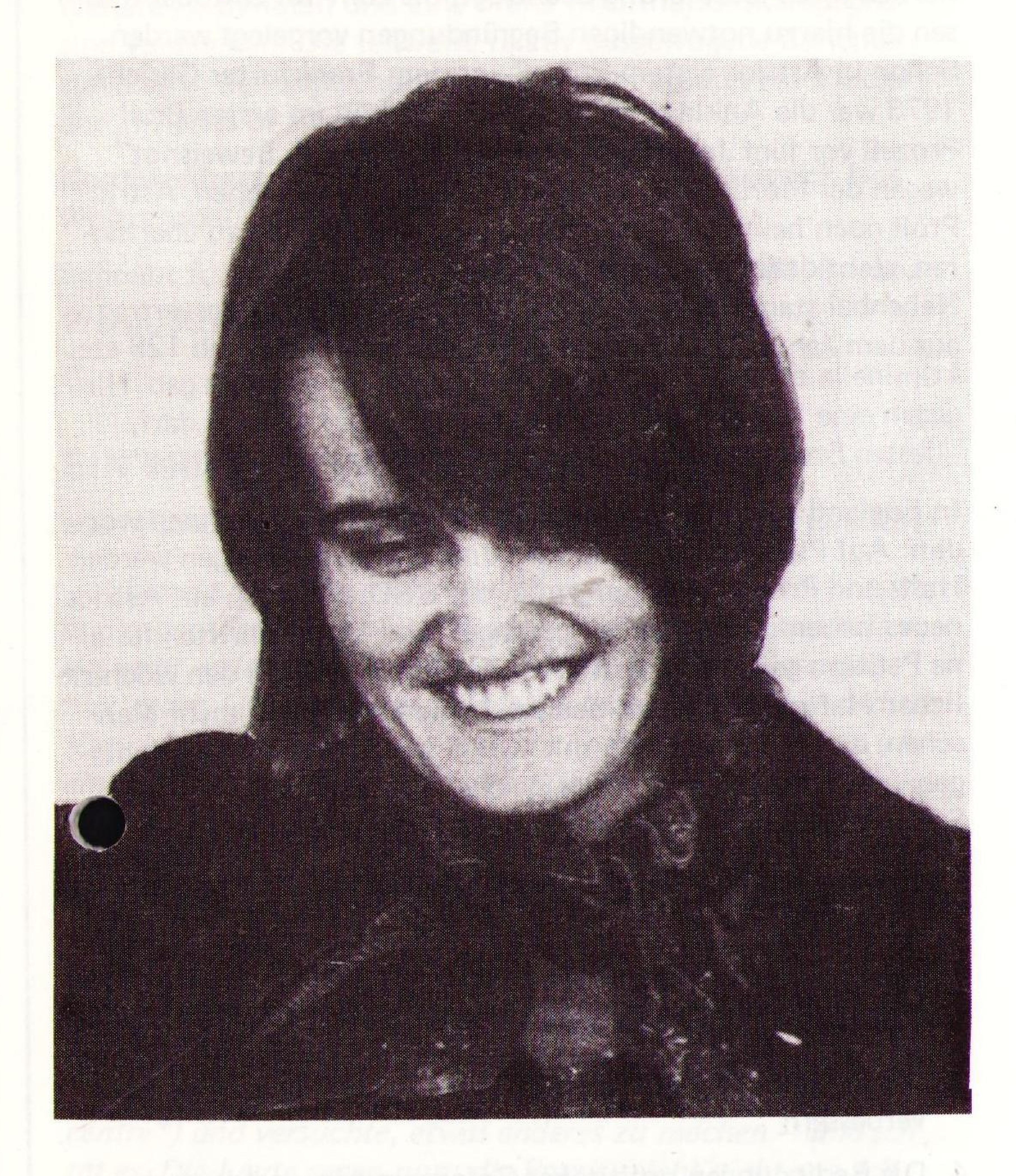
BONN 16. Oktober

Am 8. November lädt das Sekretariat des dritten Russell-Tribunals zu einer Pressekonferenz ins Hotel Tulpenfeld in Bonn.
Themen sind der Abschlußbericht der ersten Sitzungsperiode und ein Ausblick auf die zweite Sitzungsperiode mit den Themen 'Zensur', 'Verfassungsschutz', 'Verletzung der Menschenrechte von Personen, die in ein Strafverfahren involviert sind'.

Das Thema 'Haftbedingungen der politischen Gefangenen' ist aus dem Katalog der zu behandelnden Themen gestrichen. Nach Beendigung der ersten Sitzungsperiode im April 1978 war eine Unterkommission in der Jury des Tribunals gegründet worden, die sich mit den Haftbedingungen in Stammheim befassen wollte.

Kontakt: Sekretariat des dritten Russell-Tribunals, Ahornstr. 5, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/211 91 38

ES GEHT UM DAS LEBEN VON ASTRID PROLL



LONDON
Oktober 1978

„... Im Urlaub in England – während der Zeit der Verhaftung Astrid Prolls – war ich in Kontakt mit ihren Freunden, die versuchen, ihre Auslieferung zu verhindern. Anbei ein kurzer Bericht, der im wesentlichen auf Erklärungen des Kollektivs „Friends of Astrid" beruht...
Bitte veröffentlicht die Informationen und überlegt, wie/was ihr/wir gegen ihre Auslieferung und zur Unterstützung Astrids tun können; sie ist bereits 1974 knapp dem BRD-Gefängnistod entkommen und hat mit bewundernswerter Kraft in England ein Leben aufgebaut..."

Am 15. September wurde Astrid Proll in einer Nordlondoner Autowerkstatt, wo sie arbeitslosen Schulabgängern Mechanik beibrachte, von Bullen der englischen Spezialeinheit ATS (Anti Terrorist Squad) festgenommen. Fast schon nach westdeutschem Vorbild drangen 20 bis 25 dieser Spezialbullen in den work-shop ein. Auf die Frage des Werkstattleiters nach einem Haftbefehl antworteten sie nur: „Den brauchen wir nicht" (daily telegraph vom 16.9.). Auch auf dem am Tage drauf stattfindenden Kongreß „Women in manual trades" – eine Gruppe von Frauen in handwerklichen Berufen –, der Anna/Astrid angehört hatte, trieben sich reichlich Bullen rum.

Noch am selben Abend – nicht einmal zwei Stunden nach der Festnahme – startete die Presse ihre Kampagne: halb- und ganzseitige Schlagzeilen auf den Titelseiten: „Terror-girl", „Baader-woman", Spekulationen, daß ihre Adresse bei dem kürzlich in Düsseldorf abgeknallten Willy Peter Stoll gefunden worden wäre, die allerdings allesamt von der Polizei dementiert wurden. Auch die Story, daß Frauen, die sich zu sehr um ihren Beruf und ihre Selbständigkeit kümmern, „natürlich" mit Aggressionen, Frustation, Sterilität (!) – kurz: beim Terrorismus landen, durfte natürlich nicht fehlen (z.B. daily mirror). Am übelsten war allerdings Daily mail, der am Montag, 18.9., versuchte, mit der freierfundenen ganzseitigen Titelschlagzeile das Klima anzuheizen, Susanne Albrecht („Terrorgirl Nr. 2") würde in England gesucht. Gleichzeitig preßten Journalisten eben dieser Zeitung aus einem völlig verdatterten und eingeschüchterten Bekannten Astrids heraus, ihre Freundin Karin habe „wohl möglich Albrecht mit Nachnamen geheißen und sei jetzt untergetaucht", um damit Karin „zum Abschuß freizugeben und gleichzeitig Astrids größere „Gefährlichkeit" zu suggerieren, da inzwischen auch in der englischen Presse berichtet wurde, daß sie seit ihrer Ankunft in England keinerlei Kontakte zur RAF unterhalten hätte. Astrids Freundin Karin, die seit Jahren legal in England lebt und arbeitet, ging von sich aus zur Polizei, um ihre „Unverdächtigkeit" überprüfen zu lassen und außerdem Astrid im Untersuchungsgefängnis besuchen zu können.

Astrid Proll war eine der ersten RAF-Genossinnen gewesen und bereits 1971 festgenommen worden. Ohne verurteilt zu sein, d. h. in „Untersuchungshaft", verbrachte sie von 1971 bis 1974 drei Jahre in Totalisolation, davon den Hauptteil im „Toten Trakt" in Köln-Ossendorf und viereinhalb Monate (von Anfang November 71 bis Januar 72 und vom 15. April bis 15. Juni 72) in sensorischer Deprivation (camera silence); Ulrike Meinhof beschrieb die Situation in diesen Folterzellen wie folgt:

„Durch derartige Haftbedingungen wurde Astrids Gesundheit so zu Grunde gerichtet, daß sie schließlich wegen zu niedrigem Blutdruck in akuter Lebensgefahr schwebte. Selbst die staatlichen Gutachter waren gezwungen, diese akute Lebensgefahr als Folge der Haftbedingungen zu attestieren, so daß A. schließlich ins Krankenhaus eingeliefert wurde und als einziger (linker!) politischer Häftling jemals in der BRD vorübergehend aus der Haft entlassen wurde. Danach entzog Astrid sich vernünftigerweise dieser mörderischen Justiz."

Astrid ging nach England, wo sie ihre Gesundheit und ihre Persönlichkeit wieder herstellte und sich ein neues Leben aufbaute:

„Während der vier Jahre, in denen sie in England als Anna Puttnick lebte, arbeitete sie zunächst als Gärtnerin in Hackney (Londoner Ostbezirk) und als Mechanikerin in Lesneys Werkzeugfabrik in Ostlondon. Dann machte sie eine Ausbildung als Autoschlosserin im Poplar Ausbildungszentrum. Während der letzten neun Monate arbeitete sie als Ausbilderin in einem staatlichen Automechnik-work shop für junge Arbeitslose. Der workshop war eingerichtet worden als Versuch, diesen Jugendlichen – zum Hauptteil farbige Immigranten – etwas Zukunft zu ermöglichen. Die Leute, die dort arbeiteten, hatten ihn aus dem Nichts aufgebaut...

Trotz ihrer Probleme, ihren schlimmen Zustand zu überwinden, der Notwendigkeit ihre Identität zu verstecken und ihrer ständigen Angst vor Entdeckung, war sie stets aktiv als Feministin und Antirassistin. Sie war stark beteiligt an den Arbeitskämpfen... sie lebte in einem der ärmsten Viertel Londons inmitten der Squatter-(Hausbesetzer)gemeinschaft und den Kämpfen der Arbeiter, die von Bodenspekulation und Arbeitslosigkeit betroffen sind und dem ständigen Kampf zwischen Immigranten und faschistischen Organisationen... Überall wo sie arbeitete und lebte, baute sie starke intensive politische und persönliche Beziehungen auf... das ist ihre Art, wie sie sich anderen Menschen gegenüber verhielt: ihre Wärme, ihre Hilfsbereitschaft, ihre Offenheit haben ihr viele Freundschaften eingebracht.. Sie ist bekannt in der Frauenbewegung und hat einen Automechanikkurs für Frauen eingerichtet. Sie hat sich um die Kinder von Freunden gekümmert, um diese für ihre eigenen Aktivitäten zu entlasten und unterhält mit diesen Kindern enge Beziehungen. Das ist typisch für ihre „positivness", andere Menschen zu ermutigen, Dinge zu tun, die sie vorher nicht für möglich gehalten hätten, dies ist Astrids große Stärke, daß sie solche guten Seiten auch in anderen Menschen hervorbringen kann."
(Alle Zitate aus dem Flugblatt und den Presseerklärungen von „Friends of Astrid".)

Zeugnis ihrer Aktivität, ihrer Beliebtheit und ihrer Freundschaften sind nicht zuletzt die Unterstützung und Anteilnahme ihrer Arbeitskollegen, der Jugendlichen im work-shop, bis hin zum Leiter der Werkstatt, die alle öffentlich gegen eine Auslieferung und für ihre Freilassung eingetreten sind, sowie vor allem das starke Engagement ihrer Freunde im Kollektiv „Friends of Astrid", eine Gruppe, die sich wenige Tage nach ihrer Festnahme gründete:

„Astrids viele Freunde in England, die sie sehr liebgewonnen haben während der vier Jahre, die sie hier war, sind entschlossen, ihre Auslieferung zu stoppen. Wir haben ein Verteidigungskomitee organisiert unter dem Namen „Friends of Astrid Proll". Wir bauen eine legale und humanitäre Kampagne auf, um die breitestmögliche Unterstützung zu bekommen. Wir fürchten um ihr Leben, wie sie selbst auch, wissend, daß bereits das Leben von acht RAF-Gefangenen durch den „demokratischen" westdeutschen Staat zerstört worden sind, und daß England einverstanden sein wird, Westdeutschlands Aufforderung nachzukommen, besonders im Licht des neu unterzeichneten Abkommens „zur Unterdrückung des Terrorismus" (aus der Presseerklärung für die internationale Presse).

Bereits am Tage nach ihrer Festnahme wurde auf dem Kongreß von „Women in manual trades" eine Erklärung verabschiedet, in der es heißt: „Die Konferenz drückt ihren Schrecken und ihre Betroffenheit aus auf die Verhaftung von Anna Puttnick, die als Monteurin und Automechanikerin in „Women in manual trades" gearbeitet hat... Diejenigen von uns, die sie kannten, mögen sie gern, achten sie und widersetzen sich stark jedem Versuch, sie der hohen Todesrate als Terroristen-Verdächtige in westdeutschen Gefängnissen auszusetzen, wo wir um ihr Leben fürchten."

Obwohl den westdeutschen Behörden sehr wohl bekannt sein dürfte, und wohl auch ist, daß Astrid seit ihrem Aufenthalt in England keinerlei Kontakte zur RAF hatte, wurde am 17.9. – zwei Tage nach ihrer Verhaftung – von den westdeutschen Behörden ihre Auslieferung beantragt, bis zum 16. Oktober müssen die hierzu notwendigen Begründungen vorgelegt werden. Schon in Astrids erstem Prozeß vor dem Frankfurter Gericht 1973 war die Anklage völlig haltlos („schon im ersten Proll-Prozeß vor fünf Jahren gerieten die Ankläger in Beweisnot" wegen der Mordanklage.. „und auch ob sie hinreichen, Astrid Proll noch heute als Mittäterin bei Banküberfällen zu überführen, steht dahin" (Spiegel 39/78)).
Nebenbei stammt der deutsch-englische Auslieferungsvertrag aus dem Jahre 1872, in dem es Begriffe wie Paragraph 129 etc. kriminelle oder terroristische Vereinigung noch nicht gab. Hingegen eine Klausel, wonach nicht ausgeliefert werden darf, „dessen Straftat einen politischen Charakter an sich trägt".

In England sind bereits eine Menge Aktivitäten begonnen worden: Auf Plakaten, Flugblättern und Presseerklärungen werden Haft- und Prozeßbedingungen in der BRD erläutert, auf Astrids neues Leben in England eingegangen und Unterschriften für eine Petition gegen ihre Auslieferung gesammelt. Zu den wöchentlichen Haftprüfungsterminen erscheinen mehr und mehr Menschen, die ihre Solidarität mit Astrid in und vor dem Gerichtsgebäude demonstrierten. Als Zeichen der Freundschaft und Solidarität wurden Astrid rote Rosen zugeworfen.

In einem Flugblatt der „Friends of Astrid" werden die Ziele wie folgt erklärt:

1. Ihre Auslieferung zu verhindern
2. Kampf für politisches Asyl
3. Die Behandlung, die sie im Brixtoner Gefängnis erfährt, zu verbessern
4. Die Bedingungen politischer Gefangener in westdeutschen Gefängnissen bekannt zu machen und

SIE WILL NICHT VERRATEN, SIE WILL LEBEN

BERICHT ÜBER EINEN BESUCH BEI ASTRID PROLL

9.Oktober
Innerhalb des Flugzeugsmagens,
auf dem Rückflug

Ich hätte mir fast die Lungen aus dem Körper gerannt, um dieses Flugzeug noch zu kriegen. Ich vergaß, das Flugblatt von der Wand zu nehmen, ich vergaß, die Süßigkeiten aus dem Wagen mitzunehmen, als wir auf dem Flugplatz ankamen, hatte ich die richtige Zeit für den richtigen Flug verpaßt (oder was für einen Flug auch immer). Jo gab mir Geld für einen anderen. Die Sache war, ich war mit meinen Gedanken ganz woanders. Der Besuch heute war wirklich schön.

Wir hatten 30 Minuten. ASTRID war total sanft und freundlich, es war so nah und so klar, und sie erklärte wirklich die Sachen. Als ich ihr sagte, daß ich mit ihren Freunden zusammen war, lachte sie über das ganze Gesicht. Sie nahm gleich die Fotos, die ich ihr mitgebracht hatte, an sich. Wieder durfte sie keine Smarties haben (weil sie mit Pillen vertauscht werden können). Sie machte klar, daß sie davon überzeugt ist, in die BRD gebracht zu werden, sie muß dem ins Gesicht sehen. Aber sie will eine Lösung in England. Das ist das Dilemma. Preuß hatte argumentiert, wie auch wir während des Wochenendes, daß die Regierungen zu ihren eigenen Moralvorstellungen zu stehen hätten, und sie raus lassen sollten. (Gemeint ist, daß ASTRID ein neues Leben praktiziert hat, und das wird von den Regierungen gefordert, aber sie halten sich nicht daran, wenn es jemand tut). Sie bezweifelt den Erfolg von Kaution und Antrag auf englische Staatsbürgerschaft (der wird diese Woche gestellt, weil sie die Bedingungen dafür erbracht hat, die sind: Heirat mit einem englischen Staatsbürger und die Tatsache, daß sie hier gelebt hat und gern weiter zu leben wünscht. Kaution wird begründet werden mit 1. ihrer Heirat, 2. ihrem Leben hier (ihrer Arbeit, sie ist nicht gekündigt), 3. mit Geld, entsprechend hoch. Ihr neuer Anwalt, Lerry Grant, glaubt, mit dem Antrag auf britische Staatsbürgerschaft das Auslieferungsverfahren, das zusammen mit dem Terrorismusabkommen geht, torpedieren zu können). Sie möchte, daß ich ihr Raum verschaffe in der deutschen Presse zwischen damals und heute (was ich hiermit tue). Sie war sehr interessiert an dem, was wir dem FR–Korrespondenten am Samstag gesagt hatten (es ist am Montag bereits erschienen, also heute). Sie sagte, sie ging weg in 74, weil sie fürchtete, ihr Leben zu verlieren, während sie auf das Ende des Prozesses hätte warten sollen. Sie versuchte, dem zu entkommen, die Idee von einem anderen Leben, sie sah plötzlich Tageslicht, und sie startete durch.

Sie sagte, es war harte Arbeit, für sie ein neues Leben zu etablieren. Sie arbeitete mit Männer, und sie lebte mit Frauen. Sie erzählte von dem Tag, als die drei tot in Stammheim gefunden wurden. Sie kam aus der Werkstatt, und sie fuhr in einer Einbahnstraße in der falschen Richtung, die Leute winkten und riefen, sie wollte sterben. So das war etwas, was sie bewältigen mußte, und sie mußte daran ebenso hart arbeiten wie für das andere. Auf der anderen Seite hat sie kein Verständnis für das, was die RAF-Gruppen jetzt machen, das ist für sie Wahnsinn. Ich werde ihr die Dokumentation der Bundesregierung schicken vom Herbst 77. Über ihre Verhaftung denkt sie, daß es zwei Steckbriefe gab, einen, auf dem sie nicht drauf war, der auch in London an den Wänden hing, und einen anderen, auf dem sie drauf war, auf dem alle drauf sind, den nur die Polizeistationen hatten. Auch die, auf die sie an dem Tag zweimal ging, um den Jungen rauszuhauen. So wurde sie dann erkannt und ihre Verhaftung vorbereitet. Diese anderen Spekulationen findet sie unfaßbar.

Sie sagte, ich soll wiederkommen, wann immer ich es managen kann. Jedesmal treffen wir uns in Gefängnissen, es müssen auch mal andere Zeiten kommen, verdammt.

Diesen Bericht schrieb der Bruder von Astrid Proll.
Wir haben ihn aus dem Pflasterstrand Nr. 40 der Stadtzeitung für Frankfurt, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt am Main 90.

5. ihr eine ständige Unterstützung zu geben, zu überleben und an ihre eigene Zukunft zu glauben!

Weitere Aktivitäten und eine breite Informationskampagne sind vorgesehen. Die teilweise relativ ausgewogene Berichterstattung in der englischen Presse ist nicht zuletzt ein Verdienst der „Friends of Astrid".

Kontaktadresse: „Friends of Astrid", 109, backchurch lane, Whitechapel, London E 1.

Schreibt Astrid im Gefängnis: Astrid Proll, B 22188, Brixton Prison, Jebb Avenue, SW 2 London 5 x F.

EIN BRIEF VON ASTRID PROLL

aus PFLASTERSTRAND Nr. 40, Stadtzeitung für Frankfurt:

„Die Hauptsache, gegen die ich anzukämpfen habe, ist die, in die Top-Terroristen-Schublade zurückgeworfen zu werden, das zeigt meine Umgebung hier. Ich bin die Top-Gefangene hier, jeder, Gefangene und Wächter, beschwert sich über die Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen. Das ist es, was ich am meisten fürchte, in Deutschland wird es schlimmer sein, wo ich mit all den alten Namen in Verbindung gebracht werden kann.

Während der letzten Jahre habe ich mich niemals dafür entschieden, Interviews aus dem Dunkeln zu geben und die Leute aufzufordern: „werft die Waffen weg", weil ein Akt wie dieser nur aus Papier ist. Es bereichert seine oder ihre Perspektive nicht, es behindert sie oder ihn eher.

Stattdessen bildete ich mich mit EG-Geldern aus (skill-centre) und versuchte, etwas anderes zu machen — und ich tat es. Die Leute sagen nun: die Praxis reicht nicht aus, ich soll über das sprechen, dem ich den Rücken gekehrt habe."*

(*skill-centre= Ausbildungszentrum im Rahmen eines Sozialprogramms der englischen Regierung zur Behebung der Arbeitslosigkeit bei Schulabgängern)

TOOM–SONDERANGEBOT: 1 PISTOLE UND 10 AMPULLEN MORPHIUM FÜR BETRIEBSRAT

FRANKFURT/TAUNUSSTEIN
19. Oktober

Seit dem 13. Oktober findet vor der 13. Großen Strafkammer des Frankfurter Landgerichts der Prozeß gegen einen ehemaligen Geschäftsführer und seinen Assistenten der Supermarkt-Kette toom und den von ihnen engagierten Privatdetektiv Glatzel und dessen Assistenten statt. Sie haben auf so dilletantische Weise versucht, einen Betriebsrat auszubooten, daß ein an sich durchaus übliches Vorgehen gegen unliebsame Betriebsräte nun als skandalöser Einzelfall in allen Zeitungen Schlagzeilen macht.

Walter Zaschke, der in der Firma toom in Taunusstein Leiter der Warenannahme und Betriebsratsvorsitzender ist, war der Geschäftsleitung unbequem geworden (vgl. ID 167 v. 5.März 1977). Jeden Tag sah Walter Zaschke deshalb vor dem Heimgehen in seine Aktentasche, ob ihm der toom-Markt nicht eine toom-Wurst hineingeschmuggelt hatte, mit der er am Betriebsausgang des Diebstahls "überführt" werden sollte. Das fingierte Rauschgiftdelikt aber, das dann zur Kündigung von Walter Zaschke dienen sollte, war ihm nicht als eine übliche Praktik von Unternehmen gegenüber rebellischen Betriebsratsmitgliedern (wie Fingierung von kleinen Diebstählen, Unterschlagungen etc.) bekannt.



Allerdings, das betriebliche Interessse an seiner Entlassung ist verständlich: im toom-Markt Taunusstein ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Vergleich zu anderen Märkten der Leibbrandt-Gruppe (dazu gehören Penny, Bon, HL) ungewöhnlich hoch: 70% der Belegschaft sind Mitglieder der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen. Während in den kleinen HL–Märkten oft Marktleiter, die Chefs also, zu Betriebsräten gewählt werden — die Belegschaften der einzelnen HL–Märkten kennen sich untereinander kaum —, ist das in den toom-Märkten anders. Sie haben eine viel größere Belegschaft. Die Forderungen, für die sich Betriebsrat Zaschke auch bei zahlreichen Telefonanrufen bei anderen Märkten einsetzte, nämlich Abhaltung der Betriebsversammlung während der Ladenöffnungszeit, Verweigerung der Anordnung der Geschäftsleitung, die Arbeitskleidung selbst zu waschen und Ablehnung von Inventurarbeiten am Sonntag bewegten sich so nicht nur auf dem Boden des Betriebsverfassungsgesetzes, die Belegschaft setzte sie auch durch. Dies ist der Hintergrund, der den Geschäftsführer Hübner und seinen Assistenten Hofmann veranlaßte, den Privatdetektiv Glatzel zu engagieren. Glatzel, früherer Kriminalbeamter,wie auch sein Assistent Koch, hatten frühere Observationsaufträge für toom recht erfolgreich beenden können: Glatzels gute Kontakte zur Polizei gaben ihm Einblick in kriminalpolizeiliche Karteien. Auch vom Verfassungsschutz will er Informationen bekommen haben. Im Fall Walter Zaschke konnten ihn aber die früheren Kollegen nicht helfen. Zaschke hatte keine interessante Vergangenheit. Für Detektiv Glatzel mußte der Auftrag aber unbedingt erledigt werden, denn sein erfolgreicher Abschluß war die Voraussetzung für weitere toom-Aufträge in Höhe von 200.000 DM. So setzte Glatzel die Idee, Walter Zaschke ein Rauschgiftdelikt unterzuschieben, in die Tat um. Sein Assistent Koch verschaffte ihm über dessen Verlobte, eine Krankenschwester, Rauschgiftampullen, die zusammen mit einer Pistole in einer Handtasche mit dem Namensschild Walter Zaschke in ein Schließfach der Frankfurter B-Ebene deponiert wurden. Einer von Glatzels Freunden bei der Polizei sorgte dann nur noch für die Entdeckung des Schließfachs. Der Entdeckung folgte alsbald die Verhaftung von Walter Zaschke. Die Idee von Privatdetektiv Glatzel ist originell gewesen. Vielleicht entstammt sie, wie er beim Prozeß andeutete, seiner Praxis bei der Kripo, vielleicht ist sie auch nur aus einem Jerry Cotton-Krimi. Die Ausführung seiner Idee war aber dilettantisch, so dilettantisch, daß dem Rauschgiftdezernat sehr schnell Bedenken kamen. Sie gingen der einzigen Erklärung, die sich Walter Zaschke für den ungewöhnlichen Fund geben konnte („es klingt zwar sehr unwahrscheinlich, aber das kann nur der toom-Markt gewesen sein"), nach.

Der Prozeß gegen das Vierergespann versprach auch nach Ansicht von FR und FAZ spannend zu werden. Wird im Prozeß die landesübliche (unerlaubte) „Amtshilfe" von Kripo, Verfassungsschutz etc. gegenüber Privatunternehmen aktenkundig, mit der Detektiv Glatzel sein Geschäft so erfolgreich bestritt?

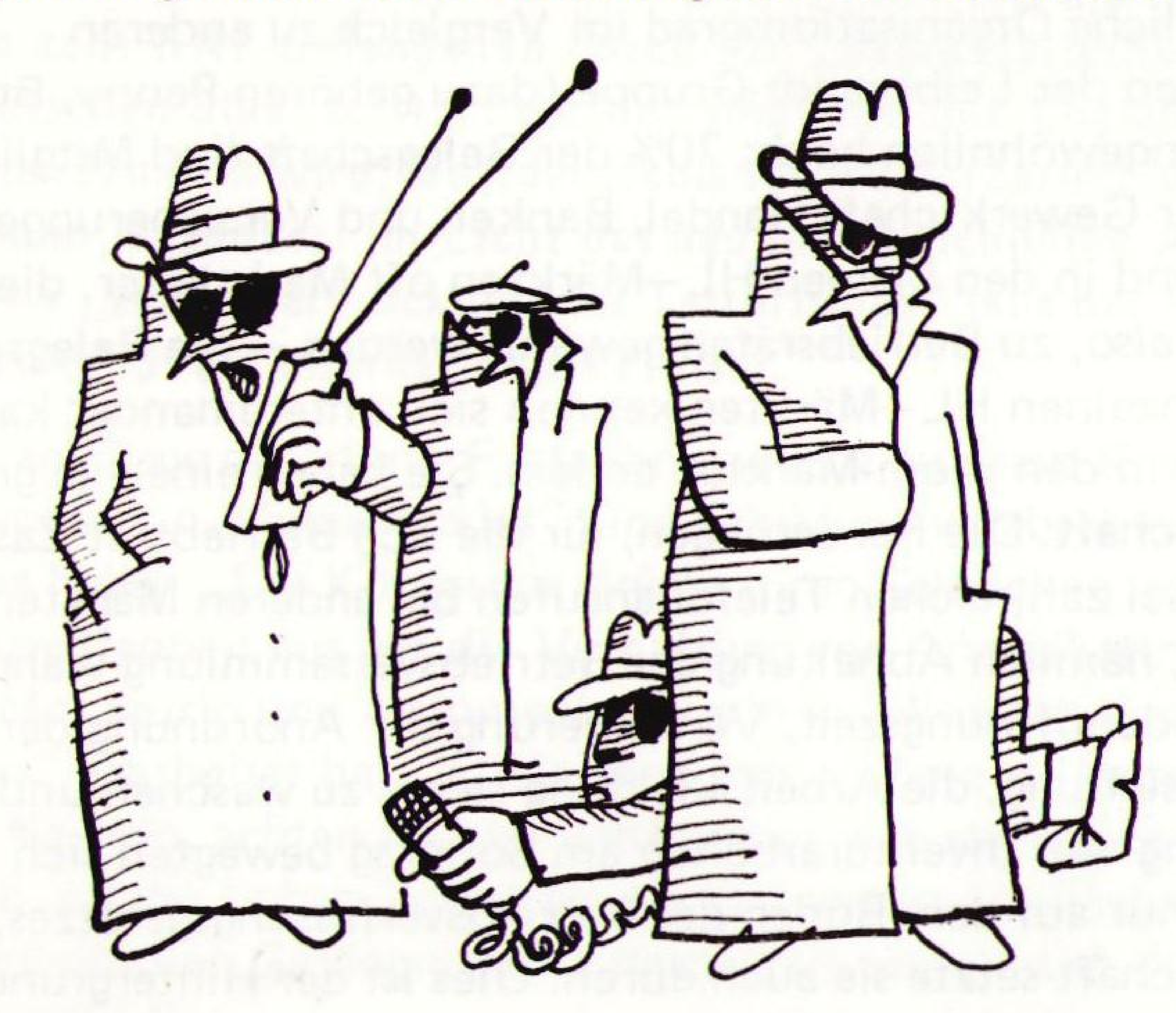
Ist das Gangsterstück „toom-Sonderangebot Morphium" ein Spektakulärer Einzelfall? Oder ist es nur ein etwas extrem ge-

lagertes Beispiel im großen Topf der üblichen Praktiken der Unternehmen, Betriebsräte loszuwerden?

Der erste Tag des Prozesses offenbarte: Diesen Fragen wird im Prozeß nur immer wieder Nahrung gegeben, sie werden aber im Prozeß nicht systematisch verfolgt, sondern abgewürgt.

Zum großen Teil mag das daran liegen, daß die Geschäftsführung (Hübner und Hofmann) bestreiten, ihren Auftrag an Glatzel „Zaschke muß weg" in der Form „wir machen es mit Rauschgift" gegeben zu haben. So konzentrierte sich der Prozeß auf Storyerzählerei und Beweisführung dagegen.

Detektiv Glatzel versuchte es mit der Geschichte, daß er den Spieß umdrehen wollte, um sich beim BKA als Agent interessant zu machen: Nicht Zaschke, sondern der toom-Markt sollte auffliegen. Er garniert seine Erzählung mit den verschiedensten



Details, immer bestrebt, als Informant bei allen Informationsquellen — BKA, Kripo, Verfassungsschutz — angesehen zu sein. Diese Geschichte, daß er sich auf den toom-Auftrag nur zum Schein eingelassen hätte, habe er zuerst nicht erzählt, weil die Linkerei gegenüber Zaschke ihm einen ausgezeichneten Ruf bei seinen Auftraggebern verschafft hätte, dieser Ruf hätte ihn wiederum beim BKA als Spitzen-V-Mann interessant gemacht. Heute, nach kritischen Berichten über die schmutzigen Geschäfte des BKA im Spiegel, seien nur noch saubere V-Männer gefragt. Deshalb wolle er jetzt die Wahrheit sagen. Er weiß auch von einem toom-Auftrag an ihn zugunsten Leibbrandt-junior zu berichten. Durch Einbruch in das Wehrersatzamt sollte Leibbrandt-junior vor der Bundeswehr gerettet werden, um in Ruhe eine Imbißstuben-Kette aufbauen zu können.

Nach all diesen Geschichten wird es dem Verteidiger des Detektivs Glatzel, dem bekannten Staranwalt Egon Geis, zu viel. Er beschimpft Glatzel solange, bis er seine Aussage mit allen Zeichen der Reue zurücknimmt.

Das Problem der unerlaubten Amthilfe ist zu weit von der Sache entfernt. Glatzels und auch die Andeutungen Kochs über den ganzen Sumpf in Kripo und BKA (und auch Verfassungsschutz) werden im Prozeß als Phantasien Dreizehnjähriger hingestellt. So ist nicht nur „prozeßtechnisch", sondern auch tatsächlich „an den Storys nichts dran" ?

Es ist auch allzu verständlich, daß den Gründen, die Geschäftsführer Assistent Hofmann für seinen Observationsauftrag gegen Zaschke anführt, nicht weiter nachgegangen wird. Zaschke sei nach Information von Privatdetektiv Glatzel KBW-Mitglied gewesen, und außerdem sei zu vermuten, daß die enormen Mankos in der Inventur auf den Warenannahmeleiter Zaschke zurückzuführen seien. Wenn Rechtsanwalt Schütte — er vertritt den Nebenkläger Zaschke — dies belegt haben will, so hat Hofmann keine Belege, es waren nur Vermutungen. Auch wenn Rechtsanwalt Schütte auf die Illegalität der Observation von Betriebsmitgliedern hinweist (nach dem Betriebsverfassungsgesetz ist Obersvation **mitbestimmungspflichtig**), so bleibt dies eine Ausnahme: Betriebsorganisation und Arbeitsrecht bei toom sind in diesem Prozeß nur nebensächlich. Das Gericht hält dies kaum für paradox, es hält sich an die Regeln des Strafgesetzes und Prozeßrechts. Da werden Schuldige gesucht, die den objektiven Tatbestand erfüllt haben: Wer hat den Auftrag Rauschgiftunterschiebung zu verantworten? Das Warum und Wie kommt nicht zur Sprache.

Walter Zaschke kann seine Sache kaum noch erkennen: Auch er fragt sich, wie funktioniert hier die Inszenierung des Schauspiels? Daß es sich hier nicht um einen Prozeß handelt, der den toom-Markt aus den Angeln hebt (was ja nach dem Stand der Dinge sehr wohl möglich ist), sieht Zaschke nicht zuletzt an der Zuschauerbank. Auf ihr gesellt sich neben dem Rechtvertreter der Firma Leibbrandt ein Mitglied des Gesamtbetriebsrats toom, der „immer gegen meine Fraktion bei Anträgen stimmt". Dieses Mitglied ist Marktleiter bei HL und nimmt seine Berichterstatterpflicht gegenüber dem Geschäft ernst.
Zum nächsten Termin wollen Betriebsräte aus Zaschkes Fraktion (die Nicht-Marktleiter) den Prozeß besuchen. Vielleicht können auch ein paar ID-Leser es unterstützen, daß es hier nicht um ehemalige Geschäftsführer, arme, versponnene Privatdetektive in erster Linie geht, sondern um den „Mafia-Konzern" toom-Markt, der weiterhin blüht und gedeiht. ●

Der nächste Termin ist am Dienstag, dem 24. Oktober, um 9 Uhr 15, Frankfurter Landgericht, Gebäude B, Raum 110.

Copy-Shop GmbH
EIN GLÄNZENDES GESCHÄFT FÜR DIE BOSSE

HEIDELBERG
17. OKTOBER

Von drei Angestellten der Copy-Shop GmbH stammt der folgende Bericht:

„Seit über einem Jahr arbeiteten wir in einem Laden, der sich Copy-Shop GmbH nennt. Der Copy-Shop erstellt Fotokopien in Selbstbedienung, Buchbinden und Offsetdruck. Von dieser Sorte gibt es in der BRD noch mehr Läden, nämlich in Hannover, Oldenburg,Bremen,Darmstadt,Münster, Heidelberg, Mannheim, München und Trier, die alle von den gleichen Gesellschaftern, aber unter verschiedenen GmbH's betrieben werden.

Wir haben die Läden in Heidelberg und Mannheim selbstständig geführt, weil sich von den Chefs mal höchstens einer zum Geldabholen blicken ließ. Zum großen Teil haben wir schwarz gearbeitet, wobei der Copy-Shop natürlich unheimlich an Sozialabgaben gespart hat. Seit einigen Monaten wurde von uns darauf gedrängt, richtig versichert zu werden. Darauf wollten sich die Geschäftsführer und Gesellschafter aber nicht einlassen, weil das Geschäft die Lohnkosten dann angeblich nicht mehr tragen könne. Wir haben nun aber ein ziemlich genaues Bild von den Umsätzen, Betriebskosten u. ä. und wissen, das nicht die Geschäfte gefährdet sind,sondern daß es um die hohen Gewinne der Gesellschafter geht.

Da sich unsere Chefs diese relativ kleine Beeinträchtigung ihrer Gewinnspanne nicht zumuten wollten, entschlossen sie sich lieber, uns fristlos rauszuschmeißen, anstatt die richtige Sozialversicherung zu zahlen. Zuerst versuchten sie sogar,uns mit einem fingierten Konkurs einzuschüchtern und loszuwerden. Als das nichts half, versuchten sie uns mit ca. 15000 DM in Geldwertleistungen (hohe Sozialversicherung, Sonderurlaub) zu bestechen, wenn wir dann freiwillig gingen und unser Maul über die sonstigen Machenschaften der Copy-Shop GmbH halten würden. Darauf sind wir nicht eingegangen.

Die GmbH lebt von ihren Angestellten

Nach dem Rausschmiß haben wir mal mit den anderen Angestellten des Copy-Shops Kontakt aufgenommen und sind zu einem haarsträubenden Ergebnis gekommen:

Fast grundsätzlich werden Leute „schwarz" eingestellt, um die Sozialabgaben und Lohnsteuer zu sparen und umsie abhängig bzw. wehrlos zu machen. (Oder es wird ihnen eine richtige Versicherung versprochen, ohne daß sie wirklich bezahlt wird.) So wurden Leute von einem Tag auf den anderen auf die Straße gesetzt, wenn sie nicht mehr gebraucht oder unbequem wurden. Die Copy-Shop GmbH's stellen bevorzugt Jugendliche, d. h. Schulabgänger ein, da sie am billigsten und am leichtesten lenkbar sind. So wurde in einem Fall sogar jemand von der Schule geholt mit dem Versprechen, ihm ein Fernstudium zum Betriebswirt zu finanzieren und später einmal eine „Ladenkette" übernehmen zu können, wenn er in einer anderen Stadt in einem Copy-Shop arbeiten würde.
Da die meisten neu aufgemachten Geschäfte so bald wie möglich verkauft werden sollen, geht es den Gesellschaftern also nur darum,kurzfristig jemanden für wenig Geld in die Läden zu setzen, den sie genauso leicht wieder raussetzen können, wenn er sein Soll erfüllt hat. Wenn ein Arbeitsloser mit ordnungsgemäßem Arbeitsvertrag (Kündigungsschutz) arbeiten will, wird ihm angeboten, völlig schwarz zu arbeiten, und nebenbei Arbeitslosengeld zu kassieren; geht er auf dieses Angebot nicht ein, kommt auch eine Einstellung nicht in Frage. Uns wurde ebenfalls so ein Angebot gemacht.

Der Copy-Shop mißbraucht seine Angestellten

Im Zuge unserer Nachforschungen stellten wir fest, daß fast alle Angestellten die gesammelten Tageseinnahmen, manchmal bis zu 20.000 DM bei sich zu Hause verwahren sollten, anstatt es aufs Geschäftskonto (die Bank ist nur zwei Minuten vom Laden entfernt) einzuzahlen.

In fast allen Läden wurden die Angestellten dazu angehalten, bei der „Wartung" bestimmter Maschinen die Stecker vom Zählwerk abzuziehen. Nachdem wir die Techniker nach den Verträgen für die Maschine befragt hatten, kam heraus, daß an die Aufstellerfirma pro Kopie eine Mietgebühr abgeführt werden muß. Uns wurde klar, daß so mehrere tausend Mark unterschlagen werden, und die Unwissenheit der Unternehmer mißbraucht wird.

Derartige Machenschaften sind in den Läden gang und gäbe, mündliche Abmachungen werden unter irgendwelchen Vorwänden nicht eingehalten oder sogar bestritten; die Gesellschafter kümmern sich fast überhaupt nicht um die Läden und wälzen fast alle Arbeiten, die die Geschäftsführung betreffen, auf die Angestellten ab. Sie verlangen ständig Überstunden, ohne mehr bezahlen zu wollen.

Sie gründen ständig neue GmbH's und lösen alte auf um Kündigungsschutzgesetze zu unterlaufen und um firmengesellschaftliche Zusammenhänge zu verschleiern. Wir wissen nach unseren bisherigen Erfahrungen, daß wir keinem unserer Chefs auch nur die Bohne vertrauen können und haben uns entschlossen, uns deren üble Methoden nicht mehr gefallen zu lassen. Mittlerweile haben wir Strafanzeige wegen Betruges gegen die Geschäftsführer H. Brunthaler, W. Frieling, H. Frieling erstattet, und Klagen wegen einbehaltener Löhne, nicht ordnungsgemäß ausgestellter Versicherungsnachweise und unberechtigter Kündigungen erhoben."

JUZ-SCHLIESSUNG VERHINDERT

GEISENHEIM
18. OKTOBER

Aus dem Jugendzentrum ein Artikel über die Entwicklung und die Beinahe-Schliessung des Geisenheimer JUZ, dem ersten im Rheingau:

Vor einem halben Jahr entstand im Rheingau (vor allem von Leuten aus Geisenheim und Eltville) eine Initiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum, dem einzigen im Rheingau. Wir bekamen ziemlich schnell ein altes Gastahaus in der Geisenheimer Innenstadt von Bürgermeister Schoene, der, obwohl CDU, sein Herz für die Jugend entdeckte. Er machte uns jedoch gleich klar, daß der Magistrat für solche Pläne leicht negativ sensibilisierbar sei und die Reizschwelle der Geisenheimer Bürger tief liege, was sich bald bestätigte.

Zuerst schafften wir mit viel Arbeitseifer Möbel vom Sperrmüll ran, tapezierten,besorgten Geschirr undsoweiter.Die ersten Monate lief's ziemlich desorganisiert, aber die Leute konnten mal ein Stückchen Freiheit genießen. Wir waren bald das erste Tratschthema am Ort, ausgeflippte Eltern rückten manchmal an, um ihre Kinder der vermuteten Verderbnis zu entreißen, Kneipenbesitzer hatten plötzlich was gegen Alkoholismus (warum wohl?), andere sahen die Volksmoral in ihren Grundfesten erschüttert.

Mit der Zeit nahm dann die Kifferei etwas ab, zumindest die offene, wir richteten Theken- und Getränkedienst ein, wobei sich etwas mehr Leute aktivierten, ab- und zu spielten Musik- und Theatergruppen. Die Öffentlichkeitsarbeit lief nur sporadisch, außerdem fehlte und fehlt uns meistens Geld, um unsere Projekte (Photolabor, Werkraum, politische Gruppen) anzuleiern. Von der Stadtkam nach dem Einsetzen von ein paar Scheiben nichts mehr (ca. 1000 Mark), nicht mal 'ne Wasserleitung für den Hauptraum.



Im September gings dann massiv mit der Hetze in der Lokalpresse los, allerdings mit neuem Repertoire (vorher Hascherzentrum): „Pennerasyl", „Urinieren aus dem Fenster",„Gießkanne geklaut", „radikale Gruppe" . . . Das ganze war mit Polizeirazzien untermalt, bei denen die nötigen „Beweise" rangeschafft wurden. Das brachte uns etwas auf die Beine, wir haben unsere guten Kontakte zu manchen Eltern ausgebaut, Flugblätter verteilt, Unterschriften gesammelt. Auf die erste Schließungsdrohung in der Presse hin machten wir gleich am nächsten Tag 'ne 200 Mann/Frau Demo mit Sitzblockade auf der Hauptstraße, mit „ „Belagerung" von H. Schoenes Wohnung. Hat ziemlich Aufruhr gegeben, die SPD hat sich gleich distanziert, was die CDU in Zugzwang brachte. Den entscheidenden Pluspunkt konnten wir mit einer groß angekündigten Podiumsdiskussion am Wahlsamstag verbuchen, zu der viele Eltern kamen, die uns durchweg unterstützten. H. Schoene meinte zwar, er sei „Bürgermeister aller Geisenheimer, auch der Kleinkarierten", zum Schluß jedoch meinten alle Parteifritzen, wir könnten erst mal drin bleiben, des weiteren sollten die „konstruktiven Kontakte" ausgebaut werden, was wir spätestens merken werden, wenn sie unsere

Forderungen nach Finanzen behandeln. Zunächst haben wir jedenfalls etwas Luft, wollen jetzt die Öffentlichkeitsarbeit nicht wieder zusammenbrechen lassen. Eine Gruppe der ständig Aktiven trifft sich jetzt zwei mal in der Woche, um Probleme zu bequatschen und Verantwortlichkeiten festzulegen, weil wir mit der Vollversammlung allein auf keinen grünen Zweig kommen. In nächster Zeit soll wieder etwas mit Musik laufen, deshalb, wer gehört zu bzw. kennt Gruppen, die für wenig Geld bei uns spielen? — nächster Termin etwa die zweite Novemberwoche.

Kontakt: Michael Stork, Winkelerstr. 130, 6222 Geisenheim

AN ALLE ZWISCHEN ACHT UND ACHTZEHN

NÜRNBERG
10. Oktober

Vom 9. bis 11. November findet in Köln der 6. Deutsche Jugendhilfetag statt. Er wird von der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe, dem Dachverband von ca. 60 bundesdeutschen öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe, veranstaltet. In Nürnberg gibt es eine Gruppe, die es seltsam findet, daß dort wieder einmal über Kinder und Jugendliche verhandelt wird, ohne daß sie ein Mitspracherecht haben. Diese Gruppe entwarf ein Flugblatt mit Forderungen der Kinder und Jugendlichen und ruft zu einem Hungerstreik während des Jugendhilfetages für die Rechte der Kinder auf. (siehe ID 239). Die Gruppe schreibt jetzt:

„Die Reaktionen auf unser Flugbaltt waren vielseitig, meist jedoch stießen wir auf große Abwehr und Ablehnung. Die Kritiken reichten bis zu dem Vorwurf, wir seien Egoisten Kinderficker, würden die Kinder gegen ihre Eltern aufhetzen oder ähnliches. Aber es haben sich viele neue Diskussionen zu den Rechten der Kinder ergeben und wir z.B. haben in unserer Kommune einiges klären können, was wir eigentlich wollen, wie wir leben möchten.
Auch die Forderungen, denen wir zum deutschen Jugendhilfetag Nachdruck verleihen, sind weiter geklärt und erweitert worden, die uns wichtigsten/naheliegendsten sind:

Recht auf freie Wohnungswahl
Heute dürfen schon wieder 10jährige in Bundeswehrfanclubs und Naziorganisationen s chießen lernen, aber unter 18jährige haben kein Recht auf freie Wohnungswahl. Die Jugendlichen sollen einen einklagbaren anspruch auf eigenständiege, verfolgungsfreie Wohnmöglichkeit haben. Sie dürfen nicht gezwungen oder eingeschüchtert werden, in /aus Familien oder Wohngemeinschaften zu gehen.

Lernfreiheit
Abschaffung der Schule als Zwang. Fachgebiete dürfen selbst bestimmt werden (zeitlich und inhaltlich),
keine Notengebung und kein Sitzenbleiben mehr.

Straffreiheit und Toleranz von Liebesbeziehungen
unter Kindern und zwischen Kindern und Erwachsenen nach dem Grundgesetz der Gewaltfreiheit und der gegenseitigen Vereinbarung. Bei der letzten Reform des Sexualstrafrechts ist man von dem Grundsatz ausgegangen, daß nur solche Taten strafbar sein sollen, die einem Menschen widerrechtlichen Schaden zufügen. Daß sexuelle Kontakte zwischen älteren und ganz jungen Menschen gewalttätig und schädlich sein müssen, hat sich inzwischen als gefährliches Vorurteil erwiesen. Das „Schutzalter" soll ganz abgeschafft oder radikal herabgesetzt werden. Homo- und Heterosexualität, Beziehungen unter Kindern und von Kindern zu Erwachsenen sollen gleichberechtigt werden.
Schwarze Listen über sexuelle „Minderheiten" sollen auf Wunsch den Betroffenen bekanntgemacht und anschließend vernichtet werden.

Wir fordern Euch auf, diese wichtigen Forderungen Euch bekannten Jugendlichen nicht vorzuenthalten, sondernsteh mitzuteilen! Wir empfinden es als ungerecht und deprimierend, wenn nur Erwachsene ihre politischen Aktionen machen dürfen und diese sich das Recht herausnehmen, die Lebensweise und die Meinungen von Jüngeren von vornherein zu zensieren!

Termine:
Hunger- und Sitzstreik 4. - 12. November in Köln vor dem Dom
Deutscher Jugendhilfetag 9.-11. November in Köln, Messehallen.

Kontakt: Vorberietungsgruppe, c/o bei Reimers, Postfach 150574, 85 Nürnberg 15

DER FIRMA SCHRECK UND MIEVES WURDE EIN BRAND GESTIFTET

BRAUNSCHWEIG
16. Oktober 1978

Die Gruppe Drops aus Braunschweig hat die folgende Erklärung zu einem Brandanschlag verfaßt:

„in der nacht zum mittwoch, 27.9.78, auf donnerstag hat eine drops-gruppe der firma schreck-mieves in braunschweig einen brandanschlag gestiftet. warum, so fragen sich nicht nur bosse und bullen, diese brandstiftung? ja, warum?

nun, weil diese firma ihr süppchen am atomaren feuer kocht, darum! weil sie zum beispiel die gleisanlage baut, auf der der atomare müll aus den akw's in die esse geschafft wird.

na gut, vielleicht ist die kraftwerks-union der hauptschurke in diesem drama und nicht diese gleisbau-firma. aber auch im märchen hat das tapfere schneiderlein erstmal nur fliegen erschlagen und auch am ende den riesen nicht frontal über den haufen gerannt.

immerhin: ohne atommüll-transport keine atommüll-endlagerung, und ohne die gar kein atom-programm. das sollten sich alle, auch die arbeiter und angestellten dieser firma, einmal überlegen, w a s sie da eigentlich produzieren, daß sie nicht aus überzeugung, sondern nur für geld arbeiten, das macht die sache auch nicht besser. einen anderen grund haben die kapitalisten auch nicht. wenn wir unser ziel erreichen, nämlich die produktion hier eine weile lahmzulegen, können die kolleginnen und kollegen diese arbeitslosen stunden ja mal zu einer denkpause nutzen. vielleicht werden sie auch dropse: und fallen gern einmal aus der rolle !

ps:
diese erklärung geht von uns nur an einige linke gruppen und zeitungen. ihr, und nicht die bürgerlichen medien, seid unsere öffentlichkeit; euch wollen wir sagen:
die offenen feldschlachten aus den wiesen und äckern von brokdorf und grohnde haben uns vorerst in die juristische defensive (grohne-urteile etc.) geführt. an diesem punkt haben uns bürgerliche gaukler und halbherzige genossen parteiengründung als einen (aus-)weg angepriesen. ob der weg, den wir eingeschlagen haben, erfolgreich sein kann, müssen wir probieren; das parlamentarisch-„rechtsstaatliche" terrain aber, das wissen wir, hat die wunderbare eigenschaft, daß der feind fest darauf steht, während wir darin versinken!"

Jedes Jubiläum, jeder Gedenktag, jedes sonstwie bedeutsame Datum hat etwas Einengendes, etwas Erpresserisches: Um einer historischen Betroffenheit gemäß zu denken und zu fühlen, sollen wir auf eine bestimmte Stimmung verpflichtet werden. Das haut zwar meistens nicht hin, aber so ein gewisser Druck bleibt deutlich spürbar.

Am 18. Oktober letzten Jahres war "Stammheim/Mogadischu". Die zwei Ortsnamen genügen, um die Assoziationen des deutschesten aller Herbste zu wecken. Ich rede nun nicht einer allgemeinen Wurschtigkeit und Vergeßlichkeit das Wort, aber sich dem ganzen Elend noch einmal in der Erinnerung zu nähern habe ich keine Lust, – mir ging es damals schon schlecht genug. Falls einmal noch schlimmere Herbste kommen sollten (ist ja immerhin möglich), würde mir das auch wenig nützen – und falls bessere Herbste kommen, ist es mir sowieso recht.

Aber wenn schon 18. Oktober, dann bitte gründlich! Zum Beispiel der 18. Oktober 1915. Da wurde der Dichter Paul Scheerbart in Berlin beerdigt, von dem der unten abgedruckte Beitrag zur "Terrorismus-Problematik" stammt. Scheerbart war ein pazifistischer Anarchist, ein Freund Erich Mühsams, ein blühender Phantast und eine bekannte Gestalt aus der Berliner Literaten-Boheme. Er schrieb kuriose Geschichten, richtete sich im fernsten Kosmos auf befreiten Sternwelten ein und verwirrte mit deliranten Vorschlägen die politischen Diskussionen des verknöcherten, militarisierten Deutschen Kaiserreiches. Er war einer der frühesten Kulturrevolutionäre und häufig stark besoffen.

Damit der Bogen sich wieder in etwa schließt, sei hier an den Frankfurter Kaufhausbrand vor 10 Jahren erinnert, für dessen Stiftung Gudrun Ensslin und Andreas Baader damals verurteilt wurden. Nu aber los!

Micky



Eine Geschichte

EIN JAHR NACH DEM 18. OKTOBER

Die Geschichte wurde 1912 geschrieben und heißt:

FLIEGENDES DYNAMIT
Warenhaus - Novellette von Paul Scheerbart

Das war ein Aufruhr. Die Direktoren und Aufsichtsräte schrien wie besessen. Keiner verstand den andern. Alles rang die Hände. Und die Energischen schlugen mit den Fäusten auf die Tische, daß manche Tischplatte entzwei barst. Es war im April des Jahres 1915. – In einer großen Stadt des mittleren Deutschlands. – "Ha" rief der Direktor Ball. Aber er kam nicht weiter. Ein Depeschebote trat ins große Direktionszimmer – und da plötzlich alles still. Direktor Ball sprang auf, entriß dem Postboten das Telegramm und las es. Der Direktor sank kraftlos in seinen Sessel zurück. Das Telegramm war ein chiffriertes und nur verständlich für die Direktion. Der Inhalt lautete folgendermassen:

"Wenn Sie nicht innerhalb 5 Minuten 3 weiße Fahnen heraustecken und uns nicht umgehend eine halbe Million a Conto an der bewußten Stelle niederlegen lassen, so fliegt ein drahtlos von unserem Wellenfernschalter dirigiertes Dynamittorpedo direkt in ihr Direktionszimmer und explodiert auf ihrem langen grünen Tisch. Und Sie kleben gleich danach in vielen Teilen an den Wänden, wenn von diesen noch was übrig bleibt.
Die geheime Erpressungsges. mbH"

Acht Tage hindurch hatte diese Erpressungsgesellschaft die Öffentlichkeit in Erregung versetzt. Diese Gesellschaft hauste angeblich im Montenegro. Man kam aber den Herrschaften nicht auf die Spur, sie ließen überall von sich hören und erpreßten alles, was sich nur erpressen ließ mit großer Dreistigkeit. Und so hatten sie auch ganz einfach die Frechheit besessen, dem Deutschen Reiche klipp und klar den Krieg zu erklären, wenn ihnen nicht in einer bestimmten Frist zehn Millionen an einem einsamen Ort unter allen denkbaren Vorsichtsmaßregeln überreicht würden.

Das Deutsche Reich verhielt sich zurückhaltend. Und so hatte man zunächst die anfangs erwähnte große Stadt des mittlerenDeutschlands drangsaliert. Von dieser Stadt wollte man 2 Millionen a Conto haben. Die Stadt hatte sich öffentlich geweigert, diese Summe zu zahlen. Danach hatten die Erpresser auf großen Plakaten, die nachts an die Schaufenster der großen Geschäfte geklebt wurden, verkündet, daß sie ihre Macht schon zeigen würden. Ein Dynamithagel würde die Stadt ein wenig erschüttern.

Die Zeitungen verteilten Extrablätter. Die Polizei setzte ihre Äroplane in Tätigkeit. Aber – es war windig und neblig und bereits 7 Uhr abends. Da ließ sich ein herankommendes Luftschiff nicht so leicht entdecken. Außerdem flogen täglich mindestens 200 Luftschiffe über die große Stadt.

Nun bekamen aber die größeren Geschäfte die größte Angst, als sie Zettel erhielten, auf denen sie aufgefordert wurden, eine größere Summe sofort an bestimmte Orte niederzulegen, widrigenfalls ein paar Pfund Dynamit durch ihre Fenster fliegen würden.

Die ganze Stadt tobte und in den grösseren Geschäften ging alles drunter und drüber. Besonders in dem großen Warenhaus von Ball und Haase, von dem schon anfänglich die Rede war. Und diese Firma erhielt dann nach 7 Uhr abends das bereits erwähnte Telegramm. Der Aufsichtsrat Dr. Lemcke sagte, als es einen Moment ruhig geworden war, mit seiner tiefen Stimme: "Wir haben keine Zeit zu verlieren. Ich bin jedenfalls der Meinung, daß wir zunächst die 3 weißen Fahnen heraustecken müssen. Weißes Tuch ist ja in Hülle und Fülle im Warenlager vorhanden."

Da sprang Direktor Haase wie ein Tiger empor und schrie: "Wie? Was? Wir sollen dieser Räuberbande zeigen, daß wir Furcht haben? Maulhelden sind diese Kerle. Ich bin GEGEN die Fahnen – unter allen Umständen; lieber laß ich mich auf der Stelle zerreißen, als daß ich zeige, daß ich feige bin." – Da brüllten alle: "Hurra, Hurra!"

Dr. Lemcke aber brüllte mit seiner tiefen Stimme: "Ich weiß, daß diesen Kerlen alles zuzutrauen ist. Ich bringe mein Leben in Sicherheit." Er wollte zur Türe gehen. Direktor Haase stürmte ihm entgegen und drängte ihn zu seinem Platz zurück. – Direktor Ball sagte mit sonorer Stimme: " Keiner von uns wird diesen Saal verlassen. Sie, Herr Doktor Lemcke, sind als Aufsichtsrat unserer GmbH verpflichtet, der wichtigen Sitzung des Vorstandes bis zum Schluß beizuwohnen. Wir alle empfinden keine Furcht. Was sollen denn die Damen des Geschäftes denken, wenn sei hören, daß wir Furcht gehabt haben – vor den frechen Telegrammen einer Erpresserbande?" – Wieder Hurra-Rufen. Aber es klang gedämpfter. Man sah den Herren an, daß ihnen die Situation blümerant vorkam. Die meisten waren bleich und fahl, wie eine frisch gekalkte Wand.

"Sie sind wahnsinnig!" brüllte Dr. Lemcke. – Aber Direktor Haase hielt ihn fest. Er war stärker, als der Aufsichtsrat. Und diesem kam keiner zu Hilfe.

"Gleich sind die 5 Minuten um! Meine Frau. . . die Propeller . . . " Weiter kam Dr. Lemcke nicht. Man hörte krachend zusammenbrechende Fensterscheiben. Und ein schwerer Gleitflieger sauste ins Zimmer und fiel dumpf auf den grünen Tisch. Ein furchtbarer Krach! Und die Direktoren und Aufsichtsräte fielen rücklings ins Zimmer. Alle Sessel kippten dabei um. Und die Herren lagen alle lang da auf dem Teppich, schlugen noch ein paar Mal mit Armen und Beinen herum und lagen dann ohnmächtig da – wie in der Schlacht gefallene Krieger. Der mutige Direktor Haase gewann zuerst die Sprache wieder, er sagte schrill: "Hier ist alles weiß. Wir sind hier im Jenseits. Da ist auch alles weiß und bleich." Dr. Lemcke öffnete ebenfalls die Augen und sagte mit seiner tiefen Stimme: "Wenn wir im Jenseits sind, was nach meiner Meinung wohl richtig sein dürfte, denn hier ist alles ganz weiß und bleich, so haben die verdammten Erpresser doch Ernst gemacht. Ich habs ja gleich gesagt. Meine arme Frau. ."

Jetzt kam auch der Direktor Ball zu sich, er wußte gar nicht, wo er war und sagte melancholisch: "Eine Bäckerstube sieht oft so weiß und bleich aus. Ich kenne solche Bäckerstuben von meiner Kindheit her. Wie sind wir denn hierhergekommen?"

"Sie sind", sprach Dr. Lemcke tief und kalt, "im Jenseits. Lassen Sie die Witze. Die kriegführenden Erpresser haben uns mit Dynamit getötet. Was Sie an uns sehen ist nur noch weißer Schemen. Weiße Schatten sind wir. Weiße Schatten." – "Sie sind", rief nun Direktor Haase, "bei dem Übergang ins Jenseits konfuse geworden. Wie sollen sich denn im Jenseits weiße Schatten bilden? Im Jenseits gibts doch weder Licht noch Schatten." "Nanu!" rief nun der Direktor Ball, "die elektrischen Lampen brennen doch auch hier."

"Das ist unbegreiflich!" erwiderte der Direktor Haase.

In diesem Augenblick wurden die Doppeltüren gewaltsam geöffnet, und hinein stürzten drei mutige Polizeileutnants. "Ei", rief Dr. Lemcke dumpf, "gibts im Jenseits auch Polizeileutnants?" "Ich glaube", sprach Direktor Ball, "wir sind woanders." Jetzt begannen die anderen Herren beweglich zu werden. Sie riefen durcheinander: "Hurra!" – "Die Fahnen raus!" "Die Damen müssen geschützt werden." – "Wir sind mutig wie immer."

Jetzt packte der eine Polizeileutnant den Dr. Lemcke am Arm und hob ihn auf. "Ich danke Ihnen." versetzte der Doktor, "aber sagen Sie mir, warum sind Sie nicht so weiß wie wir?" "Das will ich wissen!"

"Aber meine Herren", sagte der Polizeileutnant wieder, "was reden Sie denn da. Warum ich blau gekleidet bin und nicht weiß?!" "Sind Sie wahnsinnig geworden?" - "Warum– - Warum?" - Also schrien sie. Da sagte der Polizeileutnant wieder: "Ja, Sie sind ja ganz voll Mehl!"

Nun kamen die Herren alle zu sich, beklopften ihre Kleider und sahen, daß Mehlstaub in die Luft wirbelte. "Das Torpedo!" brüllte Drektor Haase. - "Das war", sprach Direktor Ball melancholisch, "kein Dynamittorpedo - es war ein Mehltorpedo!" Ein unbeschreiblicher Tumult entstand. Einige Damen erschienen in der Tür und sahen die mit Mehl bestaubten Vorstandsmitglieder. Direktor Haase schlug mit der Faust auf den mit Mehl bestäubten grünen Tisch und sagte leise: "Wir verbitten uns jedes Gelächter. Die Banditen von Montenegro haben gezeigt, daß sie Ernst machen können - Ich bin für sofortige Auszahlung der halben Million. Gleichzeitig melden wir Konkurs an." Die Polizeileutnants wollten etwas erwidern, wurden aber darauf aufmerksam gemacht, daß sie in einer Vorstandssitzung nichts zu sagen hatten. Die Glaser wurden gleich bestellt um das zerbrochene Fenster wieder herzustellen. Und die Hausdiener kamen mit Bürsten und Schaufeln, um das Mehl fortzutragen.

Die Räuber aber freuten sich über ihren ersten Kriegserfolg bei Champagner und Austern.

Aus: Simplizissimus
Jahrg. 16 No. 42
München, Januar 15., 1912

GROSSBRAND AUF DEM GELÄNDE DES ATOM...ÄH... KERNKRAFTWERKES GÖSGEN

DÄNIKEN
11. Oktober

Der folgenden Erklärung, verschickt auf Papier mit dem Absender: Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG, Abteilung Information, Postfach 55, 4658 Däniken und unterschrieben „mit freundlichen Grüßen, Ihre Kernik Kräftig Wirkungsvolle Gösgen-Däniken AG" hat als Hintergrund diesen Zwischenfall (nach Tages-Anzeiger, Züricher Zeitung):

Solothurn, 4. Okt. (SAD): In der Nacht auf den Mittwoch (4. Oktober) ist im Filmsaal des Informationspavillons des AKW Gösgen ein Brand ausgebrochen, der mangels Sauerstoff von selbst wieder erlosch. Die Folgen des Brandes – Sachschaden in Höhe von rund 250 000 Franken – wurden erst am Mittwochmorgen entdeckt. Die Solothurner Kantonspolizei hat eine Untersuchung eingeleitet, wobei als Brandursache Brandstiftung ermittelt werden konnte. Der Anschlag erfolgte auf das sogenannte Standortmodell des maßstäblich nachgebildeten Gesamtwerks.

„Nur kurze Zeit nach Erhalt der Inbetriebnahmebewilligung durch des Eidgenössische Amt für Energiewirtschaft ereignete sich gestern Abend um 21.02 MEZ in der Frischdampfstation der KKW-Anlage Gösgen eine folgenschwere Explosion. Der nachfolgende Großbrand, der sich sekundenschnell durch die an sich feuergeschützten Kabelkanäle ins benachbarte Schaltanlagengebäude ausbreitete, zerstörte dort die im obersten Stockwerk untergebrachten Kommando- und Prozeßrechnerräume. Beim Eintreffen der Betriebsfeuerwehr, die durch den Brandalarm mitten aus ihrem internen Tischtennisturnier um den von Herrn Dr. Michael Kohn gestifteten goldenen Neutronenbecher aufgeschreckt wurde, standen neben dem Schaltanlagengebäude bereits auch Teile vom Maschinenhaus und vom Hilfsanlagengebäude in Flammen. Im weiteren zerstörte die gewaltige Explosion auch Teile der bis anhin als bruchsicher geltenden äußeren Reaktor-Sicherheitshülle.

Wie erste Ermittlungen ergeben haben, ist die verheerende Explosion auf eine unglückliche Verkettung von menschlichem und technischem Versagen zurückzuführen. Das Geschehen kann bis jetzt folgendermaßen rekonstruiert werden: Kurz vor Beginn seiner Nachtschicht erwärmte Betriebsingenieur Kurt O. – verbotenerweise – im Vorraum zur Kommandozentrale noch eine Dose Usego-Ravioli auf einem Gaskocher. Nach Aussagen eines Arbeitskollegen zerplatzte diese dabei plötzlich und spritzte dem Unglücklichen die heißen Ravioli ins Gesicht. Ingenieur Kurt O., geblendet, erhitzt und geschockt, meinte vermutlich, es habe sich eine Explosion im Reaktor ereignet. Obwohl dieser gar nicht in Betrieb war, rannte er panikartig und halbblind ans Kommandopult und leitete eine Schnellabschaltung ein. Erst nach einigen Sekunden gelang es einem anderen Betriebsingenieur den wie wild an Knöpfen und Hebeln hantierenden Kurt O. vom Pult wegzureißen. Kurze Zeit später ereignete sich dann – aus noch ungeklärten Gründen – die Explosion in der Frischdampfstation.

Zum Glück – Sie werden es bemerkt oder inzwischen auch gehört haben – spielte sich die Brandkatastrophe nur in dem im Informationspavillion ausgestellten Atomkraftwerk-Modell ab. Beim gestern Abend zerstörten Modell handelt es sich um ein bis ins kleinste Detail exaktes Nachbild der gesamten Atomkraftwerk-Anlage Gösgen. Gerade deshalb nimmt die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG diesen schweren Zwischenfall auch besonders ernst. Zusammen mit Experten der Eidgenössischen Kommission für die Sicherheit von Atomanlagen wurde unverzüglich eine Untersuchung eingeleitet.

Nach diesem leidigen Zwischenfall werden einige böse Zungen sicher wieder vorschnell behaupten, daß das Eidgenössische Amt für Energiewirtschaft und seine Experten von den sicherheitstechnischen Anforderungen an Atomanlagen offensichtlich überfordert seien. Nach Aussagen des Solothurnischen Kapo-Kommandanten Jules Huggenberger kann bis jetzt aber nur eines mit Sicherheit gesagt werden: Wenn die Atomlobby und die betreffenden staatlichen Instanzen weiterhin in gleich fahrlässiger, vetterliwirtschaftlicher Art und Weise und trotz vieler noch ungeklärter Probleme sich selber weiterhin Bewilligungen für illegal erstellte AKWs erteilen, so können beim heutigen Stand der Dinge weitere derartige Zwischenfälle nicht ausgeschlossen werden.

Soviel fürs erste."

Alternative Energieversorgung
STROMKRAFTWERKE AUF DEM RHEIN

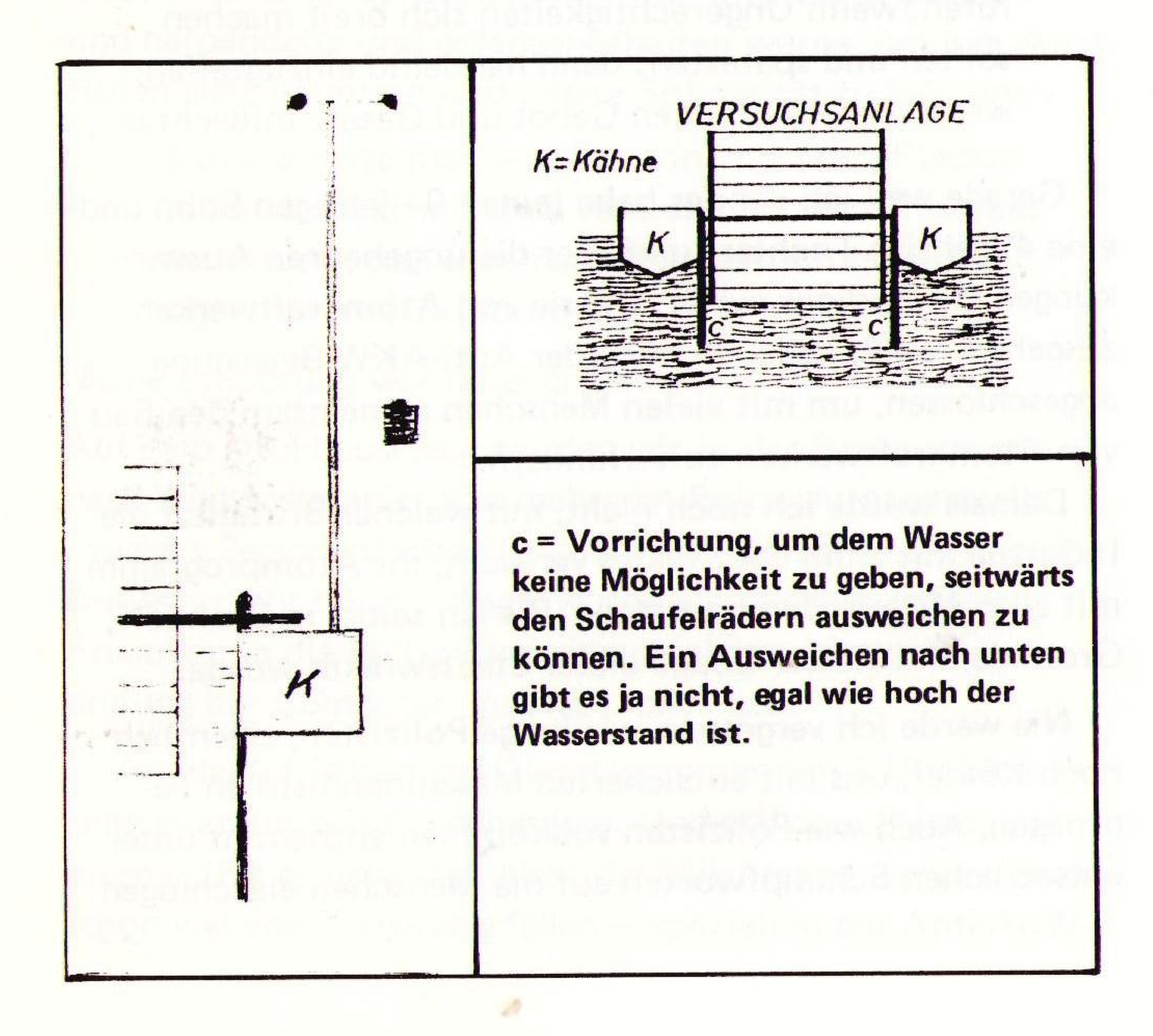
FRANKENTHAL
17.Oktober

Aus dem Knast in Frankenthal schickte uns im Sommer dieses Jahres ein Gefangener eine detaillierte Schilderung eines Verfahrens zur Energiegewinnung mit Hilfe von Flußkraftwerken, die in geringen Abständen an großen Flüssen gebaut werden könnten. Um diese Gedanken an Ökologie- und andere Gruppen kommen zu lassen, veröffentlichen wir einen Brief des Gefangenen. Wer an einem Gedankenaustausch interessiert ist oder die Adresse von wissenschaftlichen Instituten kennt, die sich mit dem Problem beschäftigen würden (abgesehen vom Oeko-Institut, die sind schon informiert), der wendet sich an den ID, um Adresse und Namen des Gefangenen zu erfahren. Der Brief ist ein Brief aus einer ganzen Reihe von Briefen und fängt daher mitten im Thema an: bei der Messung der Stromgeschwindigkeit:

„Lieber Herr Meusert!
Vielen Dank für Ihre freundlichen Zeilen und die Briefmarken, die Sie mir beigelegt haben. In meinem Brief an Sie, muß ich ja einmal wieder ein fürchterliches deutsch zusammengeschrieben haben. Es ist nicht so, daß das Oeko-Institut Freiburg für meine Sache keine Zeit hat. Um diese Sache richtig zu verstehen, braucht man Zeit, um sich ein Urteil erlauben zu können, wozu Leistungs- und Energiewerte gehören, bestimmt viele Monate.

Man braucht dazu als erstes Grundwerte eines Flusses, Strömungsgeschwindigkeiten, Schubkraft, Wassermengen usw. Im Sommer 1977 habe ich mir 2 Monate diese Werte aus dem Rhein selbst zusammengetragen, zwischen Ludwigshafen und Speyer. Ich hatte mir an eine Luftmatratze einen Anker mit Leine gebaut. An die Seite der Luftmatratze ein Festmass von einem Meter. So konnte ich mit einem kleinen Holzstück und dem Sekundenzeiger meiner Armbanduhr Strömungsgeschwindigkeiten der Oberfläche messen. In der Mitte eines Einquadratdezimeter großen dünnen Aluminiumblechs, habe ich 3 x 1 Meter zusammenschraubbares 3 mm starkes Aluminiumrohr befestigt und daran so eine Fischwaage, wie sie die Fischer benutzen, um gleich nach dem Fang zu wiegen. So konnte ich kreuz und quer im Rhein, in verschiedenen Wassertiefen, Messungen machen.

Dann hatte ich mir eine kleine Anlage gebaut, mit einem von mir entwickelten Schaufelrad. Dieses Schaufelrad war 30 cm im Durchmesser und 1o cm breit. Für das was auf der Zeichnung mit K bezeichnet ist, habe ich Holzbalken



c = Vorrichtung, um dem Wasser keine Möglichkeit zu geben, seitwärts den Schaufelrädern ausweichen zu können. Ein Ausweichen nach unten gibt es ja nicht, egal wie hoch der Wasserstand ist.

verwendet und an der Trägerwelle des Rades auf den K eine 50 cm Holzleiste senkrecht montiert. Oben 2 Umlenkrollen. An die Trägerwelle hatte ich eine dünne Kunststoffschnur montiert, diese über die beiden Umlenkrollen gelegt und so konnte ich mit verschiedenen Gewichten Leistungsmessungen machen.

Dann habe ich mit einer großen Luftpumpe,die man normal zum entstauben verwendet, Wasser hinter dem Schaufelrad abgezogen. So entstand am Schaufelrad eine geodätische Höhendifferenz, die Strömungsgeschwindigkeit wird größer, die Drehgeschwindigkeit des Schaufelrades und die Leistung des Schaufelrades wächst um das vielfache.

Dies ist ja auch der Grundgedanke meiner Energie- und Wasserversorgungssache. An die Schaufelräder, auf die Schwimmer werden große Wasserpumpen gebaut. Die Schaufelräder laufen durch die normale Strömungsgeschwindigkeit an. Von den Wasserpumpen wird das Wasser hinter den Schaufelrädern abgezogen, es entsteht diese Höhendifferenz. Das Wasser wird mit einem verhältnismäßig hohem Druck durch die Wasserturbinen in der Brückenauffahrt gepumpt und läuft dann vor den Schaufelrädern wieder dem Rhein zu. Führt der Rhein viel Wasser, läßt man das Wasser in die Rheinebene abfließen.

Nun ist dies ja nur ein Teil meiner Sache und man braucht bestimmt viel Zeit, um selbst zu der Überzeugung zu kommen, an Hand von Leistungs- und Energiewerten, um wie das Oeko-Institut, die ja so etwas in die Öffentlichkeit bringen mögen, ja zu sagen. Meine Werte, die ich habe, sind absolute echte und ausgezeichnete Werte, aber für dieses Institut nicht so handfest, um damit etwas anzufangen. Leider kann ich mir im Augenblick nicht erlauben, nach Freiburg zu fahren."

NORDHEIM CONTRA BUNDESWEHR : DIE BUNDESWEHR BLEIBT HART

NORDHEIM
OKTOBER 1978

Wir haben schon mehrfach über den Kampf gegen den von der Bundeswehr geplanten Pionierübungsplatz bei Nordheim (Mainfranken) berichtet (im ID 209, 215, 222, 244, 248). Einen zusammenfassenden Bericht über den aktuellen Stand der Auseinandersetzungen entnehmen wir der Oktobernummer der „Würzburger Illustrierten" PUPILLE:

Mit der Aufhebung der sofortigen Vollziehbarkeit des Bauvorhabens eines Bundeswehr-Wasserübungsplatzes an der Mainschleife bei Nordheim haben die betroffenen Bürger und ihr Rechtsanwalt Dietmar Janssen einen Zwischenerfolg für sich verbuchen können. Gleichwohl hat die Bundeswehr in einem Schreiben an den Schweinfurter Bundestagsabgeordneten Rudolf Müller erneut ihr Festhalten an dem Vorhaben bekräftigt.

In diesem Schreiben nimmt der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Dr. Andreas von Bülow auch zu den von Nordheimer Winzern geäußerten Bedenken Stellung, die Baumaßnahmen könnten durch die Aufschüttung des Geländes einen „Kaltluftsee" entstehen lassen, welcher die Weinreben gefährden könnte. Von Bülow: „Ich glaube, daß die Auswirkungen des Wasserübungsplatzes auf Nordheim überschätzt werden. So hat zum Beispiel inzwischen ein klimatologisches Gutachten ergeben, daß negative Auswirkungen auf die Weinberge Nordheims durch das Bauvorhaben der Bundeswehr nicht zu erwarten sind". Müller hatte am 10. August dieses Jahres angefragt, ob in der künftigen Garnison Volkach — an der die Stadt Volkach übrigens stark interessiert ist — anstelle des Panzerbataillons eine andere Waffengattung stationiert werden kann. Auch dies verneinte der Staatssekretär in seiner Antwort:

„Das Panzerbataillon 12, das nach Volkach verlegt werden soll, ist zur Zeit in Speyer außerhalb des Bereichs der 12. Panzerdivision stationiert. Damit fehlt dieser wichtige Verband als Kampfunterstützung in seinem Einsatzraum. Deshalb können auch Ausbildungsvorhaben . . . nicht im dringend nötigen Umfang verwirklicht werden. Daneben wird durch die räumliche Trennung die Dienstaufsicht durch die vorgesetzte Behörde ebenso erschwert wie die erforderliche Personalführungsmaßnahmen". Schlußfolgerung: „Die Garnison Volkach wurde u. a. deshalb ausgewählt, weil bei Nordheim im nicht schiffbaren Teil des Main die einzige Möglichkeit für die Errichtung eines Wasserübungsplatzes gegeben ist". Von Bülow appelliert an den Bundestagsabgeordneten, „den Bürgern die im Interesse der Landesverteidigung unabdingbaren militärischen Notwendigkeiten verständlich zu machen". Anregungen, wie sie verschiedene Mandatsträger gemacht hatten, den US-Übungsplatz bei Gerlachsheim mitzubenutzen oder ein künstliches Gewässer, etwa einen Baggersee, in Erwägung zu ziehen (FDP Landtagskandidat Dr. Gerd Rohde: „Wir schmeißen soviel Milliarden raus, da kann man doch etwas bauen, wo die rumplantschen können"), stoßen bei der Bundeswehr nicht auf Gegenliebe.

Nach Prüfung aller Alternativen, „Gerlachsheim, Horlbach, Sommerach, Mainsondheim, Astheim und andere", so Abteilungspräsident Kütt von der zuständigen Münchner Wehrbereichsverwaltung VI in München zur PUPILLE, „bleibt nur Nordheim übrig". Man benötige zum Üben „eine bestimmte Fließgeschwindigkeit". Pressesprecher Dr. Karl-Heinz Döhringer vom Bundesverteidigungsministerium: „Wir üben für den Ernstfall und nicht, um die Leute nett zu beschäftigen. Wir müssen im Einsatzgebiet üben und nicht in der Türkei. Die Geographie muß stimmen". Ein Widerspruch zwischen dem jetzt schon seit elf Jahren andauernden Verfahren und der angeblich hohen Dringlichkeit des Vorhabens sieht man auf der Bonner Hardthöhe nicht: „Das bedeutet nur, daß es jetzt noch dringlicher ist". Die Bundeswehr gedenkt, auf jeden Fall alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Übungsplatz schließlich doch noch errichten zu können. Rechtsanwalt Janssen meint, es können noch fünf Jahre ins Land gehen, bis das Berliner Verwaltungsgericht letztlich entschieden haben wird.

Eine neue Initiative zur Rettung des „Kleinods Mainschleife" hat inzwischen der SPD-Landtagsabgeordnete Hans Werner Loew angekündigt. Loew bemängelt, daß die bayrische Staatsregierung, die das Verfahren durchsetzen muß, keine eigene Meinung zum Vorhaben der Bundeswehr geäußert hat. Nach Auffassung von Loew dürfe sich die Staatsregierung „nicht aus der landesplanerischen Verantwortung hinausstehlen", Loew hofft auf eine „Allparteienfraktion für das Maintal", um „landschaftsschutzpolitische Verbrechen zu verhindern". Da sich nach Meinung Loews weder die unterfränkische noch die bayrische CSU zum Fall Nordheim geäußert hätten, bestehe die Hoffnung, „daß eine Festlegung der CSU gegen den Plan der Bundeswehr möglich ist".

Vorsichtige Kritik am Vorhaben der Bundeswehr äußerte inzwischen der Ochsenfurter CSU-Landtagsabgeordnete Erich Sauer aus Ochsenfurt, der es auch lieber sähe, wenn „man den sicher notwendigen Platz woanders hinbauen könnte". Verständnis hat Sauer allerdings für den Wunsch Volkachs, in seinem Bereich die 1600-Mann-starke Garnison zu bekommen, aus „wirtschaftlichen Gründen in unserem strukturschwachen Gebiet", wie Bürgermeister Meyer bekennt. Der Kitzinger Landrat Dr. Rolf Bauer (CSU) sah indessen „keine Veranlassung, Ihnen meine Meinung zu dem Problem mitzuteilen".

In Nordheim selbst rüstet sich die Bürgerinitiative gegen den Wasserübungsplatz für eine großangelegte Veranstaltung am 1. Oktober. Wie Sprecher Helmut Christ mitteilte, will man dabei auch den örtlichen Politikern Gelegenheit geben, sich ein Bild von den Sorgen der Nordheimer zu machen.

Aus den Stellungnahmen („Wir werden keinen leeren Versprechungen auf den Leim gehen") will man sich dann auch eine Strategie für die Landtagswahlen am 15. Oktober zurechtlegen. Schon jetzt spricht ein Winzer aus, was in der Gemeinde viele denken: „Ich könnte mir vorstellen, daß viele bei der Wahl anders oder garnicht wählen".

WIE EINE AKW–GEGNERIN KRIMINALISIERT WIRD

KIEL 16.Oktober

Wir veröffentlichen den Text eines Flugblattes, das in Kiel verteilt wurde. Bärbel Peters schildert ihre Erfahrungen mit der Polizei.

Eine persönliche Erklärung, sicherlich keinen Einzelfall darstellend

„Ich bin 32 Jahre alt, verheiratet, habe 2 Kinder und bin Hausfrau. Wohne auf dem Kieler Ostufer in einem 15-stöckigen Betonsilo im 12. Stock. Bis vor einem Vierteljahr SPD - Mitglied im Ortsverein Ellerbek. Austritt, weil ich mich durch meine Mitgliedschaft nicht mitschuldig machen möchte, wie Atomstaat, Polizei und Staatsschutz mit uns Bürgern verfährt. Ausgestiegen aus dem "Modell Deutschland" und weil ich die Erfahrung machte, daß man lebenswichtige Fragen nicht auf Abgeordnete und Parlamente delegieren kann, sondern seine Interessen selbst vertritt und sich dafür einsetzt.

Ich selbst habe erlebt, wie wenig ernst man genommen wird, wenn man persönlich an Abgeordnete herantritt, auf diese oder jene Ungerechtigkeit hinweist und um Hilfe bittet, was ja schließlich auch deren Aufgabe ist. Sie aber ziehen es vor, für 8.000,-- DM Monatslohn mit den Wölfen zu heulen und uns im Wahlkampf vorzugaukeln, sich für unsere Interessen einzusetzen, um uns für die nächsten vier Jahre erneut zu zeigen, wie wenig ernst sie es meinten.

Jetzt ist Schluß damit — so nicht!

Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte einmal — sicherlich lange her:

> Das Recht eines jeden Einzelnen von uns ist , laut zu rufen, wenn Ungerechtigkeiten sich breit machen sollten und spätestens dann handelnd einzugreifen, wenn die Regierenden Gebot und Gesetz mißachten.

Gerade weil ich Kinder habe (einen 9 - jährigen Sohn und eine 4 - jährige Tochter) und über die ungeheuren Auswirkungen der Radioaktivität, wie sie von Atomkraftwerken ausgehen, weiß, habe ich mich der Anti-AKW-Bewegung angeschlossen, um mit vielen Menschen gemeinsam den Bau von Atomkraftwerken zu verhindern.

Damals wußte ich noch nicht, mit welcher Brutalität die Industrie mit Hilfe des Staates versucht, ihr Atomprogramm mit allen Mitteln durchzusetzen. Bis ich selbst in Brokdorf, Grohnde und Kalkar Zeuge dieser Staatswillkür wurde.

Nie werde ich vergessen, wie junge Polizisten, eigentlich noch Kinder, uns mit entsicherten Maschinenpistolen bedrohten. Auch wie Polizisten vollkommen enthemmt unter entsetzlichen Schimpfworten auf die Menschen einschlugen.

Wahllos wurden einige herausgegriffen, um für die gesamte Bewegung bestraft zu werden. Beweismaterial wurde untergeschoben, Polizisten mit beschränkter Aussagegenehmigung belegt und nachweislich für die Grohnde - Prozesse „präpariert". Widersprüche wurden als Wahrheit gedeutet, Zuschauer, die dagegen protestierten mit Schlagstock und Chemical—mace aus dem Gerichtssaal getrieben.

Unser Kampf ist gerecht, weil wir für das Leben und eine besssere Zukunft kämpfen. Ich werde mich nicht damit abfinden, daß Atomlobby und auch der Staat als Handlanger den Tod und Ruin von vielen Menschen gegen Gewinn und Wirtschaftlichkeit abwägt. Es gab schon mal eine Zeit, wo der M e n s c h nicht zählte. Seveso, Contergan, Hiroshima — noch gar nicht lange her!

Deshalb sind Bauplatzbesetzungen und Widerstandsformen gleich welcher Art ein legitimes Mittel, um sich zur Wehr zu setzen. Kein Gericht der Welt kann Recht sprechen, wenn es darum geht, daß Menschen ihr Leben und das Leben ihrer Kinder verteidigen.

Was ist überhaupt Recht?

Wir alle machen tagtäglich die Erfahrung, daß unsere Rechte durch Zusatzgesetze immer mehr „kastriert" werden. Da peitschen Bundestagsabgeordnete in 3 Tagen Gesetze durch, die mehr als umstritten sind.

Durch meinen offenen Kampf bekam ich vor vierzehn Tagen zu spüren, was später einmel „Atomstaat — Polizeistaat" sein wird.

Vorausgegangen war auf der NORLA in Rendsburg ein bei der SCHLESWAG, die für sichere Energie durch Atomkraftwerke Reklame treibt, gefundener Brandsatz. Einen Tag darauf wurde ein aktives Mitglied der Bürgerinitiative Umweltschutz Rendsburg (BUR) nachts in Begleitung zweier Bekannter auf offener Straße verhaftet.

Grund: wegen Verdachts der Zugehörigkeit einer kriminellen Verinigung (Terrorist)!
Verdacht der gemeinschaftlichen Brandstiftung (NORLA)

und den Staatschutzbehörden (Landeskriminalamt, Abt. Terrorismus) überführt.

Eine Gruppe Leute u.a. auch ich gingen am darauffolgenden Abend zur Polizeidirektion Blumenstraße, wo unser Freund zwischen Landeskriminalamt und dort hin- und herpendelte und gefangengehalten wurde, um ihm durch Rufen aufzumuntern und unsere Solidarität zu bekunden.

Monate hatte man sein Telefon abgehört, Flachsereien als total kriminell verdreht. Es wurde bewußt verhindert, daß er seinen Rechtsanwalt benachrichtigen konnte(Grundrecht!)

Meine Empörung war riesengroß!!

Auf dem Nachhauseweg wurden wir in der Rathausstraße nach Wildwestmanier von mehreren Polizeiautos umstellt - zwecks Personenfeststellung. Da ich grundsätzlich keinen Ausweis mehr bei mir trage, wurde ich mit den anderern Freunden in die Polizeidirektion gefahren, bis nach Überprüfung der Computer „grünes Licht" gab.

Am darauf folgenden Dienstagmorgen um 6 Uhr klingelte es an unserer Sprechanlage. Undeutliches Stimmengemurmel. Da es sicherlich nicht der Milchmann war und man schon viel von Terrorüberfällen — speziell in der Anti-AKW-Bewegung gelesen hatte — rief ich ein Mitglied unseres Arbeitskreises an und legte den Hörer daneben. Als die Polizei Einlaß begehrte, konnte ich mir gerade noch notdürftig etwas überziehen.

In Stichworten, was weiter geschah:

Unser Dackel kläffte wie verrückt. Die Kinder wachten auf. Meine Tochter hatte am Vortag hohes Fieber und saß vollkommen verschreckt in meinem Bett. Mit barschem Ton wurden wir von 3 männlichen und 1 weiblichen Kriminalbeamten auf eine Hausdurchsuchung aufmerksam gemacht. Versuch der totalen Einschüchterung. Hausdurchsuchungsbefehl vom Richter vorgezeigt wegen Spurensicherung einer Ermittlung wegen Sachbeschädigung und um auch noch anderes Beweismaterial (? ?) zu suchen.

Lief ans Telefon, rief, daß Hausdurchsuchung sei und bat, daß der Bekannte einen Rechtsanwalt benachrichtigen sollte.

Bekam -sollte wohl einschüchtern- im barschen Ton zu hören, müsse im Anschluß daran zur Erkennungsdienstlichen (ED) Behandlung zur Polizeidirektion. Ob das auch eine Anordnung vom Amtsrichter Dr. Friedrich sei, der den Hausdurchsuchungsbefehl ausstellte, wurde verneint, sondern das läge im Ermessen des ltd. Beamten PHM B e n k e r t .

Kriminalfrau ließ mich nicht mehr aus den Augen. Sogar beim Anziehen mußte ich in ihrem Beisein mich entkleiden. Lehnte von innen gegen die Schlafzimmertür. Meine kleine Tochter vollkommen verängstigt. Beruhigte sie. Die anderen Beamten machten sich an das Durchwühlen des Wohnzimmers.

Anruf des Anwalts. Machte mich auf verschiedene Dinge aufmerksam. Der ltd. Beamte Benkert ging selbst an den Apparat und meldete sich mit sonorem Hallo. Erst als ich rief —Hausdurchsuchung— meldete er sich mit —Polizei—, verweigerte mir die Gespräche so ungefähr 6—7 mal und wollte danach den Hörer einfach nicht mehr auf die Gabel legen.

Mir fiel die Hinzuziehung eines Zeugen ein. Durfte ihn antelefonieren. Untersuchung wurde aprupt unterbrochen. In der Zwischenzeit tranken meine Familie und ich Kaffee und frühstückten.

Mit sämtlichen Tricks von Barschheit bis plumpen Anbiedern und platten Sprüchen versuchte der PHM Benkert uns in ein Gespräch zu ziehen. Brauchte er wohl für sein Psychogramm. Seine Anbiederung grenzte bald an Prostitution. Plötzlich war er auch entschiedener Atomkraftgegner(merken!) weil Hobbyangler und so, Fische fischt er auch nicht mehr in der Elbe.

Die Zeugin war gekommen und die Schnüffeltour ging weiter. Nachdem sämtliche Zimmer einschließlich Badezimmer (Spülkasten) durchsucht waren, machte man sich an den Keller und unser Auto (vorher schon in der Nähe des Hauses gesucht) (? ?).

Frust war riesengroß. Sie hatten kein Erfolgserlebnis, weil es nichts zu finden gab! Man beschlagnahmte einen Redeentwurf und ein Flugblatt bezüglich BUR-Mitglied und entnahm dieser Schreibmaschine eine Schriftprobe. Mußte Beamten Benkert — sonst deinen dummen Eindruck machend- hinweisen, daß Schriftstücke zu versiegeln seien. Hatte er gar nicht ‚dran gedacht', so ein Pech aber auch.

Wie einen Schwerverbrecher nahm man mich in die Mitte und ab im Fahrstuhl (Nachbarn große Augen–roch ja auch verdächtig nach Polizei) ins Auto und ab zur Polizeidirektion.

Mußte warten, Benkert bot mir von seinen Zigaretten an, konnte nicht mit ansehen, wie ich mir selbst welche drehte. Abgelehnt – Pfui Deibel!

Danach Fragen zur Person und den ganzen Plunder, ob alle Zähne im Mund, Kennzeichen, die unveränderlich sind, ob ich Dialekt spreche, fixiert, geschrieben, tiefer Blick in meine Augen (Farbe), taxiert, katalogisiert. Mit wem verheiratet – abgelehnt, sollen sich beim Staatsschutz oder beim Standesamt erkundigen – keinerlei Unterstützung! – Macht nichts, ihnen kann man nicht genug Arbeit machen.

Obligatorisches Abnehmen von Fingeabdrücken, besonders vom Zeigefinger. Danach fotografieren. Wollte Widerspruch einlegen, patzige Antwort, ob Widerspruch oder in Hamburg fiele eine Schaufel um.

Wurde wieder nach Hause gefahren, Benkert lamentiert im Auto, daß er keine Chancen am Morgen gehabt habe, keiner mag ihn leiden. Recht hat er, soll zum Psychiater gehen. Wünscht im dummen Ton mir beim Aussteigen noch einen guten Tag.

War um 9 Uhr wieder zu Hause. Hier erfuhr ich, daß zur gleichen Zeit in Rendsburg bei ca. 5 – 6 Leuten das gleiche gelaufen war und am Montag diese Woche noch einmal bei zwei Rendsburgern. Auch erfuhr ich, daß man meine Daten im Landeskriminalamt auch habe, denn man machte blöde Bemerkungen zu meiner Person(???). Das wegen V e r d a c h t s der Sachbeschädigung. Wir sollen eine Mauer, wo der gefangene AKW-Gegner gefangen gehalten wurde, mit Parolen bemalt haben!

Inzwischen wurde das BUR-Mitglied freigelassen, weil die Haftgründe nicht mehr ausreichten. Der Verdacht der Mitgliedschaft einer kriminellen Vereinigung (Sprich Terrorismus) wurde schon nach 2 Tagen nicht mehr aufrecht erhalten. Der dringende Tatverdacht, so die Ermittelnden, rechtfertige sich schon daraus, daß er Mitglied in einer BI sei, die auch gegen Atomkraftwerke sei.

Dieser rücksichtslose Terror dient der Einschüchterung und soll uns vom eigenständigen Kampf gegen Atomkraftwerke abhalten. Das sind Methoden, wie ich sie aus den Erzählungen meiner Eltern kenne, wenn sie mir beschrieben, wie es damals im 3. Reich gewesen ist. Die kamen auch zur Schlafenszeit und holten Menschen ab. Keiner wußte, wo sie waren.

Eingeschüchtert bin ich durch solche Praktiken weiß Gott nicht. Eher daß ich mit meiner ganzen Kraft dafür eintreten werde,, daß so etwas, was meine Eltern und vielleicht auch Sie erlebt haben, nie wieder geschehen darf!

Sind wir wieder so weit, daß man kritische und demnach ja wohl mißliebige Bürger mit'allen Mitteln des Freiheitlich-demokratischen " Rechtssaates verfolgt.

Ich möchte keinen Atomstaat, keine zerstörte Landschaft und Tiere, keine kaputten Betonsilos und Städte, keine giftige Nahrung, keinen Konsumterror, keinen Denunzianten- und Spitzelstaat, sondern in einer Gesellschaft leben, die frei und autonom und tolerant auch den Andersdenkenden gegenüber ist, wo der Mensch Mensch sein darf und keine Schraube in einer unendlich brutalen Maschinerie.

Was sollen wir tun, – wenn die Flüsse sterben
–Wenn Beton uns erstickt
– Wenn die Erde aufhört zu atmen
– Wenn wir Angst haben, Kinder in diese Welt zu setzen
–Wenn wir nichts mehr essen können, ohne uns zu vergiften
– Wenn sie mit Plutonium aus der Erde und Atomkraftwerken einen toten Planeten machen wollen, nur um damit ihre Gewinne und ihre Macht zu vermehren?

"Wenn militant sein heißt, daß ich alle Möglichkeiten nutze, daß ich jeden möglichen Schritt tue und alle nur möglichen Aktionen, um ein für alle Mal die natürliche Lebensweise der Menschen wieder einzuführen, wenn das militant ist, bitte ich meinen Vater, die Sonne und meine Mutter, die Erde, daß sie mir Leben und Kraft geben, um von allen der Militanteste zu sein."

Kiel, den 4.Oktober 1978
Bärbel Peters, Mitglied des AK Politische Ökologie, Kiel"

Treffpunkt: Jeden Dienstag 2o Uhr, Gasthof Stender, Waitzstr.

PROZESSBERICHT VOM 2. VERHANDLUNGSTAG IM GROHNDE–PROZESS GEGEN KARL WINTER

LÜBECK 2.Oktober *Von der Knastgruppe Lübeck kommt dieser Prozessbericht zum Prozess und der Person von Karl Winter, dem schwerer Landfriedensbruch, schwere Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen wird. (Siehe auch ID, Nr.248, S.18 und 249, S.18)*

„Wir können hier nur unsere Einschätzung zu dem einen Verhandlungstag geben, da wir den Ablauf der Grohnde-Prozesse nicht ständig verfolgt haben.

Der Termin beginnt um 9.30 Uhr am 29.9. 78. Es ist der 2. Verhandlungstag. Karl wirkt nervös, unsicher und man merkt ihm deutlich an, wie er sich anstrengen muß, um zu sprechen, um nicht auszuflippen. Seine Stimme zittert, die Bewegungen scheinen oft unkontrolliert. Karl sieht weder zum Publikum noch zum Richter. Sein Blickfeld beschränkt sich auf den Tisch, an dem er sitzt. Die 4-monatige Einzelhaft ohne Umschluß mit anderen Gefangenen hat ihre Wirkung erzielt. Karl hat wahnsinnige Konzentrationsschwierigkeiten und scheint ziemlich gebrochen.

Karls eineinhalbstündige Erklärung besteht aus einem ausführlichen Lebenslauf; er beschreibt seine gefühlslose Kindheit, seine bürgerlich-autoritäre Erziehung, Schwierigkeiten in Beruf und Schule und seine Kontaktschwierigkeiten zu anderen Menschen, die ihn besonders belasten.

Nach einem Einbruch kommt er das 1.Mal in den Knast. Danach geht er für längere Zeit nach Italien, wo er vom Schmuckverkauf lebt und seine ersten Drogenerfahrungen macht. Er selbst sieht das Fixen als einen Teil eines Selbstzerstörungsprozesses. Nach einer Flucht nach Italien kommt er in die BRD zurück und versucht mit einigen Leuten ein selbstverwaltetes Drogen-Entzugs-Zentrum aufzubauen. Nach dem die Anfangsschwierigkeiten überwunden waren, versuchen Staat, Stadt, Behörden und Ärzte, das Projekt zu verinstitutionalisieren und ein Geschäft daraus zu machen.

Im Austausch für seine Freundin kommt Karl dann wegen Kaufhausdiebstählen für 4Jahre in den Knast.
Im Landsberger Knast lernt Karl Rolf Pohle kennen und meidet als einziger Gefangener nicht den Kontakt. So erleidet er Repressionsmaßnahmen, z.B. Isolation und unmenschliche Haftbedingungen. Im Zusammenhang mit der schlechten Bezahlung im Knast beteiligt er sich an einem Hungerstreik. Er fängt an, sich mit Problemen der Kernenergie zu beschäftigen. Als Karl auf Bewährung entlassen wird, arbeitet er in der Anti-AKW-Bewegung mitund fährt auf seine erste Demo.
Bei der zweiten —Grohnde— wird er zusammengeschlagen und festgenommen.

Unserer Meinung nach hat er diesen Lebenslauf gegeben, um dem Gericht seine Verhandlungsbereitschaft zu dokumentieren und eventuell mildernde Umstände herauszuholen.
Nach 4-monatiger Isolationshaft ist Karl völlig fertig und will unbedingt raus aus dem Knast. Deshalb äußert er sich auch ausführlich zur Sache. Er beschreibt, was er in Grohnde gemacht hat, wo er gestanden hat, wohin er gelaufen ist und zeichnet dies auch in die Karte des Gerichts ein.
Sein Rechtsanwalt unterstützt ihn bei der Befragung durch Gericht und Staatsanwaltschaft überhaupt nicht. Fragen des Staatsanwalts nach anderen Personen verwirren Karl total. Der Staatsanwalt belehrt ihn, daß er nicht zur Sache auszusagen braucht. Da er aber nur in heiklen Situationen von diesem Recht Gebrauch macht, und sonst aussagt, fällt er auf die Taktik des Gerichts rein, das ihn in Widersprüche verwickeln und verurteilen und nicht verstehen will.
In seiner Erklärung z.B. hält er eine Bauplatzbesetzung für illusorisch. Auf die entsprechende Frage des Richters antwortet er aber, daß er mit auf den Platz gegangen wäre (im Falle eines...). Dadurch bricht seine Strategie zusammen: Einerseits führt er den Prozeß nicht politisch und zeigt sich kooperativ, andererseits befürwortet er die Bauplatzbesetzung, allerdings ohne politisch dafür einzutreten. Karl merkt dabei nicht, daß so keine Chance besteht, aus dem Knast rauszukommen,sondern daß er unserer Einschätzung nach ins offene Messer der Justiz läuft und seine Aussagen wahrscheinlich zu einer Verurteilung führen werden.
An diesem Prozeß wird deutlich, daß wir, wenn wir eine Aktion machen, uns 100% klar sein müssen, warum und mit welchen Mitteln wir sie durchführen und was es bedeutet, dafür in den Knast zu gehen, da sie einen sonst durch (unterdrückerische) Haftbedingungen, insbesondere Isolationsfolter, kaputt machen können. Wir finden es unheimlich wichtig, daß dies Problem endlich ausführlich diskutiert wird.

Klar für uns ist, daß Karl u n b e d i n g t einen guten Anwalt braucht; RA Hü ssstadt (?) scheint nicht zu durchblicken, worauf es ankommt, seine Unterstützung für Karl beschränkt sich ziemlich darauf, daß er ihn ab und zu, wenn Karl den Prozeß physisch und psychisch nicht mehr packt, mal in den Arm nimmt. Er braucht 'nen Anwalt, der ihm wieder Mut gibt und mit dem er seinen Prozeß politisch diskutieren kann und der ihm klar macht, daß seine bisherige Strategie nicht zum Freispruch führen kann."

Prozeß: Landgericht Hannover, Volgersweg 65, jeden Freitag um 9 Uhr.

Kontakt: Ermittlungsausschüsse: Hamburg, Tel. o4o/3900103 oder 040/4101144; Bremen, Tel. 0421/327530; Kassel, RA Huesmann, Tel. 0561/77865; Hannover, Öko-Laden, Tel. 0511/4581381.

DER GROHNDE-ANGEKLAGTE WOLFGANG GIESSLER SAGT WAS ZUM PROZESS

HANNOVER
21. September

Wolfgang Gießler, der vor dem Landgericht Hannover einen Prozeß wegen der Grohnde-Demonstration am 19.3.77 hat, gab am 21.9.78, bei seinem ersten Verhandlungstag eine Erklärung zu seiner Person und dem Prozeß ab. Er schildert darin ausführlich seinen Lebenslauf als Sohn eines Physiklehrers. Zu dem laufenden Prozeß sagt er folgendes:

....

„Ich werde hier keine juristische Verteidigung machen, keine Zeugen vernehmen, keine Beweisanträge stellen, die Zeugen der Anklage nicht befragen. Ich hatte schon vor der Grohnde-Demonstration kein Vertrauen in Gerichte, sondern betrachtete sie als Durchsetzungsorgane der Interessen derer, die gerade die Macht in unserem Staate haben. Der Verlauf der Grohnde-Prozesse hat mir dabei sinnlich vor Augen geführt, wie das so vor sich geht und meine letzten Illusionen darüber zerstört. Was



Demonstration in Grohnde am 19.3.77

mir mit nem Spaten passierte *(diese Zeile und die folgenden Worte sind im Manuskript so schlecht zu lesen, daß ich nicht sicher bin, sie richtig zu verstehen, ID)* war bei Rüdiger die ...? , bei Eso der Knüppel, bei Norbert der Bolzenschneider, usw. Natürlich haben die Leute in Grohnde Knüppel und Werkzeug gehabt und auch benutzt. Wie wären wir ohne ...? durch die Sperre gekommen, wie hätten wir ohne das Werkzeug den Zaun an einigen Stellen umlegen können? Aber in den bisherigen Prozessen wurden diese untergeschobenen Beweismittel genutzt, um trotz aller Widersprüchlichkeiten die vorher festliegenden Urteile in der Öffentlichkeit zu legitimieren. Die Angeklagten, Anwälte und Zeugen wurden als Statisten behandelt, die an dem Schauspiel einer scheinbar neutralen Verhandlung mitwirken sollten.

Ich denke an zwei Erlebnisse in diesen Prozessen. Im Prozeß gegen Andrea schilderte eine Frau als Zeugin ihre Erfahrungen. In einem längeren Beitrag brachte sie ihre Empörung und Verachtung der Behörden zum Ausdruck. Der Richter schluckte nicht einmal, als die Frau ihn nach seiner eigenen Stellung zu den Vorfällen fragte und entließ sie, als ob sie Unsinn geredet hätte. Ich selbst hatte als Zuschauer zu viel Angst, um dazwischen zuschreien mit welcher Menschenverachtung die Richter hier vorgehen.

Und dann das Urteil von Christian Gehrke, mit dem ich kurz vorher auf der Zeugenbank draußen saß. Er war seinem Hauptbelastungszeugen von zwei unbekannten Bullen übergeben worden mit dem Hinweis: „Der hat dich niedergeschlagen". Der Zeuge selbst erwachte da gerade aus einer Ohnmacht. Christian wurde auf die Aussage dieses Zeugen hin zu dreizehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Ich werde mich nicht vor diesem und auch vor keinem anderen Gericht wegen der Teilnahme an der Demonstration juristisch verteidigen. Ich werde versuchen, zu verhindern, daß dieses Gericht eine scheinbar neutrale Gerichtsverhandlung mit meiner Beteiligung durchführt. Ich werde allerdings in diesem Saal erscheinen, weil ich die Konsequenzen aus einem Wegbleiben nicht riskiere. Natürlich habe ich Angst vor diesem Gericht, weil es mit seinen Bullen die Macht über mich hat. Aber ich werde die Atmosphäre der Sachlichkeit und Freundlichkeit nicht entstehen lassen. Dieses Gericht versucht, meine Existenz kaputt zu machen und mich und andere damit abzuschrecken, weiterzumachen. Wenn ich verurteilt werde, verliere ich gleichzeitig auch meine Arbeit und damit meine Existenzgrundlage. Ich werde auf Freunde angewiesen sein. Neben diesem Prozeß habe ich und 17 andere gerade Zahlungsaufforderungen über insgesamt 230.000 DM bekommen, womit wir den Schaden an dem verlorengegangenen und beschädigten Polizeigerät und den verletzten Bullen bezahlen sollen. Eine Summe, die ich in meinem Leben nicht abbezahlen könnte. Ich bin auch nicht bereit dazu.

Aber neben der Angst, habe ich auch eine Wut, die in letzter Zeit immer größer wird. Ich gehe an der Elbe spazieren und sehe, wie der neue Superdeich entsteht, der die Uferzonen verschlingt. Meine Tochter will in der Elbe baden, und freut sich — ich muß sie zurückreißen. Ich suche schöne Stellen zum Ausruhen in der Landschaft — und ganz Brunsbüttel ist mit einmal ein Industriegebiet mit Stacheldraht drumrum, von Hunden bewacht und einer Armee von Werkschützern. Ein Bekannter eines Bekannten stirbt an Hautkrebs und ich fange abends im Bett an zu heulen: 20 % der Bevölkerung stirbt jetzt schon an Krebs; die Aale in der Elbe haben riesige Geschwüre am Köper und verenden; immer mehr Jugendliche sterben an Leukämie. Ich weiß nicht, ob ich sentimental bin, aber ich will nicht, daß meine Tochter oder meine Freunde oder ich selbst an dieser Scheiße zu Grunde gehen. Ich will leben und ich will, daß die anderen leben! Und dieses Scheiß-Gericht will mich und die anderen daran hindern, uns dafür einzusetzen. Dazu muß es mich töten, eher hör ich nicht auf!"

WEITERE GROHNDE–PROZESSE:

Am 23.10. beginnt vor dem Amtsgericht Hameln der (wegen Befangenheit eines Schöffen schon einmal geplatzte) Prozeß gegen Matthias Küntzel.
Am 7.11. beginnt vor dem Amtsgericht Itzehoe der „dickste" Brokdorf-Prozeß gegen Jens Scheer und Ulrich Lentze wegen schweren Landfriedensbruchs, Aufforderung zu strafbaren Handlungen und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Als Nebenklägerin tritt die NWK auf, die Schadensersatzforderungen von 330.000 DM geltend macht.

Eine Materialmappe zum Prozeß (28 Seiten A4, Preis 1,-- DM) kann bestellt werden bei: **Ulrich Lentze, Eimsbüttler Chaussee 21, 2000 Hamburg 19.**

FAHRRADDEMO GEGEN ATOMANLAGEN

HILDESHEIM
19. Oktober 1978

Am Aktionswochenende gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage bei Gorleben wollen auch die Hildesheimer Atomgegner nicht ruhen! Sie rufen auf zur Fahrrad-Demonstration am Samstag, 28.10., quer durch die Hildesheimer Innenstadt. Triffpunkt ist um 10.30 Uhr am Hindenburgplatz („P..."), danach gehts überall da lang, wo man uns sehen kann. Zwischendurch wollen wir öfter mal anhalten und informieren, diskutieren.
Dazu rufen neben uns auch die GLU Hildesheim (!) und die örtlichen Jungsozialisten (!!) auf.

Außerdem gibt es am Sonntag, 29.10., ein großes Anti-Atom-Fest im „be bop" am Rottsberg. Es gibt Film, Infos, Diskussion und nicht zuletzt gute Musik. Dazu haben sich die „3 Tornados" aus Berlin, „Schimmel und Ütze" aus der Heimat und „Rudi" aus Hannover angekündigt. Beginn um um 18 Uhr, Unkostenbeitrag 1 Mark 50 plus 50 Pfennig Spende (? — !).

Kontakt: Öffentlichkeitsarbeitsgruppe gegen Atomenergie, c/o Eckhard Holtmann, Steinkamp 93

Kontakt: Öffentlichkeitsarbeitsgruppe gegen Atomenergie Hildesheim, c/o Eckhard Holtmann, Steinkamp 93, 3201 Holle 4.



Interview mit Leuten von Radio Jessica

DER SENDER IST FÜR ALLE DA

HEIDELBERG 16. Oktober *Mitarbeiter/innen der Heidelberger Alternativzeitung „Carlo Sponti" haben mit Leuten vom Freien Radio „Jessica" gesprochen — wir haben das Interview leicht gekürzt:*

Carlo Sponti: Wie seid ihr auf die Idee gekommen, ein freies Radio zu machen?

Radio Jessica: Wir haben da einige Vorbilder, die freien Sender in Italien zum Beispiel. Die sind durch eine Lücke im italienischen Rundfunkgesetz legal, d.h. sie haben ihre Sender fest installiert, mit Telefon und allem drum und dran. Und dann gibt es im Dreiländereck noch Radio Verte Fessenheim (RVf).

C.S.: Wieso ausgerechnet ein Sender und keine Zeitung z.B.?

R.J.: So ein Sender hat gegenüber einer Zeitung sehr viele Vorteile: du bist aktueller, kannst schneller produzieren, wenns sein muß, direkt vom Schauplatz berichten. Wenn du z.B. in Italien das Radio einschaltest, kannst du direkt mitbekommen, was läuft. Die Informationen kommen einfach schneller an. Dann ist das gesprochene Wort direkter als das geschriebene. Du hast die Möglichkeit, Musik zu verwenden, Betroffene selbst sprechen zu lassen, usw. Außerdem geht die Information direkt an die Hörer. Hier hat ja jeder ein Radio, d.h. auf der Vermittlungsebene sind weniger Sperren eingebaut als bei der Zeitung oder beim Flugblatt. Die Vorurteile kommen nicht so zum Tragen; der Hörer braucht sich nicht zu entscheiden, z.B. in aller Öffentlichkeit ein Flugblatt von einem Langhaarigen anzunehmen. Er braucht bloß einen bestimmten Knopf zu drücken. Und es ist kostenlos, zumindest für den Hörer.

C.S.: Was glaubst du, wieviele euch zuhören?

R.J.: Bisher ist unser Zuhörerkreis wahrscheinlich beschränkt. Wir müssen den Sender noch mehr in die Öffentlichkeit bringen, bekannt machen, damit die Leute Sonntagsabends um 21 Uhr auf 102 Mhz zuhören. Wegen unserer Sendezeit von einer halben Stunde und der noch relativ schlechten Qualität ist die Zahl derer, die ganz zufällig auf Radio Jessica kommen, gering.



C.S.: Immerhin seid ihr schon in den Medien erwähnt worden: im Tageblatt, der Landesschau, 99,9 der Bild. Vom SDR wollte sogar einer mal dabei sein, wenn ihr sendet. Wie stellt ihr euch eine größere Öffentlichkeit vor?

R.J.: Bisher wurde in den Medien nur verbreitet, daß es uns gibt. Wann und auf welcher Frequenz wir senden, haben sie noch nicht gebracht.
RVF macht jede Woche Anzeigen in der Lokalpresse mit dem Sendetermin und der Frequenz. U.a. wollen wir das auch machen. Außerdem wollen wir Plakate und Aufkleber verteilen und versuchen, in Rundfunksendungen, bei denen Hörer anrufen können, Termin und Frequenz durchzugeben. Gerade das könnten unsere Hörer auch machen.

C.S.: Die Fahnder, zumindest die Post, sollen euch auf der Spur sein. Was tut ihr dagegen?

R.J.: Über die technischen Einzelheiten will ich wirklich nichts erzählen. Obwohl die Leute aus der Scene sich in erster Linie für den Ablauf der Technik interessieren. Einerseits freuen wir uns über das Interesse der Leute, andererseits ist es gerade die Sensationsgier, der Sceneklatsch, der uns eher schadet als nützt. Was bringt es zu wissen, wer da im Radio spricht? Wir machen Rundfunk, kein Fernsehen. Wesentlich ist das, was wir sagen. Irgendwie gleicht die Reaktion der Scene der der bürgerlichen Medien. Am liebsten wäre jeder mal mit dabei, weil er es sich aufregend vorstellt.

C.S.: Diese Sensationsgier kommt doch wohl auch daher, daß ihr den Leuten etwas vorsetzt, ohne sie zu beteiligen, oder beteiligen zu können.

R.J.: Natürlich ist das ein Problem. Unser Anspruch ist, daß der Sender offen ist für alle. Daß Leute, die vom normalen Rundfunk ignoriert werden, ein Medium zur Verfügung haben.

C.S.: Also der ID auf Rundfunkebene?

R.J.: Ja, fast. Obwohl wir den ID in der heutigen Form für langweilig halten. Im Moment ist es wegen der Illegalität nicht anders möglich, als konspirativ zu arbeiten. Wir wollen aber die Programmgestaltung möglichst breit fächern, unter größtmöglicher Mitwirkung aller — z.B. Bürgerinitiativen, oder einfach Leute, die uns Informationen, Manuskripte zukommen lassen. Wir wollen schon redaktionelle Arbeit leisten, d.h. Beiträge allgemeinverständlich machen, in eine gewisse Form bringen, auswählen, was wir senden. Als diejenigen, die das Risiko tragen, begreifen wir uns als politische Gruppe, die ein gewisses Konzept mit ihrem Sender vertritt. Ein ganz wichtiger Punkt ist, daß wir kein Radio zur Unterhaltung der Scene sein wollen, daß es für uns nicht darauf ankommt, Sceneinformationen schneller als der Carlo oder ein Flugblatt zu verbreiten, sondern, daß wir die politischen Inhalte über die linke Öffentlichkeit — also Leserkreis von Alternativzeitungen und Flugblättern — hinaus verbreiten wollen. Das bedeutet, daß wir allgemeinverständlich bleiben müssen, was die Form oder z.B. die Verwendung von Musik betrifft.

1 **C.S.:** Also ein Agitationssender?

R.J.: Naja, es kommt auf den Agitationsbegriff an. Daß das Verbreiten von Inhalten irgendwie Agitation ist, ist klar. Allerdings nicht Agitation im Sinne von Bekehrung, sondern Agitation im Sinne von: Alternativen zur herrschenden Politik aufzeigen.

C.S.: Was meint ihr mit „allgemeinverständlich", und wen meint ihr mit „Scene"?

R.J.: Weder wollen wir Inhalte zurücknehmen, noch uns anbiedern. — Mensch kann auch allgemeinverständlich provozieren. Unsere Zielgruppe sind ungefähr die, die Pop-Shop und Point hören; da kann mensch nicht die Scenesprache bringen. Es geht um die Vermittlung unterbliebener Hintergrundinformationen.

C.S.: Was genau?

R.J.: Z.B.: Heidelberger Stadtpolitik, Ökologie, kulturelle Hinweise, Repression, Bücher etc.

C.S.: Aber aus eurer Umwelt, oder Weltgeschehen?

R.J.: Im Großen und Ganzen regional. Aber bei der Ökologie kann mensch die Grenze z.B. nicht so genau bestimmen.

C.S.: Nochmal: was meint ihr mit „Scene"?

R.J.: Das kannst du an den Werten festmachen. Ich glaube, daß viele unserer Werte, unsere Art zu leben, von uns vermittelbar sind. Daß nur die geeigneten Medien und das Wohlwollen bei den Leuten fehlen.

C.S.: Wie wollt ihr andere Leute beteiligen?

R.J.: Da gibt es für RVF in mehreren Städten sogenannte Antennen (frz.: antenne = Programm). Das sind völlig legale Hörervereine, sogar eingetragen, die ganz wichtige Aufgaben übernehmen, z.B.: Finanzierung, Öffentlichkeitsarbeit, Programmgestaltung – das sieht dann so aus, daß die Leute völlig legal ihre Kassetten produzieren, die dann gesendet werden. Für eventuelle Recherchen der Polizei verliert sich die Spur in der Gruppe. Du bist in einer Gruppe mit vielleicht zehn Leuten, alles wird zusammen produziert, einer ist dann der Kontaktmann *(und die Frauen? Composerin)* zum eigentlichen Sender. Die Sicherheit besteht eben darin, daß die Leute in der Antenne sich gut kennen, sich vertrauen können und bewußt zur gemeinsamen Produktion beitragen.

C.S.: Aber ihr hattet doch noch andere Möglichkeiten ....?

R.J.: Ja, daß die von irgendwelchen Leuten fertig produzierten Kassetten immer weiter gegeben werden, bis sie bei uns landen.

C.S.: Wie hoch schätzt ihr euer Risiko ein? Was für eine Perspektive hat der Sender, wenn ihr immer vor den Bullen abhauen müßt, – dann hat doch der Sender bestenfalls eine Lebensdauer von eineinhalb Jahren.

R.J.: Wenn wir eineinhalb Jahre senden könnten, dann wären wir schon ganz zufrieden. Aber das Beispiel RVF zeigt, daß nach einigen Monaten regelmäßiger Sendungen und entsprechender Öffentlichkeitsarbeit der Sender von der Post toleriert wird. Dort versuchen sie nur noch, zu stören. Einmal haben sie in Lörrach einen festgenommen, aber er hat noch nicht einmal ein Verfahren bekommen. Dabei muß mensch natürlich beachten, daß das RVF bei der Bevölkerung ganz anders verankert ist als wir. Die haben z.B. aus einer besetzten Fabrik gesendet, der Sender war ziemlich lang bei einem Bauern versteckt. Unser Risiko ist in erster Linie der Verlust des Senders. Um auf die Perspektive zu kommen: Unsere Konzeption läßt sich letztlich nur dann verwirklichen, wenn wir es schaffen, daß derartige Sender legalisiert werden. Dann hätte mensch ein festes Studio mit Telefon und die Möglichkeit, länger als eine halbe Stunde zu senden. Diese Forderung nach Legalisierung regionaler Sender hat natürlich nichts mit den Initiativen von Bertelsmann und Springer zur Einführung eines privaten Rundfunks zu tun. Sender von unserer Reichweite sind für den kommerziellen Rundfunk uninteressant. Für die Legalisierung ist es wichtig, daß Radio Jessica kein Einzelfall bleibt, daß sich auch in anderen Regionen Leute das Recht nehmen, ein freies Radio zu machen.

Radio Jessica sendet jeden Sonntag auf UKW Mhz 102 von 20.30 Uhr bis 21.00 Uhr im Raum Heidelberg, Mannheim und Ludwigshafen.

Beiträge und Kontakt über: Carlo Sponti, Ladenburgerstr. 82, 6900 Heidelberg.

DIE POLIZEI KAM BEIM FRÜHSTÜCK

DORTMUND
15. Oktober

Wieder einmal ein Bericht über einen hervorragenden Einsatz unserer grünen Freunde (Uniformiert, nicht grüne List):

Am letzten Samstag (14.10.) hatte die Initiative Freie Arbeiter Union bei der DGB-Demo in Dortmund einen kleinen Block gebildet und es wurden außerdem Flugblätter und Zeitungen (Direkte Aktion) verkauft (die Flugblätter gabs umsonst). Dabei erregten wir wohl erstmalig die Aufmerksamkeit unserer grünen Freunde.

Am nächsten Morgen saßen wir, einige Freunde und Genossen aus Norddeutschland, beim Frühstück, als die Küche von schwerbewaffneten Grünen gestürmt wurde. Die Wohnung liegt übrigens im selben Haus wie das Libertäre Zentrum in Dortmund. Man zeigte uns eine Pistolenkugel (Bullenkaliber), die man vor der Haustür gefunden habe. Also würde man aufgrund einer Schießerei jetzt kommen. Die Kugel war nicht erkennbar deformiert. Also wurden die Ausweise eingesammelt und im Auto an den Computer gegeben. Überprüfung negativ. Daraufhin verzogen sie sich wieder.

Fazit: Da in den Ausweisen nichts über eine Beteiligung an einer Schießerei drinstand, waren wir also unbeteiligt. Es wurde weder nach einer Waffe gesucht, noch uns irgendwelche Fragen gestellt, ob wir was gehört hätten. Außerdem haben Pistolenkugeln die Angewohnheit, irgendwo drin zu stecken, platt zu sein oder verdammt weit zu fliegen. Eine unversehrte Kugel vor der Haustür heißt also: Senkrecht nach oben geschossen und wieder aufgefangen, und in diesem Fall geräuschlos. Stramme Leistung. Ziel dieser Aktion war also offensichtlich eine Feststellung der Identität der anwesenden Personen und nichts anderes. Der Kampf geht weiter

Kontaktadresse: F.A.U., Postlagernd 073654 A, 46 Dortmund.

HAUSDURCHSUCHUNG IN LEVERKUSEN

LEVERKUSEN
10. Oktober 78

Von der Alternativzeitung „Leverkusener Stadterreger":

„Am 26.9. wurde eine Hausdurchsuchung der „Räumlichkeiten in Bergisch-Neukirchen, Burscheider Str. 40" (Kontaktadresse der Redaktion des Leverkusener Stadterregers) von einem Einsatzkommando der Polizei durchgeführt.

Das Ermittlungsverfahren richtet sich erstens gegen Unbekannt und zweitens gegen den Herausgeber des Leverkusener Stadterregers..
Grund der Aktion, so steht im Beschluß des Amtsgerichts Leverkusen, war ein Artikel in der 8. Ausgabe des Stadterregers, in dem u.a. zwei Polizeibeamte aus Leverkusen beleidigt worden seien. Aus dem Beschluß geht allerdings nicht hervor, um welchen Artikel dieser Ausgabe es sich eigentlich handelt. Die Ermittlung gegen Unbekannt richtet sich gegen den Verfasser des Artikels. Um einen Grund für die Hausdurchsuchung zu haben, wurde Herby als namentlich bekannter Herausgeber des Stadterregers der Beleidigung und des Verstoßes gegen das Landespressegesetz beschuldigt. Bei einem Unbekannten kann nämlich nicht so ohne weiteres eine Hausdurchsuchung veranstaltet werden.

Hier ein Bericht von der Durchsuchung:

„Am Dienstag, dem sechsundzwanzigsten um halb acht morgens werden Mano und Jutta auf eine sehr ungewöhnliche Art und Weise aus den Träumen gerissen. Als Mano in seinem Zimmer von zwei Herren gefragt wird, wer er denn sei, weiß er nicht, wer da vor ihm steht. Als Jutta durch zwei Herren geweckt wird, und jemanden mit einer MP vor sich sieht, braucht sie die Herren nicht zu fragen, von wem sie geschickt worden sind. „Kriminalpolizei, wer sind Sie, wer wohnt denn hier alles? " Bei diesen Worten wird Mano langsam wach und erklärt den beiden, daß er sich erstmal anziehen und nen Kaffee trinken will. Im Flur trifft er dann auf eine Gruppe von bewaffneten und unbewaffneten Polizisten. Beim Anblick einer MP in der Versammlung von Grünen und Zivilen braucht er erst reche eine Tasse Kaffee.

In der Küche drängen ihn die Polizisten, nachdem sie auf sein Verlangen hin den Hausdurchsuchungsbefehl vorgezeigt haben, sie auf ihrem Weg durch die Zimmer zu begleiten. Während Jutta in ihrem Zimmer nach ihrem Ausweis sucht, macht Mano klar, daß er zunächst einmal einen neutralen Zeugen und seinen Anwalt anrufen möchte. Mit der Bemerkung, daß ja die Rechtsanwälte an so etwas verdienen, darf er dann unter Aufsicht eines Beamten den Rechtsanwalt anrufen. Zeuge und Anwalt wollen vorbeikommen. Als er in die Küche kommt, wird ihm klar, daß ein Mensch in bestimmten Situationen zu wenig Augen im Kopf hat: Ein grinsender Polizist vor ihm, eine MP hinter sich, im Nebenzimmer ist die Wühlerei schon im Gange. An Ohren fehlt's auch!

Offizielle Fragen aus dem Nebenzimmer, lächerliche aus dem Flur, Wasser kocht, Katzen quäken. Hektik. Wem fällt's da noch leicht, die Ruhe zu behalten!

Was suchen die eigentlich? Laut Durchsuchungsbefehl Hinweise und Beweise, die den unbekannten Schreibtischtäter entlarven und überführen sollen. Und dann der große Augenblick: Stolz präsentiert der Einsatzleiter die Beute seiner gründlichen Arbeit: Stadterreger Nr. 8, Stadterreger Nr. 8 1/2 (Open Air-Ausgabe), Frauenblätter (Frauenzeitung aus Tübingen), Großstadtpflaster (Liederzeitung für Straßenmusiker), Klinke (Jugendhauszeitung aus Burscheid) und persönliche Aufzeichnungen. Spätestens jetzt sollte man sich fragen, was die Beleidigung eines Leverkusener Polizisten mit den sichergestellten Zeitungen zu tun hat. Absolut nichts.

Der Durchsuchungsbefehl ist die amtliche Legitimation für ein „rechtliches" Eindringen in die Privatsphäre. Auf Veranlassung des Einsatzleiters van Almsick verlassen die bewaffneten Polizisten das Haus und fahren weg. Die Kriminalen fangen an zu drängen. Sie wollen die Hausdurchsuchung fortsetzen. Die Bewohner des Hauses und der eingetroffene Zeuge brauchen erstmal nen Kaffee. Dann tauchen noch einige Freunde auf, für die Betroffenen beruhigend, für die Kriminalen zu viele. Der Wunsch, erst auf den Anwalt zu warten, wird abgelehnt:

„Wir können auch ohne Anwalt weitermachen." Die Durchsuchung von zwei weiteren Räumen beginnt, doch jetzt sind einfach mehr Augen und Ohren da, die aufpassen, registrieren, nachfragen, protestieren, aber es wird auch mehr gelabert. Endlich kommt der Anwalt: „Wer ist hier der Einsatzleiter? Wo ist der Hausdurchsuchungsbefehl? Was suchen Sie? Haben Sie schon ein Protokoll gemacht? " Die Athmosphäre wird eisiger – der Situation angemessener. Was ist das eigentlich hier? Ein lockeres Kaffeekränzchen mit uniformierten Gästen oder der härteste Eingriff in die Privatsphäre von Menschen?

Inzwischen sind eineinhalb Stunden vergangen. Der vierte Raum wird auch noch untersucht. Und den schnüffelnden Nasen entgeht nichts.

Bilder an den Wänden, Fotos, Liebesbriefe, persönliche Aufzeichnungen, Bücher, Knöllchen, Zeitschriften, Schallplatten. Alles wird durchwühlt, während Fragen und Bemerkungen fallen. „Glauben Sie, mir macht das Spaß? "Ich bin doch nicht pervers!" "Wieviel schlafen eigentlich hier in dem Bett? "

„Hier sieht's ja schlimmer aus als im Klever Hof!" (Der Klever Hof wurde nach einer angeblichen Terroristenfahndung von der Polizei durchwühlt und total verwüstet!!) „Haben Sie eigentlich Angst? " „Sagen Sie uns, wer der Verfasser des Artikels ist und wir hören sofort auf." „Ja, welchen Artikel meinen Sie denn? " – – Schweigen.

Ergebnis der Durchsuchung der anderen drei Räume:

Verwirrung unter den Kriminalen – warum hat der Einsatzleiter die Open-Air-Ausgabe beschlagnahmt, während sich seine Kollegen nur auf die Nr. 8 konzentrierten? Antwort: „Das soll der Ermittlungsrichter entscheiden!" „Entweder Sie stellen mir ein Exemplar der Nr. 8 1/2 zur Verfügung oder wir nehmen sie alle mit." Er nimmt sie alle mit.

Alles versammelt sich in der Küche, das Beschlagnahmungsprotokoll wird erstellt. Blöde Bemerkungen fallen: „Erlaubt Ihnen Ihr Anwalt, das Protokoll zu unterschreiben oder soll ich drunterschreiben, Unterschrift verweigert? " Nach Überprüfung der Anlagen wird das Protokoll unterschrieben.

Nach zwei Stunden verläßt der ungewünschte Besuch das Haus. Zurück bleibt die Ahnung, daß das alles nur der Anfang ist."

ZUR VERHAFTUNG VON KARIN AALBERS IN BIELEFELD:

NACH EINER VERHAFTUNG IST JEDER FÜR SCHLAGZEILEN GUT !

BIELEFELD/FRANKFURT
Oktober 1978

Die Informationen zur folgenden Geschichte stammen von Karins Anwalt und Freunden.

Karin Aalbers wurde verhaftet, weil sie Willy Peter Stoll gefahren haben soll. Ein Mann wollte sie und Stoll zusammen in einem Auto gesehen haben – und zwar beim Überholen auf der Autobahn!

Auf diese Aussage hin wurde sie am 29.9.78 in Bielefeld auf offener Straße verhaftet und von Bielefeld nach Stammheim und später weiter nach Köln-Ossendorf gebracht, wo sie bis Dienstag, den 17.10., gefangengehalten wurde. Am 18.10. hätte der Haftprüfungstermin angestanden, den sich die Staatsanwaltschaft wohl sparen wollte, denn schon drei Tage nach der Verhaftung von Karin war der Polizei und Staatsanwaltschaft bekannt, daß es ein eindeutiges Alibi für Karin gab: Sie war am fraglichen Tag zusammen mit Freunden nach Düsseldorf zum Albartus/Schwall-Prozeß (wo wie üblich die Ausweise kontrolliert wurden) gefahren und konnte den ganzen Tag beweisbar rekonstruieren.

Ein zweites belastendes Indiz sollte der Name einer gewissen Claudia sein, der in einer Stoll-Wohnung und in einer früheren Wohnung von Karin aufgetaucht ist: Ein Anruf des Anwalts hat genügt, zu klären, daß diese Claudia kein konspirativer Deckname ist, sondern eine Freundin einer jetzigen Bewohnerin dieser Wohnung!

Am späten Dienstagnachmittag wurde Karin entlassen, obwohl schon am Vormittag die Haft aufgehoben war. Die Begründung, daß „neue Erkenntnisse" ihre Unschuld erwiesen hätten, kann keine sein, denn die (obengenannten) Entlastungsgründe kannte die Polizei ja schon lange.

Ich kenne Karin Aalbers; zwar nicht sehr gut, aber gut genug, um eine Wut zu bekommen über das, was da unter fadenscheinigen Begründungen mit ihr passiert ist. So eine Verhaftung und fast drei Wochen Knast sind bestimmt schlimm genug — aber mich hat dabei die unverschämte Presse-Reaktion noch besonders geärgert. Zwar kennen wir das ja schon weidlich, aber daß diese Zeitungen sich nicht scheuen, immer neue 'Fälle Poensgen' zu produzieren, ist schon erschreckend. Bei Karin lauteten die Schlagzeilen so:

„Karin Aalbers war unbewaffnet und leistete keinen Widerstand!"

„Sie war immer dort, wo etwas los war."

In den Berichten wurden Name, Adresse, Beruf und Vermutungen über Karins Rolle in der 'Terrorszene' veröffentlicht.

„... Die Festgenommene befand sich .. immer dort, wo etwas los war, aber nie in vorderster Front. Obwohl sie als „kleiner Fisch" bezeichnet wird, hatte sie nach Auffassung der Ermittlungsbehörden längere Zeit Kontakt zum harten Kern der Terroristen. Unter anderem bringt die Polizei sie auch mit dem aus einem Berliner Gefängnis befreiten ... Till Meyer in Verbindung... Es wird vermutet, daß Karin Aalbers vor allem Kurierdienste leistete."

„Terroristenbraut" taucht in Anführungsstrichen auf.

„Überdies soll sie unter dem Namen einer ahnungslosen Bielefelderin einen sogenannten Bekennerbrief zum Brandanschlag geschrieben h ben, den der aus Bielefeld stammende Enno Borstelmann vor einiger Zeit wegen der Aufführung des Entebbe-Films auf ein Aachener Kino verübt hat."

.. hat, wohlgemerkt. Der Prozeß gegen Enno Schwall (geb. Borstelmann) ist zwar noch nicht zu Ende, aber die Neue Westfälische weiß offensichtlich weit mehr als Polizei und Gerichte ---- im gleichen Artikel, einen Abschnitt drunter steht: „Die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe machte am Wochenende noch keinerlei Mitteilungen über die Gründe und näheren Umstände der Festnahme von Karin Aalbers. Es wird aber damit gerechnet, daß Generalbundesanwalt Rebmann die Öffentlichkeit heute im einzelnen unterrichtet." Hat die Neue Westfälische ihre eigene Terrorismus-Detektei ?

In Bielefeld ist die Welt noch etwas kleiner als z.B. hier in Frankfurt. Da kennt man sicher die Wohngemeinschaften noch alle und die Bewohner persönlicher. Was es da heißt, in allen Zeitungen als 'Terroristin' aufzutauchen, kann man sich vorstellen! Na, ich hoffe jedenfalls, daß die Klagen, die Karin sicher machen wird, die Zeitungen zu ausführlichen Gegendarstellungen zwingen und sie möglichst auch noch ein ordentliches Sümmchen kosten werden!

In und um Bielefeld haben sich viele Leute und Gruppen an der Öffentlichkeitsarbeit gegen Karins Verhaftung beteiligt. Ein Flugblatt zum Beispiel, das ausführlich über die Verhaftung und alles was damit zusammenhängt berichtet, ist von 43 Gruppen und Initiativen unterschrieben.

Freunde von Karin sagen, daß es ihr gut geht und sie schon wieder ganz munter und aktiv ist.

Kontakt: Rechtsanwalt D. Hartmann, Hauffstr. 1, 5 Köln 30, Tel.: 0221 / 55 81 93; Pippi Langstrumpf-Laden e.V., August-Bebel-Str. 80, 48 Bielefeld I.

PENNER SIND DRECKSCHWEINE UND GEHÖREN IN DEN KNAST — POLIZEIALLTAG IN NORDRHEINWESTFALEN

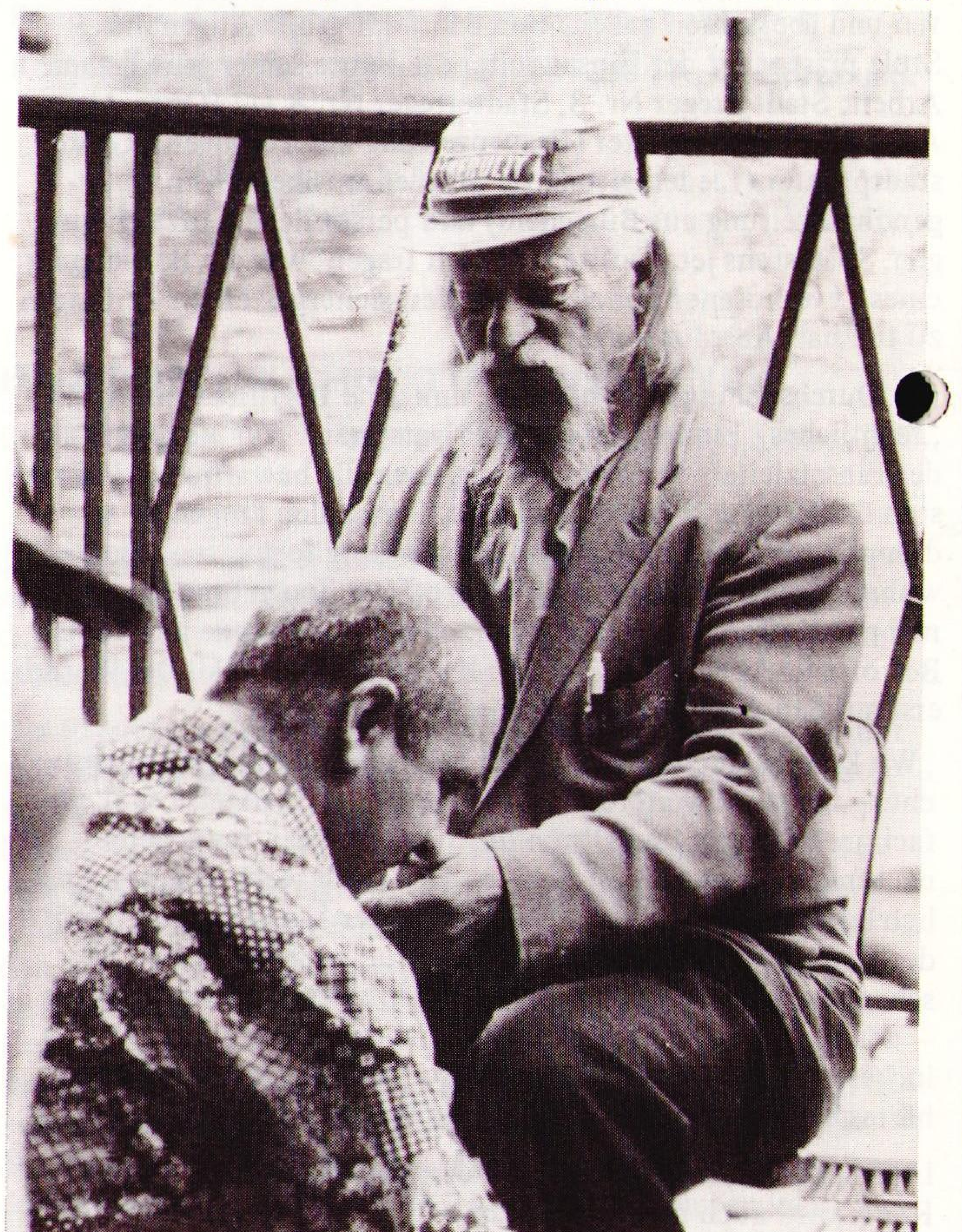
FRANKFURT
27. SEPTEMBER

Folgenden Brief erhielten wir aus Nordrhein-Westfahlen, von einem ehemaligen Polizeibeamten, der verständlicherweise seinen Namen nicht gedruckt sehen will:

Ich war Polizeibeamter in Nordrhein-Westfahlen. Nach meiner Ausbildung wurde ich zum Polizeipräsidium Köln versetzt. Ich möchte in diesem Brief nur einen von vielen Gründen aufführen, die zu einer Kündigung führten. Ich halte es für unumgänglich, die Leute über solche und ähnliche härtere Vorgehensweisen zu unterrichten, obwohl eine derartige Berichterstattung unter „dienstliche Angelegenheiten" fällt, deren Veröffentlichungen nach dem Beamtengesetz strengstens untersagt sind, und unter Strafe stehen.

Ich war etwa zwei Monate im Streifendienst tätig, es war der 8. 7. 78, als wir (d. h. mein Streifenführer und ich) von einem älteren ‚seriösen' Ehepaar angehalten wurden. „Herr Wachtmeister", sagte er zu dem Streifenführer, „jedesmal, wenn meine Frau auf mich auf einem Parkplatz wartet, um mich von der Arbeit abzuholen, kommt da so ein alter, trunkner Penner, stellt sich in die Ecke und pinkelt." Die Frau mischt sich in das Gespräch ein: „Ich sagte ihm schon, daß der Parkplatz kein Pissoir sei." Wieder der Mann: „Das ist jetzt schon des öfteren vorgekommen! Herr Wachtmeister, kann man denn da gar nichts unternehmen; ich meine um derartige Sachen abzustellen? "

Mein Kollege antwortete dem Ehepaar: „Passen Sie mal auf! Das machen wir ganz einfach. Sollte so etwas noch einmal geschehen, rufen Sie uns einfach unmittelbar danach an, dann kommen meine Kollegen sofort raus. Sagen Sie dann am besten,



Ein Frankfurter „Penner" als Flohmarkt-Händler

daß Sie sich durch diese sexuellen Handlungen belästigt fühlen. Daraufhin können wir nämlich etwas auf Exhibitionismus machen. Dann können wir diese Drecksäcke auch gleich ein paar Monate in den Knast bringen, denn wenn wir sie nur zur Ausnüchterung einsperren, sind die ja schon am nächsten Tag wieder raus. — Verstehen Sie? " Das ‚seriöse' Ehepaar hatte die ganze Zeit aufmerksam zugehört und nickte zufrieden: „Ja Herr Wachtmeister, das kann man gut so machen," antwortete der Mann, "das ist wirklich eine gute Idee." Sie bedankten sich für diesen Ratschlag mehrmals und verabschiedeten sich anschließend.

Als wir wieder auf der Streifenfahrt waren, sagte mein Streifenführer stolz: „Siehst du? — so legen wir diesen alten Drecksäcken schon das Handwerk." Ich hatte mit meinen Kollegen schon des öfteren über ein derartiges Vorgehen diskutiert. Als ich jedoch merkte, daß solche Diskussionen sie nicht zum Nachdenken anregten, sondern sie lediglich in ihrer Meinung bestärkten und derartige Vorfälle sich häuften, unterließ ich weitere Auseinandersetzungen mit ihnen.

Ich schrieb dies und weitere Vorfälle in Gedächtnisprotokollen nieder; und möchte den vorliegenden Sachverhalt keineswegs verallgemeinern, aber dies ist bezeichnend für die Situation der Stadtstreicher und Penner.
Ich habe gehört, wie solche Menschen von Kollegen zu Menschen zweiter Klasse degradiert wurden, ich habe gesehen, wie sich die Penner von Polizeibeamten unter Schubsen und Tritten und Schlägen vertreiben lassen und sie sich selbst zu Dreckschweinen degradiert und die Polizeibeamten in den Himmel gehoben haben.

Es hat nur der brutalen Gewalt des Staates bedurft, damit sich die Menschen ihres Selbstbewußtseins berauben liessen. Ich frage mich, wo bleibt die Freiheit in unserer so „freihe itlichen Demokratie"?

Solche und ähnliche Vorfälle werden sich nicht vermeiden lassen, solange Staaten existieren, denn sie werden sich immer den Opportunismus ihrer Bewohner erzwingen, weil sie ihn brauchen, um existieren zu können."

ERLEBNIS MIT DER POLIZEI

FREIBURG
9. Oktober 1978

„Lieber Informationsdienst ! Folgendes ist mir am Samstag, 23.9., in der Freiburger Innenstadt passiert:

Während meines Wochenend-Einkaufes wurde ich zufällig Zeuge einer gewaltsamen Auflösung der Demonstration von ca. 30 KBWlern durch etwa 100 bewaffnete Polizisten (in der üblichen Ausrüstung). Wiederum zufällig sah ich, wie ein beleibter Herr in Zivil Fotografien vom Geschehen machte. Ich wies ihn beiläufig auf das Recht am eignen Bild der Fotografierten hin, er knurrte, er sei von einer Lahrer Tageszeitung.

Spaßeshalber fragte ich ihn nach seinem Presseausweis, was er mit einem kräftigen Fußtritt in meinen Arsch beantwortete. Das ging mir natürlich zu weit und zusammen mit einem jungen Zeugen der Tätlichkeit forderte ich den Knipser auf, mir seine Personalien anzugeben, damit ich ihn anzeigen könnte. Jetzt fing er an, den Zeugen zu verprügeln. Mit Mühe und einem älteren Herrn konnte er von ihm abgebracht werden. Der Täter versuchte, einen der Behelmten zu Hilfe zu holen, die inzwischen mit der Arbeit für diesmal fertig waren. „Geht uns nichts an!" Ich ging dann aber doch (allein) zum nächsten Polizeirevier, um meine Anzeige loszuwerden. Dort traf kurze Zeit später auch „mein" Pressefotograf ein, der sich alsbald in einen Beamten der Kripo Freiburg („Martin, vom Erkennungsdienst") verwandelte. Er nahm erstmal m e i n e Personalien auf. „Grund": Ich hätte versucht, ihn „in die Meute zu zerren", und er wolle Anzeige gegen mich stellen. Wäre ich nicht so entschieden aufgetreten, hätte er mich obendrein erkennungsdienstlich behandelt. (Als Jurastudent wußte ich das eben zu verhindern.) Meine Anzeige wollte natürlich niemand mehr aufnehmen. Ich solle zur Landespolizeidirektion gehen, die sei zuständig. Dabei ist laut Strafprozeßordnung (§ 158, I) sogar jeder Bulle verpflichtet, eine Anzeige aufzunehmen.

Ich bin dann noch zu einem anderen Revier. Auch dort war man nicht zuständig. Diesmal schickte man mich zur Kripo. Die Kripobeamten wußten natürlich schon über mich Bescheid. Wenigstens wollten sie die Anzeige aufnehmen, wenn sie mich auch von oben herab darüber aufklären zu müssen meinten, mein Verhalten dem „Fotografen" gegenüber könne mir als Amtsanmaßung ausgelegt werden, da ich, owohl es vor lauter Polizisten nur so gewimmelt habe, aus „Größenwahnsinn" die Personalien verlangt habe. (Auch das ist totales Blech, was der arrogante Beamte auch wußte, da er von selbst auf § 127 StPO zu sprechen kam, nach dessen Wortlaut jeder einen Täter sogar festnehmen darf, falls der türmt.)

Ich ließ mich auch durch diesen miesen Trick nicht einschüchtern, sondern stellte Anzeige, die auf einem formlosen Blatt (!) direkt in die Maschine getippt wurde. Der Beamte versuchte dann allerdings, Sachen ins Protokoll zu schreiben, die den Sachverhalt verdreht hätten. Meinen Einwand dagegen ließ er nicht zu und schrie mich an, entweder das Protokoll werde so aufgenommen, wie er das für richtig halte, oder überhauptnicht und ich könnte gehen. Zog ich dann auch vor. Allerdings ist damit für mich die Sache noch lange nicht erledigt und ich erwarte zunächst mal die Anzeige des dubiosen „Herrn Martin", der sich im übrigen nur durch seine Marke auswies."

FREISPRUCH FÜR GISELA ERLER UND HERBERT RÖTTGEN

PROZESS UM „BOMMI"–BUCH ENDLICH ZU ENDE

MÜNCHEN
18. Oktober 78

Zum Freispruch des Bundesgerichtshofes schreibt Rechtsanwalt Jürgen Arnold, München:

Am 17.10.78 verkündete der Erste Strafsenat des BGH nach einwöchiger Beratung sein Urteil:

1. **Auf die Revision der Angeklagten wird das Urteil des Landgerichts München vom 1.2.78 aufgehoben.**
2. **Die Angeklagten werden freigesprochen.**
3. **Die Revision der Staatsanwaltschaft wird verworfen.**
4. **Alle Kosten des Verfahrens gehen zu Lasten der Staatskasse.**

Da gibt es natürlich erst einmal jede Menge Grund zur Freude — daß der Trikont-Verlag die inzwischen auf c. 55.000,- DM angewachsenen Kosten nicht tragen muß — daß die 15. Strafkammer des LG München mit ihrem Gesinnungsurteil vom 1.2. 78 baden gegangen ist und — ganz persönlich — daß die in vier Verhandlungen vorgetragenen Argumente nicht für eine fünfte Verhandlung wieder aufgewärmt werden müssen. Nicht zu vergessen die Schadenfreude über den persönlichen Mißerfolg des Münchner Politstaatsanwalts Dr. Gehrig, der dieses Verfahren von der spektakulären Beschlagnahmeaktion im November 75 bis heute mit so viel Einsatz betrieben hat.

Aber natürlich ging es bei diesem Verfahren um viel mehr als um diese Freuden und Schadensfreuden. Immerhin hatte der

gleiche Senat des BGH im Verfahren um das Bommi-Buch in seinem Urteil vom 9.8.77 zum Gesinnungsstrafrecht öffentlich aufgefordert, als er zwischen der „guten" Presse (bei der „Berichterstattung" und „wertfreien Dokumentation" im Vordergrund steht) und der „bösen", sprich linken Presse (die sich auf das Grundrecht der freien Berichterstattung nicht berufen könne, wenn sie Verfasser wie Baumann zu Wort kommen läßt) unterschied. Dieser Aufforderung war das Landgericht München nachgekommen, als es Gisela Erler und Herbert Röttgen zu je 150 Tagessätzen Geldstrafe verurteilt hatte, gleichzeitig aber gesagt hatte, daß nicht jeder sich strafbar mache, der das Buch herausgebe – die Beschlagnahme des Buches daher abgelehnt hatte.

Nun hat der Bundesgerichtshof dieses Urteil, das sein geistiges Kind war, wieder aufgehoben und die Angeklagten freigesprochen. Ich meine nicht, daß er damit eine Tendenzwende eingeläutet hat und den liberalen good-will des Grundgesetzes „eine Zensur findet nicht statt" unumstößlich in der bundesdeutschen Rechsprechung verankern wollte. Die politische Presse wird auch in Zukunft jede Menge Gedrucktes in Gerichtsakten verschwinden sehen und mit Beschlagnahmen, Anklagen und Verurteilungen konfrontiert werden.

Beim Bommi-Prozeß spielten sicher viele Faktoren eine Rolle: die Widersprüchlichkeit des Buches selbst, die große Presseöffentlichkeit, die jede Phase des Verfahrens begleitete, die Neuherausgabe des Buches trotz Beschlagnahme, die vielen ausländischen Ausgaben. Eine Verurteilung der Verleger und die Beschlagnahme des Buches, trotz einer inzwischen verkauften Auflage von über 100.000 Stück (mit den ausländischen Ausgaben), hätte die Autorität der bundesdeutschen Gerichte sicherlich nicht gestärkt, sondern sie eher dem Gespött und der Kritik ausgesetzt. Letztlich ist also nicht der Trikont-Verlag „noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen", sondern die Justiz.

Dazu kam noch, daß die Münchner Richter durch ihr Urteil den BGH in eine Zwickmühle gebracht hatten: Um das Urteil aufzuheben, hätte er seine alte Rechtsprechung („eine Billigung muß aus sich heraus verständlich sein, um bestraft werden zu können") aufgeben müssen, da die Münchner Richter die angebliche Billigung der Verleger aus dem Verlagsprospekt und nicht aus dem Buch konstruiert hatten. Und diese alte Rechtsprechung des BGH hatte dieser pikanterweise in einem Urteil gefunden, wo er einen zunächst verurteilten rechtsradikalen Verleger freigesprochen hatte. Ein solches Urteil für einen linken Verlag wieder aufzuheben, hätte, wie ich in meiner Presseerklärung vor dem Prozeß schrieb, bedeutet, daß der BGH „den alten Vorwurf bestätigt, daß die Justiz auf dem rechten Auge blind ist und auf dem linken dafür umso besser sieht".

Letztlich war es also die Tatsache, daß alles, was im Trikont-Verfahren geschah, in aller Öffentlichkeit zu geschehen hatte und jeder Richter dies wußte, die den Prozeß positiv beeinflußt hat. Und es ist der große Verdienst des Verlages und speziell der beiden angeklagten Verleger/innen, diese Öffentlichkeit hergestellt zu haben, nie ob der „schrecklichen Repression" zu wehklagen, sondern den Prozeß stets offensiv zu führen. Ein Freispruch wird einem nicht geschenkt.

Ein Nachtrag noch für alle Herausgeber und Anwälte des „Buback-Nachrufs", die nicht übersehen sollten, wie wichtig die BGH-Entscheidung gerade für diese Prozesse ist. In der mündlichen Urteilsbegründung hat der BGH eindeutig betont, daß es keine Rolle spielen kann, ob oder daß der Autor Straftaten billigt, die Herausgeber müssen eine eigene Billigungshandlung vornehmen, dies ist die Herausgabe allein nicht.

Kontakt: Jürgen Arnold, Hohenzollernstr. 102, 8 München 40

ID BIBLIOGRAPHIE skandal in der ID BIBLIOGRAPH

Die heutige ID Bibliographie beginnt mit einem Skandal: der Bibliograph hatte die gesammelten Bücher aus der Sommerzeit artig und ordentlich aufgelistet und die fertig getippte Liste in das zuständige ID - Körbchen gelegt. Schon letzte Woche!! Durch was weiß ich jedoch verschwand dieses umfangreiche Werk irgendwo im ID Getriebe, ohne bislang auch nur in etwa wieder aufzutauchen. Jetzt stehe ich dumm da, habe einen Haufen Arbeit um sonst gemacht und muß nun zusehen, wie ich die Bücher wieder zusammenkri ege. Ich werde deshalb heute nur die ganz neuen Sachen bekanntgeben und dem ID ein Ultimatum setzen, das verlorengegangene Schriftstück bis nächste Woche wieder erscheinen zu lassen. Nach Ablauf dieses Ultimatums sehe ich mich gezwungen, den ganzen Scheiß nochmal zu machen.

Trikont Verlag, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

*Besuche in Sackgassen. Peter Schult. Aufzeichnungen eines homosexuellen Anarchisten. 20.oo. Von Peter Schult war viel zu hören, als er vor einem Jahr im Knast saß unter der Anschuldigung 'Unzucht mit Minderjährigen' getrieben zu haben. Eine breite Diskussion um die Linke und ihre Sexualmoral schloß sich an. Was in den 50 vorangegangenen Lebensjahren alles los war, verrät dieses Buch. z.B.: Hitlerjunge, Luftwaffenhelfer,, Offiziersanwärter,, Minensucher bei der englischen Marine,Schwarzhändler, Dieb und Jungdemokrat,Fremdenlegionär, Dealer, Knacki und Journalist beim BLATT.

*Feminismus und'Terror'. Francoise d'Eaubonne.12.00. Der bewaffn
*Kampf aus der Perspektive einer Öko-Feministin

*Akwesasne. Wo das Rebhuhn balzt. Indianische Texte aus dem Wider stand. Von Wounded Knee 1973 bis Genf 1977. Den 'Akwesasne Notes' entnommen. Ausgewählt und herausgegegebn von der 'Gesellschaft für bedrohte Völker' 20.00

Rotbuch verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30

*Roter Kalender 1979, gegen den grauen Alltag, 4.50. Wirklich! Kein einziger Tag wurde übersehen. Außerdem appetitlich illustriert von Gerd Seyfried.

*Sonntags Kino, Jürgen Theobaldy. Roman. 10.00.

*Ich möchte lieber nicht, sagte Bartleby. Gedichte von Dieter E. Zimmer. 8.00 'Versieh dich nur
Und du findest dich niemals wieder'

*Stasch. Stefan Schütz; 9.00 (zusammen mit Verlag der Autoren) Theaterstücke

Verlag Association, Große Brunnenstr. 125, 2000 Hamburg 50

*Mit Geduld und Energie, irgendwann und irgedwie... Geschichten und Märchen aus der Isolierhaft von Robert Jarowoy. 12.00

Merve Verlag, Postfach 327, 1000 Berlin 15

*Agonie des Realen. Jean Baudrillard, 7.00 '..das große Trauma ist jene Agonie fester Bezüge, Agonie des Realen und Rationalen, mit der das Zeitalter der Simulation anbricht.'

*Fahren, fahren, fahren... Paul Virilo. 6.00. Der Autor, ein Architekt von der Sorbonne, widmet dieses Buch Sarah Krasnoff, die 1971 auf der Flucht vor den Psychatern praktisch ohne Unterbrechung fünf Monate lang in den Maschinen der KLM saß und über 160 Mal den Atlantik überquerte, bevor sie ruiniert und am Ende ihrer Kräfte in einem Amsterdamer Hotel starb.

IVA, Pfleghofstr. 11, 7400 Tübingen 1

Normalvollzug. Helmut Ortner (Hrsg.) Die geplante Zerstörung der Mitmenschlichkeit. Berichte und Dokumente aus westdeutschen Gefängnissen. 14.80.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352
Verantwortlicher Redakteur Thomas Meusert



PLAKATANSCHLAG IN MÜNCHEN

MÜNCHEN 18.10.1978 *Telefonisch vom Münchner „Blatt" übermittelt:*

Um festzustellen, daß Wahlen ziemlich phantasietötend sind, hätte es nicht noch der Stimmauszählung am Wahl-Sonntag in Bayern gebraucht. Auch diese Wahl ist gelaufen, ohne die Statik der eisernen Verhältnisse im Land zu gefährden. Postwendend erbrachte sie einmal mehr die Bestätigung, daß selbst die zukunftsträchtigen „grünen" Wahlkampfhoffnungen nur wieder Illusionen waren.
Keine Zwischenfälle also ? Jedenfalls keine einfältigen.

Wie aus München berichtet wird, hat sich in Bayern erstmals eine Nichtwähler-Assoziation (NWA), logischerweise nicht an der Wahl, aber umso entschlossener im Wahlkampf engagiert. Aufsehen erregte deshalb nicht so sehr ihr Stimmenanteil, der allerdings um 0,8 Prozent auf 23,1 Prozent Nichtwähler angewachsen ist, als vielmehr die Begleitumstände, von denen ihr Wahlkampf behindert war. Die hierzulande sattsam bekannte Münchner Stadtzeitung „Blatt" hatte vier großformatige Werbewände in den Münchner U-Bahnhöfen angemietet, um auf ihnen mit der NWA politisch Werbung zu machen: „DIESE STADT BRAUCHT EINEN STADTRAT – WIR GEBEN EINEN ANDEREN RAT: WÄHLT NICHT – LEST BLATT".
Keine 18 Stunden hingen die von einem Grafiker gestalteten, in liebevoller Handarbeit erstellten Riesenplakate, bis sie von der vertragsbrüchigen Werbefirma durch Pinselstrich mit Toyota-Automobilwerbung überklebt wurde. Begründung: Im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel ist jede politische Werbung untersagt. Es versteht sich, daß dort wochenlang nichts anderes klebte als die Sprüche und Konterfeis der drei großen Brüder: CSU, SPD und FDP. Nur die Reklame der NWA wurde blitzschnell als politisch erkannt, obwohl sie ganz unpolitisch auf Nichtwahl bestand und Werbung für eine stadtbekannte Zeitung betrieb.

Im Schatten der Wahl wird so in München zu klären sein, ob die Reklame der Parteien unpolitisch, einfach nur „Wirtschaftswerbung" ist, die genehmigt wird, oder aber ob Politik hierzulande nur dort passiert, wo unpolitisch geworben wird.

Nichtwähler-Assoziation, c/o Blatt, Georgenstr. 123, Tel.: 089 / 195 021

BESCHLAGNAHME EINES REFERATES ÜBER POLIZEILICHE ÜBERWACHUNGSMETHODEN

SAARBRÜCKEN 12. OKTOBER *Von der Russell-Initiative Saarbrücken, c/o Joachim Brenner, Nassauerstr. 13, 6000 Saarbrücken, erreichte uns folgender Bericht eines Betroffenen:*

„Bei der Zugrückfahrt von Frankfurt nach Saarbrücken, am 2.10.1978, hatte ich in Darmstadt noch von 0.50 bis 3.40 Uhr Aufenthalt. Während einer Personalüberprüfung wurde ich in das Dienststellengebäude der Bahnpolizei gebracht. Diese Überprüfung beschränkte sich jedoch nicht nur auf den Ausweis, sondern auf den gesamten Inhalt meiner Tasche. Besondere Beachtung fand ein Referat über das polizeiliche Überwachungssystem in der BRD. Nachdem der Beamte einige Seiten durchgelesen hatte, verständigte er die örtliche Kriminalpolizei. Die Kripo las die Abhandlung ebenfalls sorgfältig durch und beschlagnahmte dieselbe mit der Begründung, daß Verdacht auf eine strafbare Handlung vorläge. Eine Einladung zur Jahreshauptkonferenz der Emmaus Saar e. V., die in keinem Zusammenhang mit dem Referat steht, wurde als Herausgeber bezeichnet. Ich verlangte eine Klarstellung, daß das Referat von mir wäre und rein gar nichts mit der religiös motivierten Selbsthilfeorganisation Emmaus zu tun hätte. Dieser Forderung wurde ohne Begründung nicht nachgegangen. Gegen 3.00 Uhr konnte ich dann das Bahnhofskommissariat verlassen und nach Saarbrücken fahren."

Hier der Text der Beschlagnahmebestätigung;

Am 2. Oktober 1978, 02.25 Uhr, wurde von dem Klaus H. wohnhaft 6600 Saarbrücken, 13 Seiten einer Druckschrift (EMMAUS Saar e. V.) sichergestellt, da der Verdacht einer strafbaren Handlung vorliegt.

Das Referat enthält ausschließlich Angaben, die schon in der Frankfurter Rundschau veröffentlicht waren, unter anderem in einem Interview des Herold, seines Zeichens Boss der BRD-Kriminalamtes.

WIR MUSSTEN SIE MITNEHMEN „ZUR KRIMINALPOLIZEILICHEN ERFASSUNG VON LEUTEN, DIE MIT LINKSGERICHTETEM MATERIAL HERUMLAUFEN"

MÜNCHEN
11. OKTOBER

Renate Hennecke, Schellingstr. 21 in München 40, Tel. 089/ 286 284 schreibt:

„Vielleicht haben Sie in der Presse (Süddeutsche, AZ) in den letzten Tagen die Berichte über die Mißhandlung zweier Bürger auf der Münchner Polizeiinspektion 12 am Weißenburger Platz gelesen. Das Polizeipräsidium rechtfertigte das empörende Verhalten der Beamten: Gewaltanwendung sei notwendig gewesen, weil die beiden randaliert hätten.

Dieser Fall ist kein Einzelfall. Ich schicke Ihnen die Dokumentation über einen Vorfall, den ich selbst erlebt habe: weil ich während des Druckerstreiks 1976 ein paar Plakate, die zur Solidarität mit den Druckern aufriefen, zusammengerollt in der Hand trug, wurde ich gewaltsam auf das Polizeirevier 12 gebracht und verprügelt. Eine Anzeige gegen die beteiligten Polizisten hatte keinen Erfolg, das Verfahren wurde gar nicht erst eröffnet, weil ich „ersichtlich einem Personenkreis angehöre, der für seine feindselige Einstellung gegenüber der Polizei bekannt ist", und man mir deshalb eh nichts glauben kann. Ich hatte keine Zeugen.

Ich selbst wurde zu 2000 .– DM verurteilt, wegen Widerstand und Beleidigung. In dem Verfahren kam nicht etwa das skandalöse Verhalten der Polizisten zur Sprache, sondern es wurde alles gedeckt. Selbst als die Beamten zugeben mußten, daß keinerlei begründeter Verdacht gegen mich vorgelegen hatte, sondern daß sie mich hätten mitnehmen müssen „zur kriminalpolizeilichen Erfassung von Leuten, die mit linksgerichtetem Material herumlaufen", empfand der Richter das als völlig rechtsmäßig. Es ist völlig klar, daß hier ein Gesinnungsurteil gesprochen wurde, das kein demokratisch eingestellter Mensch hinnehmen kann, mag er von den Plakaten selbst halten was er will.

Am 23. 10. soll die Berufungsverhandlung stattfinden. Ich habe wenig Hoffnung, daß das Urteil anders ausfällt, wenn die Sache nicht an die breite Öffentlichkeit gelangt und Protest dagegen erhoben wird.

Mit meiner Dokumentation kann ich nur wenige erreichen. Ich bitte Sie deshalb darum, mit den Mitteln, die Ihnen zur Verfügung stehen, mitzuhelfen, die Vorfälle bekanntzumachen und Protest gegen eine Verurteilung zu erheben. Bitte lassen Sie mich gegebenenfalls davon wissen."

DAS INFO DER BERLINER UNDOGMATISCHEN GRUPPEN SOLL EINGEMACHT WERDEN

BERLIN
12. OKTOBER

Am 17. September wurden in Berlin 12 Leute festgenommen und sieben Wohnungen durchsucht. Das alles geschah im Zusammenhang mit dem Info-BUG. Die Festgenommenen sind alle nach kurzer Zeit wieder freigelassen worden. Wir veröffentlichen hier den Text eines Flugblattes, das vom AGIT-Komitee herausgegeben wurde. Es ist wegen der ID-Reise nach Salecina schon ein wenig alt . . .

„Nachdem in letzten Deutschen Herbst zu Berlin das alte INFO vom Staatsschutz eingestellt, dafür aber etliche § 129a-Verfahren (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) eröffnet worden waren, begannen die Diskussionen um die Frage: Wat nu? Es zeigte sich, daß es nicht mehr möglich war, eine Zeitung zu machen, die von allen undogmatischen Gruppen getragen wird. Umstritten war das Prinzip der Offenheit (jeder kann schreiben, jeder kann mitmachen), welches das alte INFO charakterisiert hatte, und das nunmehr eben ein offizielles Impressum erforderte. Dieser Punkt war für eine „Fraktion" sehr wichtig, während andere argwöhnten, öffentliches (legales) Herstellen der Zeitung würde Zensur mit sich bringen.

Die Gruppen und Leute, die glaubten, eine öffentliche Zeitung machen zu können ohne zu zensieren, gründeten das BUG-Info. Die Hoffnung der Gründer war, daß bei einem künftigen regelmäßigen Erscheinen des Blattes nach zeitungsloser Zeit sich nach und nach auch die Gruppen wieder beteiligen würden, die durch scene-Streit oder Repression abgeschreckt worden waren.

Das BUG mußte bald feststellen, daß der Staatssch(m)utz wieder äußerst sorgfältig observierte. Außerdem beschäftigte sich die „Welt" wieder in der ihr eigenen Art und Weise sehr eingehend mit den Nummern 1014 bis 1016. Der Zeitungsbe- und -vertrieb lief aber normal, ohne Störung von Staatsseite. Es hatten sich auch viele neue Leute eingefunden die mitarbeiteten; was sich aber nicht einstellte, war eine größere Beteiligung von arbeitetenden Gruppen in Form von Beiträgen oder Artikeln. Das Spektrum der Beiträge blieb beschränkt.

Bei Nummer 1026 hörte das BUG, daß beim Internationalismus-Buchladen in Hannover BUGs beschlagnahmt worden waren, wobei ein Beschluß des Kammergerichts Berlin vorlag, der besagte, daß die Nummern 1014 bis 1016 generell beschlagmahmt seien. Die Überraschung war einigermaßen groß, vor allem auch, weil das Gericht bis zu diesem Zeitpunkt es nicht für nötig hielt, die presserechtlich Verantwortlichen von der Beschlagnahme in Kenntnis zu setzen. Da sonnt man sich monatelang inder Sonne der Legalität, und hört dann hinterher über Umwege, daß dem alles nicht so war.

Am Sonntag, dem 17.9., rechtzeitig zum Beginn des neuen Herbstes bzw. der Sumpfaustrocknungskampagne kam dann der große Schlag. Im Keller am Mehringdamm drangen die Freunde ein und nahmen 12 Leute fest, während andere Helfer gleichzeitig sieben Wohnungen und die Druckerei durchsuchten oder eben auch mal kurz ein paar Leute von der Straße weg einkassierten. Insgesamt wurden 22 Leute festgenommen; nachts wieder freigelassen nach erkennungsdienstlicher Behandlung usw. Gegen diese und noch ca. 8 weitere läuft nun ein Verfahren wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" (§ 129a). Die Durchsuchungsbeschlüsse enthielten teilweise genau dieselbe Begründung wie bei den Agit-Druckern in Bezug auf das alte Info. Das Gericht hält es nicht einmal mehr für nötig, im einzelnen zu begründen, sondern erlaubt sich zu argumentieren, daß die „ Gesamtheit der Beiträge" im BUG-Info geeignet sei, beim Leser psychologische Hemmschwellen gegenüber der Guerilla abzubauen usw.

Mit diesem Vorgehen, eine legale Zeitung wie eine Untergrundgruppe zubehandeln, soll auch schon eine Vorverurteilung erreicht werden. Nur so ist z. B. die Maßnahme zu verstehen, auch noch die Druckerei zu durchsuchen um die Tatbeteiligung der Druckerei nachzuweisen, wenn deren „Tatbeteiligung", nämlich ihrem Beruf nachzugehen und zu drucken, jede Woche im Impressum stand. Das Ziel dieser Aktion ist klar: Das Verbreiten unliebsamer Informationen oder auch nur das Abdrucken von Comics (!) soll als Terrorismusunterstützung uminterpretiert werden.

Da der Angriff des Staates sowohl bei Agit als auch jetzt die gleichen Leute treffen soll (nämlich uns alle), bietet sich an, die Solidaritätsarbeit für die angeblichen oder tatsächlichen Buggies zusammen mit und im Agit-Komitee zu leisten.

Kontakt: AGIT-Komitee, Mehringdamm 99, 1000 Berlin 61, Montag und Donnerstag, jeweils 19.00 Uhr.

SOLIDARITÄTSFONDS DER ALTERNATIVPRESSE

FRANKFURT
19.Oktober

Seit dem ersten Treffen der Alternativpresse 1976 in Aachen, existiert der Solidaritätsfond. Sinn des Fonds ist die kurzfristige finanzielle Unterstützung von in Not geratenen Zeitungen. Wenn etwa die Verurteilung zu einer Geldstrafe die Herausgabe der nächsten Ausgabe gefährdet, schreitet der Fond ein (wenn er benachrichtigt wird) und stellt Geld zur Verfügung. Das Geld muß allerdings zurückgezahlt werden. Der Zeitraum für die Rückzahlung ist nicht festgelegt. Zinsen werden nicht erhoben.

Ein anderer Gedanke für die sinnvolle Verwendung der Fondsgelder wurde auf dem Frankfurter Treffen der Alternativpresse im April 1977 begrüßt. Wenn zum Beispiel die Herausgabe einer gemeinsamen Broschüre der versammelten bundesdeutschen Gegenöffentlichkeit zustande käme,könnte der Fond finanziell ins Geschehen eingreifen. Oder ein Plakat könnte gemacht werden oder ein großes Fest.

Bislang wurde der Fond noch nicht beansprucht. Viele der Alternativzeitungen wissen nichts von seiner Existenz und viele, die von seiner Existenz wissen, zahlen kein Geld. Viele Überweisungen datieren aus dem Jahre 1977. 1978 kam nur noch wenig Geld. Die wenigsten konnten sich bisher entschließen, einen Dauerauftrag einzurichten. Der monatliche Mindestbeitrag wurde auf zehn Mark festgelegt. Hier die notwendigen Daten für alle bisherigen und zukünftigen Mitglieder:
Zeitungssolidaritätsfonds, c/o Thomas Meusert, Postscheckkonto 332 190 - 604,Postscheckamt Frankfurt

Zur Zeit sind 8.500 Mark auf dem Konto. Eine Reserve von 5000 Mark soll immer verfügbar sein. Wenn eine Redaktion kurzfristig Geld benötigt, wendet sie sich an den ID. Von hier aus werden die Redaktionen der Freiburger Stadtzeitung, des Münchner Blattes und des Aachener Klenkes informiert. Wenn von den vieren kein Widerspruch kommt, wird das Geld ausgezahlt.

RECHTSRADIKALE STUDENTEN VERKLAGEN DEN GÖTTINGER ASTA

GÖTTINGEN
12. Oktober

Vom AStA der Universität Göttingen veröffentlichen wir, leicht gekürzt, eine Pressemitteilung.

„Ein namentlich bisher unbekanntes Mitglied des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) aus Hannover hat gegen den verantwortlichen Redakteur der Studentenzeitung „Göttinger Nachrichten" Strafanzeige wegen Beleidigung, übler Nachrede u.a. gestellt. In den „Göttinger Nachrichten" vom 11. Juli 78, die vom Allgemeinen Studentenausschuß der Universität Göttingen herausgegeben wird, erschien kurz vor den Semester-Ferien noch ein kurzer Artikel, der sich mit der Wahl des AStA der TU Hannover durch die dortige studentische Kammer beschäftigte. Damals versuchte der RCDS, die Wahl des Auslandsreferenten zu verhindern. Dieser hatte zur studentischen Kammer als CISNU-Mitglied, einer iranischen Studentenvereinigung, auf der Liste der JUSO-Hochschulgruppe kandidiert. Die scharfen Angriffe des RCDS auf den Ausländer-Referenten des AStA TU Hannover mündeten in den unbewiesenen Vorwurf, der Ausländer-Vertreter hätte als CISNU-Mitglied selbst Gewalt gegen Kommilitonen angewendet. In der nachfolgend angelaufenen Pressekampagne stellte der RCDS in seinen Stellungnahmen immer wieder heraus, daß der Ausländer-Referent CISNU-Mitglied sei. Da der iranische Geheimdienst SAVAK alle Gegner des Schah im In- und Ausland mit brutalsten Mitteln verfolgt, ist es nach Ansicht des AStA Göttingen unverantwortlich, einen Iraner als Mitglied einer schahfeindlichen Organisation bloßzustellen. Allein durch die Mitgliedschaft in einer schahfeindlichen Organisation im Ausland droht jedem Iraner bei Rückkehr in deren Heimat 15 Jahre Zuchthaus oder auch die Todesstrafe.

Die „Göttinger Nachrichten" schilderten in ihrer Ausgabe vom 11. Juli 78 diese Vorgänge und dokumentierten ein Plakat, das damals in Hannover verbreitet wurde. Auf diesem Plakat sind neben Schah Reza Pachlevi neun Mitglieder des RCDS Hannover abgebildet, denen vorgeworfen wird, sich der „Unterstützung illegaler Aktionen der internationalen terroristischen Organisation SAVAK schuldig gemacht zu haben". Einer der dort Abgebildeten, so die Auskunft der Kripo Göttingen, erstattete nun gegen den presserechtlich verantwortlichen Redakteur der „Göttinger Nachrichten", Gerd Aschoff, Strafanzeige. Das RCDS-Mitglied aus Hannover fühlt sich zu Unrecht in die Nähe des iranischen Geheimdienstes SAVAK gestellt.

Fragen zu der o.g. Angelegenheit beantwortet gern: Gerd Aschoff, Verantwortlicher Redakteur der „Göttinger Nachrichten" im AStA Uni Göttingen, Tel. 0551/ 394571 oder 47749.

CHRISTIAN MÖLLER IM BRIEFSTREIK

MARBURG
19.Oktober

Von der Schwarzen Hilfe, 355 Marburg, postfach 1668 kommt diese Nachricht:

„Christian Möller, der sich noch immer in totaler Isolationshaft befindet, ist Anfang Oktober in den Briefstreik getreten. Er griff zu diesem Mittel, um gegen den Beschluß des Kassationshofes vom 15.8.78 zu kämpfen, der unter anderem besagt, „die ausgehende Post der Angeklagten wird beschränkt auf vier maschinengeschriebene Briefe pro Person und Woche mit maximal zwei Seiten (Format A 4),Schaltung 2". (siehe auch ID Nr. 248)

Diesen Beschluß, der auch die letzte Möglichkeit des Gefangenen in totaler Isolation noch derart kastriert, die Möglichkeit, die Notwendigkeit, der Auseinandersetzung mit Genossen, der die Destruktion jeder sozialen Interaktion beinhaltet, bekämpft Christian dadurch, daß er bis zur Aufhebung des Beschlusses keine Briefe mehr schreibt. Wenn Christian sagt, daß er lieber gar keine Briefe mehr schreibt, als solche, die außer der ständigen Zensur und Beschränktheit, noch von der Länge und der Schaltung der Schreibmaschine diktiert sind, dann ist dem eigentlich nichts mehr hinzuzufügen.

Der Minimalvorschlag für diejenigen, die sich von den Zerstörungsmaßnahmen gegen Gabriele Kröcher-Tiedemann und Christian Möller betroffen fühlen, ist noch immer der von Protestschreiben an den **Kassationshof, CH-3001 Bern bzw. an Amnesty International.**
Es wird natürlich auch niemand daran gehindert, seine Betroffenheit dadurch auszudrücken, daß er Gabi und/oder Christian schreibt:
Amtshaus Bern, CH-3011 Bern

EBERHARD DREHER ANGEKLAGT WEGEN WIDERSTAND GEGEN VOLLSTRECKUNGSBEAMTE

BERLIN
29. SEPTEMBER

Von Rechtsanwalt Elferding ging uns diese Nachricht über Eberhard Dreher zu:

Wegen der Auseinandersetzungen, welche Eberhard Dreher in seinem Brief vom 17. 6. 78 (ID Nr. 236 vom 1. 7. 78) beschrieben hat, ist jetzt von der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin gegen ihn Anklage wegen Beleidigung und Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte erhoben worden. Am 16. Juni 1978 war Eberhard Dreher nach einem Anwaltsbesuch in einer Trennscheibenzelle von Anstaltsbeamten durchsucht und dabei gezwungen worden, sich vollständig nackt auszuziehen – ein Vergehen, für welches eine richterliche Genehmigung nicht vorlag. Eberhard Dreher, schon vorher durch die Besprechung mit seinem Anwalt unter den Bedingungen der Trennscheibe so erschöpft und entnervt, daß er diese Besprechung wegen Kopfschmerzen und Luftmangels bereits einmal hatte unterbrechen müssen, hatte sich geweigert, sich freiwillig auszuziehen. Das wird ihm jetzt in der Anklageschrift als Widerstand ausgelegt; außerdem wird behauptet, Eberhard Dreher habe dabei einen Tisch ergriffen, und sei mit diesem auf die Beamten losgegangen, wobei er sie mit „ihr Schweine!" tituliert habe. Beides wird von Eberhard Dreher energisch bestritten. Daß wegen dieses Vorfalls gegen ihn, der bereits wegen angeblicher „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" („Bewegung 2. Juni") –noch nicht rechtskräftig – zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt worden ist, überhaupt noch Anklage erhoben worden ist, sieht Eberhard Dreher als Teil des Versuches an, letztlich die Sicherheitsverwahrung für politische Gefangene, die einzuführen im Bundestag noch nicht gelungen ist, jetzt über die Hintertür einer Reihe weiterer Verurteilungen wegen vergleichsweise geringfügiger „Delikte" doch noch zu erreichen. Für die Berechtigung dieser Befürchtung sprechen eine Anzahl weiterer Verfahren ähnlicher Art (Auseinanderserzungen zwischen Gefangenen einerseits und Beamten, Richtern und Staatsanwälten andererseits), etwa gegen Fritz Teufel, Ralf Reinders, Harry Stürmer, Gerald Klipper, Ronald Fritzsch ist wegen solcher Vorfälle bereits einmal zu einem halben, einmal zu einem ganzen Jahr Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt worden. Im Falle von Eberhard Dreher hat nun das Amtsgericht Tiergarten Turmstr. 91, 1000 Berlin 21 (Az: 255-69/78) über die Eröffnung des Hauptverfahrens zu entscheiden.

Die Verteidigung von Eberhard Dreher in diesem Verfahren wird voraussichtlich demnächst dadurch erheblich behindert werden, daß Eberhard Dreher jetzt aus Berlin weg in die Justizvollzugsanstalt Kaisheim in Bayer verlegt worden ist. Das Landgericht Berlin hat diese Verlegung genehmigt, obwohl sein Strafverfahren wegen Beleidigung und Widerstand noch bevorsteht, obwohl sein Strafverfahren wegen „Unterstützung" noch nicht rechtskräftig abgeschlossen ist, obwohl seine Verlobte und weitere Besucher sowie Anwälte in Berlin ansässig sind und auch seine Mutter aus ihrem Wohnort Calw leichter nach Berlin als nach Kaisheim gelangen kann, und obwohl in Kaisheim, in bayrischen Zeitungen als die härteste Vollzugsanstalt Bayerns bezeichnet, sonst nur Strafgefangene einsitzen, mit denen Eberhard Dreher als Untersuchungsgefangener nach dem Gesetz gar nicht zusammengelegt werden dürfte. Zuständig für diese Verlegung ist in erster Linie der Senator für Justiz, Salzburgerstr. 21 - 25, 1000 Berlin 62.

Zu seiner Verlegung schreibt Eberhard Dreher:

„.... versteht mich nicht falsch:
moabit ist kein lieblingsplätzchen von mir, wo es mir so irre gefällt, daß ich partout nich raus wollte. ich habe auch nix gegen den bayrisch sprechenden teil unseres deutschen volkes (ich bin lernwillig, und so werde ich spielend auch diese fremdsprache erlernen – vielleicht schickt mir jemand schonmal ein wörterbuch). und eigentlich kann es auch nicht viel schlimmer werden (ich sitz hier in moabit seit zweieinhalb jahren in einzelhaft), so groß sind die unterschiede zwischen knast und knast nicht.
dennoch:
ich will in berlin bleiben. dafür gibts sogar auch argumente.

– ich lebe seit 1971 in berlin und habe hier meinen sogenannten lebensmittelpunkt, freund, bekannte.
– ich bin u-gefangener. wenn meine revision gegen das urteil von vier jahren durchkommt, was sehr wahrscheinlich ist (siepert-doemenland prozeß), dann muß und wird eine wiederholung des prozesses in berlin stattfinden.
– ich bin u-gefangener. eine verschleppung nach westdeutschland steht dem in der untersuchungshaftvollzugsordnung (uvollzo) festgelegten zweck der u-haft entgegen.
– eine verschleppung in die jva kaisheim würde der totalen zerschlagung des notwendigen kontaktes zwischen meinen verteidiger/inne/n und mir gleichkommen, da diese mich aufgrund der entfernung nur äußerst selten, wenn überhaupt, besuchen könnten (die schriftliche verteidigerpost wird eh überwacht).
– sämtliche menschen, die mich während zweieinhalb jahren knast moabit regelmäßig besucht und mit dem notwendigen versorgt haben, könnten mich in bayern aus verschiedenen gründen nicht mehr, oder nur äußerst selten besuchen. einmal deshalb, weil sie größtenteils berufstätig sind, zum anderen, weil der finanzielle aufwand nicht tragbar ist.
– selbst für meine im schwarzwald lebende mutter wäre ein besuch in kaisheim, trotz kürzeren anreisewegs, unzumutbar, weil sie aufgrund ihres alters hin- und rückreise nicht an einem einzigen tag unternehmen kann, und im gegensatz zu berlin, in kaisheim nicht von freunden versorgt und aufgenommen werden kann. die berufliche situation meines in münchen lebenden bruders läßt es auch nicht zu, daß er mich regelmäßig besuchen kann. damit wären sämtliche beziehungen, die über einen briefkontakt hinausgehen, zerstört."

Kontakt: Rechtsanwalt Rainer Elferding, Cuvrystr. 33, 1000 Berlin 36, Tel. 030 / 612 30 33
was die Verlegung betrifft: Rechtsanwältin Helga Wullweber, Müllerstr. 144, 1000 Berlin 65, Tel. 030 / 461 10 14 /15 und Rechtsanwalt Bernd Friton, Bissingzeile 11, 1000 Berlin 30, Tel. 030 / 261 60 49

ID ARTIKEL ALS ÜBERFÜHRUNGSSTÜCK

einer der letzten briefe, die mich in dem krugenofenweg erreichten, bevor das haus einer profitkaserne weichen mußte, war eine benachrichtigung über ein amtliches einschreiben. das erinnnerte mich an den wonnemonat mai als mich die ordnungshüter vom fahrrad herunter verhafteten, da sie mich wohl im zusammenhang mit der wandmalerei sahen, deren entstehung ich von weitem zugeschaut hatte (id 228). spazierte nach einer unruhigen nacht zur hauptpost und ließ mir dort einen grünen umschlag aushändigen, der eine anklageschrift enthielt. die gesetzesverordner haben sich abgesichert und es verboten, solche schriften zu veröffentlichen. kann euch so leider nicht in den direkten genuß dieses dadamanifests der staatsanwaltschaft bringen und nur darüber berichten: neben dem aktenzeichen prangerte dick unterstrichen und mit einem ausrufezeichen verziert das Wort Heranwachsender, der angeklagt wurde, gemeinschaftlich mit einer unbekannt gebliebenen person eine fremde sache beschädigt zu haben. er hatte rechtswidrig die wand eines hauses farbig bemalt. das war ein vergehen strafbar nach § 303.

die sichergestellten 10 farbtöpfe und 7 malpinsel, die damals von den wandbemalern bei ihrer flucht zurückgelassen wurden, unterlagen der einziehung.
zwei grüne männlein waren als zeugen aufgeführt und ein wirklich handfestes überführungsstück der aufsatz

im informationsdienst vom 6.5.78 seite 7 und 8 mit der überschrift "der druck auf uns wandbemaler hat zugenommen".

das alles veranlaßte einen oberstaatsanwalt das hauptverfahren zu beantragen. obwohl wir gleich auf der straße jemanden trafen, der sich als "guten zeugen" anbot, wirkte sich das alles sehr lähmend aus, vor allem dieser dumme id artikel, weswegen es schon genug verwicklungen gab. die herren des k 14 lesen diese zeitung offenbar mit vergnügen und durchkämmen sie nach auswertbaren spuren – also vorsicht! es vergingen wochen, bis mir ein kölner rechtsanwaltsbüro zur beruhigung den beschluß des amtsgerichts übersandte, daß das verfahren eingestellt würde. die stadt, die mich zuerst verklagte, wollte mir nach einer erörterung mit dem jugendrichter doch nicht die zukunft verbauen. nett wa!

diese ganzen flips wegen einem bevorstehendem prozeß diese total unberechtigten anschuldigungen veränderten ein wenig meine kuckweise in der stadt, nicht mehr stur auf die straße sondern augen und gesichtshöhe, wobei ich an diese mauern und fassaden prallte. entdeckte dabei ein paar dieser malereien und von der mir liebsten hab ich ein plakat gemacht, was mir der staat wohl nicht illegalisieren kann, denn die leute entscheiden ja selber, ob sie's aufhängen oder nicht. auch sollten sich die herren provinzpolizisten an ihren avangardistischen kollegen in berlin orientieren, die kürzlich bei einem bild gegen die wiederaufbereitungsanlage in gorleben den wandbemalern empfahlen, doch weiterzumachen, wenn sie genug farben hätten

das kleine gespenst

MAN KANN IN DEUTSCHLAND GUTE FILME ZEIGEN – SOLANGE SIE (FAST) NIEMAND SIEHT

MANNHEIM 13.Oktober

Der beste Kino-Komplex in Mannheim (ein Gebäude mit fünf Kinosälen) sind die „Planken". Seit Wochen spielt dort - wie in den besten Kinos anderer deutscher Städte – der Film „Die Wildgänse kommen". (siehe dazu auch ID 247, über die Proteste der südafrikanischen Kriegsdienstgegner gegen den Film in London). In dem Film schießt Richard Burton als Söldner eines britischen Kapitalisten tausende von Schwarzen in Afrika tot. Der Film ist nicht nur dumm, nicht nur rassistisch, nicht nur zufällig auch frauenfeindlich – er ist gezielte Propaganda für Weißafrika (Rhodesien, Südafrika, Südwestafrika). Er ist nicht nur reaktionär, er ist faschistisch: – zum Schluß wird der Kapitalist vom ehrlichen Mörder-Söldner Richard Burton auch ermordet. (Schließlich haben Mussolini und Hitler uns gelehrt, daß man mehr Bauern fängt, wenn man im Auftrag des Großkapitals vortäuscht, mindestens einen Kapitalisten zu erschießen.)

Aber, für eine Woche wurde in den ‚Planken' etwas ganz anderes gezeigt. Im Rahmen der Internationalen Mannheimer Filmwoche wurden über 100 Kurz- und Langfilme einer ganz anderen Prägung vorgeführt. Filme, die das tägliche Leben von Arbeitern, die antiimperialistischen Kämpfe in Afrika sowie die Probleme von Frauen gut darstellten. Es ist nur traurig, daß diese vielen Filme von nur ein paar 100 Leuten, die „Wildgänse" aber von hunderten von Tausenden gesehen werden.

Wir können kaum über alle diese Filme schreiben.Einen aber will ich hervorheben: „With Babies and Banners" :

Eine Gruppe amerikanischer Frauen im „Women's Labor History Film Projekt" haben – fast ohne Mittel – in jahrelanger Arbeit den nach meiner Ansicht besten Film des Jahres gedreht. Er ist nicht nur ein guter Film, er ist Geschichte. Die Geschichte, die man uns wegnimmt.

Es war einmal, da gab es keine Gewerkschaften in den großen Fabriken in Amerika (in Deutschland regierte damals Hitler) – und dann gab es doch Gewerkschaften. Niemand weiß ganz genau wieso. Und was haben die Babies aus dem Filmtitel damit zu tun? Der Film zeigt, was geschah:

Ende 1936 besetzten die bis dahin nicht organisierten Arbeiter die Fabrikgebäude der General Motors Corporation in Flint (Michigan) – die größte Corporation der Welt. Die Männer schickten die Arbeiterinnen nach Hause. Für so was wären sie ja nicht geschaffen. Aber die Frauen blieben nicht zu Hause. Innerhalb der sechs Wochen der Fabrikbesetzung entwickelten sie im Schnelltempo ein neues Bewußtsein und fanden ihre Aktionsmöglichkeiten. Zuerst ängstlich, viele waren sogar gegen den Streik („Ein schlechter Job ist besser als gar keiner", „Wie werden wir die Babies füttern" oder „Unsere Männer amüsieren sich, wir müssen zu Hause bei den Babies bleiben"), wurde ihnen dann doch schnell klar, daß es auch ihr Kampf war. Die Frauen gingen zur Gewerkschaft. Sie bekamen dort Küchenarbeit, Jobs als Wurstschneiderin in der Gewerkschaftsküche. Sie wollten aber mehr tun und gingen bald mit den Männern auf Streikposten. Der Streik wurde hart. Die Nationalgarde rückte mit Maschinengewehren und Kanonen in die Stadt ein, die Frauen bildeten ihre eigene Kampfabteilung, the Women's Emergency Brigade. Jetzt war es nicht mehr Wurstschneiden oder Kaffeebringen. Mit Schlagstöcken standen sie gegen die Polizei. Die vielleicht entscheidende Schlacht im Februar 1937 fand zwischen der Frauenbrigade und der Detroiter Polizei statt. Es war der Eingriff der Frauen, der den letzten Versuch der Räumung der Fabriken verhinderte.

Die Gruppe, die den Film machte, fand nicht nur die bis jetzt niemals gezeigten Wochenschau-Ausschnitte der Kämpfe von 1937, sie fanden auch neun der damals führenden Frauen; Großmütter, die zum Großteil ihre damaligen Taten verdrängt hatten. Viele hatten sogar ihren eigenen Kindern nicht viel darüber erzählt. Nach dem Sieg über General Motors wurde die Frauenbrigade aufgelöst, die Mütter wurden heimgeschickt. Es war ja sechs Wochen gestapeltes schmutziges Geschirr und Windeln zu waschen.

Im Laufe der Dreharbeiten – der Film stellt die 37er schwarz/weiß-Dokumentaraufnahmen mit dem Leben der neun Frauen in der heutigen Zeit gegenüber – wuchs das Bewußtsein der Großmütter wieder. Das Ende des Films zeigt, wie sie wieder in Aktion treten und wie sie die 40. Jahresfeier der Gewerkschaft, mit der die Gewerkschaftsbürokraten den Sieg der Fabrikbesetzung feiern wollten, an sich reißen, ins Leben bringen.

Die Führung der United Automobil Workers (UAW) – so was wie die IG Metall in Deutschland – hatte nicht eine einzige Frau als Rednerin vorgesehen. Die Großmütter erzwangen das Mikrofon.

Wie kriegen wir wolche Filme aus dem Festival raus und an das Publikum, das sonst nur Wildgänse kreischen hört?

Kontakt: **Lorraine Gray, 1735 New Hampshire Avenue, Washington D.C. 20009, USA**



VERWIRKLICHUNG DER MENSCHENRECHTE – AUCH IN DEN USA

FRANKFURT
12. Oktober 78

Dies ist eine nationale Pressemitteilung, herausgegeben von den deutschen Unterstützungsgruppen des American Indian Movement (AIM):

Am 12. Oktober 1492 „entdeckte" Christoph Columbus Amerika. Noch heute gilt dieser Tag in den USA als ein nationaler Feiertag. Wenn die Amerikaner dieses Jahr einmal mehr Columbus' Ankunft an den Küsten Amerikas celebrieren, scheinen sie zu vergessen, daß nicht e r es war, der die westliche Hemisphäre als Erster entdeckte, – sondern, daß schon vor ihm Menschen in diesem Land lebten....

Während in der Vergangenheit die Indianer durch gebrochene Verträge, Massenermordungen, pockeninfizierte Decken und Alkohol ihres Landes und ihrer Kultur beraubt wurden, geschieht dies heute durch Assimilierung in die Großstädte, wo sie verarmen und ihre Identität vollkommen verlieren, durch „Adoptivprogramme", die dafür sorgen, daß die indianischen Kinder ihren Eltern weggenommen und in weiße Familien oder Waisenhäuser gebracht werden, oder durch Zwangssterilisation indianischer Frauen.

Das Bureau of Indian Affaires (BIA) verkauft indianisches Land an Kohle-, Öl- und Uran-Firmen – ohne Wissen oder die Zustimmung der Besitzer dieses Landes.

Seit Anfang dieses Jahres liegen im US-Repräsentantenhaus elf neue Gesetzesentwürfe vor, deren Verwirklichung die Zerstörung der indianischen Kulturen bedeuten würde, nämlich:

– Die Entziehung der Wasserrechte auf den Reservaten
– Die Entziehung der Jagdrechte
– Die Entziehung der Fischereirechte
– Die Konfiszierung des letzten indianischen Grundbesitzes
– Die Aufhebung aller Verträge, die mit indianischen Nationen geschlossen wurden
– Die Schließung aller indianischen Krankenhäuser
– Die Schließung indianischer Schulen
– Die Ausbeutung des indianischen Landes; Angriff auf die natürlichen Bodenschätze auf den Reservationen wie Kohle, Uran, Nutzholz, Öl, Kupfer, Zinn.
– Die Genehmigung von Drogen und Alkohol auf indianischen Reservationen.

Die anti-indianischen Gesetzesentwürfe sind jedoch nur ein Teil der von der US-Regierung praktizierten Völkermordpolitik an Amerikas Ureinwohnern. Wie ein Untersuchungsausschuß der US-Regierung feststellte, wurden in den Jahren 1973 bis 1976 ca. 3.400 Indianerinnen in geburtsfähigem Alter zwangssterilisiert, und dies bei einer Gesamtzahl von nur 100.000 Indianerinnen zwischen 15 und 44 Jahren. Nach Ergebnissen anderer Untersuchungen sind etwa 42 Prozent aller verheirateten indianischer Frauen bereits sterilisiert. Wie man sieht, ist Zwangssterilisation ein bewährtes Mittel, um das Aussterben einer Rasse voranzutreiben.
Eng verbunden mit der Sterilisation indianischer Frauen ist die „Adoption" indianischer Kinder bzw. deren Einweisung in Pflegeheime. Es hat sich herausgestellt, daß 30 bis 35 Prozent aller Indianerkinder aus ihren Familien gerissen und in Waisenhäusern gesteckt werden.

Fazit: Ein Volk ohne Kinder ist ein Volk ohne Zukunft und daher bald k e i n Volk mehr!

Die aus Armut, Haß, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung entstandene Widerstandsbewegung amerikanischer Indianer, die sich in nationalen Organisationen wie dem American Indian Movement ausdrückt, wird von der US-Regierung mit allen Mitteln bekämpft, sei es mit Panzern, Maschinengewehren und Starfighter – wie bei der „Besetzung" von Wounded Knee 1973 –, oder mit der Unterschiebung kommunistischer Machenschaften.

Nur Wenige wissen von den fast unzählbaren Morden, die das FBI seit Wounded Knee an indianischen Bürgerrechtlern begangen hat, noch von den vielen Aktivisten, die wegen ihres Engagements unter fadenscheinigen Gründen die US-Gefängnisse bevölkern.

Auf seiner Deutschlandreise hat der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Jimmy Carter, viele Worte über Menschenrechte von sich gegeben. Scheint es da nicht paradox, daß er auf der anderen Seite – nämlich in dem Land, das er widerrechtlich das seine nennt – die Ausrottung einer ganzen Rasse zuläßt? ? ? ? !

Kontakt: AIM Support Group Frankfurt, c/o Gesa Mackenthun, Württembergerstr. 59, 6231 Schwalbach, Tel.: 06196 / 55 93."

"NETZWERKORGANISATION" – "ALTERNATIVE PROJEKTE" WOLLEN SICH ZUSAMMENSCHLIESSEN

HANNOVER 13. Oktober — Von der Wohngemeinschafts-Initiative Oststadt-List, **c/o Bernd Wilts, Bödekerstr. 54, 3 Hannover 1, Tel. 0511/ 31 63 72** erhielten wir folgenden Brief:

Liebe Leute, am 2./3. September fand in Kassel ein Treffen von an "alternativen Projekten" interessierten Leuten statt. (Aufhänger dafür war eine Fernsehsendung über Landkommunen in Nordamerika im Frühjahr dieses Jahres.)
Trotz vieler unterschiedlicher Meinungen waren sich fast alle darüber einig, die dort entstandenen Kontakte auszubauen und so eine Art "Netzwerkorganisation" zu gründen – lokale Projekte und Gruppen schließen sich regional zusammen, mit regelmäßigen Treffs, Kontakten, Austauschbeziehungen usw., überregionale Kontakte werden durch Rundbriefe, Zeitschriften und gelegentlichen großen Treffen hergestellt.
Deshalb planen wir am 28./29. Oktober ein regionales Treffen in Hannover. Wir sind eine seit über einem Jahr bestehende Wohngemeinschaftsinitiative und sind über WG-Probleme und -Erfahrungen dazu gekommen, uns mit weitergehenden Perspektiven, wie gemeinsame Arbeit und gemeinsames Leben zu beschäftigen.

Wir wollen mit diesem Treffen ein Forum schaffen, auf dem einzelne Gruppen Kontakte knüpfen und Erfahrungen austauschen können. Außerdem wollen wir über Schwierigkeiten reden, mit denen die meisten „alternativen Projekte" zu kämpfen haben, wie z.B. Ärger mit Behörden, „Insel-Dasein", Verbindung von Arbeit und Leben usw.. Andere Diskussionsthemen könnten z.B. sein: „Alternatives Leben" – Flucht aus der Gesellschaft ?, oder „Alternatives Leben" – nur auf dem Land oder auch in der Stadt?

Das endgültige Programm soll auf dem Treff selbst festgelegt werden, das **am Samstag und Sonntag, den 28./29. Oktober 1978 mit Beginn Samstag 11 Uhr in Hannover, Raschplatzpavillon (hinterm Bahnhof)** *stattfindet. Wer Lust hat, kann schon am Freitagabend kommen. Wir veranstalten dann eine Info-Fete für die Wohngemeinschaften aus unserem Stadtteil.*

P.S.: Unterbringung und Versorgung werden organisiert. Schlafsäcke mitbringen. – Hunde dürfen übrigens nicht ins Raschplatzpavillon. Näheres kann unter der Kontaktadresse erfragt werden. Außerdem wären wir Euch dankbar, wenn Ihr Euren Besuch ankündigt!

„NICHT SO OHNE WEITERES EIN KLASSENFEIND..."

HEIKE WATERKOTTE BERICHTET AUS DEM DDR-KNAST

BERLIN 10.Oktober — Der folgende Bericht ist der Berliner Zeitung "radikal" Nr. 45/78 entnommen:

Heike Waterkotte (21 Jahre) arbeitete bis zu ihrer Festnahme am 9. Dez. 76 in einer Einrichtung für körperbehinderte Kinder in Westberlin. Sie gehörte keiner politischen Organisation an. Auf Seminaren der evangelischen Kirche in Ostberlin lernte sie den DDR-Bürger Thomas Evler kennen. Sie diskutierte viel mit Bekannten und Freunden über die Verhältnisse in der DDR und ihre Kritik entzündete sich an Ereignissen wie der Erschießung des italienischen Kraftfahrers Benito Corghi Am Grenzübergang Hirschberg oder der Selbstverbrennung von Pfarrer Brüsewitz.
Als Wolf Biermann Ende 76 ausgebürgert wurde, gründeten sie eine "Aktionsgruppe" für dessen Rückkehr und verfaßten einen "Aufruf an die Bürger Berlins und der Deutschen Demokratischen Republik", in dem sie zu offener Diskussion, Unterschriftensammlung, Flugblattaktionen, Gruppenbildung usw. aufriefen. Den Druck des "Aufrufs" besorgte Heike in Westberlin. 500 Exemplare wurden von Thomas und zwei Freunden in Berlin (DDR) in Hausbriefkästen gesteckt. Dabei wurden sie festgenommen, Heike eine Woche später am Grenzübergang.
Die offizielle Begründung für die Verhaftung war der "Verdacht, sich in die inneren Angelegenheiten der DDR massiv eingemischt" zu haben.
Wegen "staatsfeindlicher Hetze", "diskriminierender, gegen die DDR gerichtete Schriften", "Aufwiegelung" usw. wurden alle Beteiligten zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verdonnert. Heike Waterkotte traf mit 3 Jahren und 8 Monaten das härteste Urteil. Die drei DDR-Bürger wurden nach und nach abgeschoben. Heike kam erst nach fast 1 1/2 Jahren wieder nach Westberlin zurück, nachdem Thomas Evler ein Komitee initiiert hatte, das sich in Aufrufen und Flugblättern für ihre Freiheit einsetzte. Wir drucken nachstehenden Erfahrungsbericht leicht gekürzt ab.

Die Ausbürgerung Wolf Biermanns im November 76 bedeutete für mich aus meiner demokratischen Überzeugung heraus die aktuelle Notwendigkeit, in breiter DDR-Öffentlichkeit mit Flugblättern gegen die diktatorische und meiner Ansicht nach feige Handlungsweise der DDR-Staatsführung zu protestieren. In dem Wissen um die Unzufriedenheit breiter Schichten der DDR-Bevölkerung, die jedoch einer radikalen Unterdrückungspraxis unterliegt, war es für mich richtig und gerecht, gemeinsam mit meinem Freund Thomas Evler und wiederum seinen Freunden, die "Bürger der DDR und Berlins" aufzufordern, ihr mögliches Nicht-Einverständnis, und was ihr gutes Recht sein sollte, mit dieser diktatorischen Maßnahme in ihrem diktatorischen Staat, offen kundzutun und auch verlangen zu können, daß ihre Kritik ebenfalls durch die Massenmedien der DDR veröffentlicht wird.

Sicherlich ist es wichtig zu erfahren, wie ich im Laufe meiner eigenen Entwicklung dazu gekommen bin, ohne organisiert zu sein, gerade auf die DDR ausgerichtet etwas zu tun. Zunächst nur soviel:

Voraussetzung war mein kritisches Auseinandersetzen mit den gegebenenen Verhältnissen in unserem Staat, mein Nicht-Einverständnis mit dem hier seit Beginn der 70er-Jahre geförderten Duckmäusertum und Anpassungsverhalten in sämtlichen Gesellschaftsbereichen (Schule, Uni, Betrieb etc.) (...)

Nun beschäftigte ich mich ansatzweise mit kommunistischer Theorie, woraus das Interesse an der praktischen Umsetzung in der DDR entstand. - Seit 1972 Diskussionen in der DDR mit Freunden und Bekannten über die dort bestehenden politischen Verhältnisse; meine Erkenntnis, daß das bei vielen Linken vorhandene Bild vom Sozialismus in der DDR falsch ist/war.

Nachdem ich dann bei meiner letzten Einreise am 9.12.76 festgenommen wurde, hatte ich plötzlich die Möglichkeit, die Funktionstüchtigkeit des "sozialistischen" Staatsschutzes hautnah kennenzulernen.

Die Bedingungen der Untersuchungshaft Pankow waren Realität, und die Beamten der StaSi nahmen sich und ihre Aufgaben ernst, gefährlich ernst!

Sie hatten einen "Fall" zu bearbeiten, d.h. gegen mich lag der Verdacht vor, gemeinsam mit 3 DDR-Bürgern "staatsfeindliche Hetze" betrieben zu haben. Nun galt es, den Verdacht möglichst genau durch meine eigenen Aussagen zu belegen, und nach anfänglichem "Katz-undMaus-Spiel" hielt ich es für unsinnig, mit der Wahrheit hinterm Berg zu halten. (...)

Ich war also nicht nur "geständig", sondern legte ausführlich meine Auffassung vom demokratischen Sozialismus dar. Dazu gehörten ganz natürlich kritische Meinungsäußerungen zur Praxis in der DDR, nicht nur eines Wolf Biermanns oder Robert Havemanns, sondern jedes einzelnen "unzufriedenen" Bürgers, letztendlich dazu dienend, die optimalsten Bedingungen, nicht nur "materieller"Art, zu erreichen.

Ich glaube, nirgendwo als gerade im StaSi Knast kann besser erkannt werden, wie administrativ und autoritär nicht nur der Apparat der StaSi, sondern der gesamte Staatsapparat funktioniert. Gerade dort wird die gesamte Fragwürdigkeit des Systems mit den recht wenig überzeugten "überzeugten" Marionetten offenbar.

Vor allem in Diskussionen, die in ihrer Kritik weitergingen, d.h. die sich nicht nur auf die Krise des Kapitalismus bezogen, sondern auch die Gesellschaft des sog. "realen Sozialismus", sprich DDR, in ihrem Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, zwischen propagierter und alltäglicher Wirklichkeit, hinterfragten, hatte ich leider viel zu oft den Eindruck von einer gewissen Hilflosigkeit der StaSi-Beamten. Hilflosigkeit, weil ich 1. aus dem Westen war und 2. meine Kenntnisse von den DDR-Verhältnissen nicht aus der Luft gegriffen waren; Hilflosigkeit aber auch, weil ich wohl nicht so ohne weiteres als "Klassenfeind" abgetan werden konnte, denn sie kamen nicht umhin, mir sogar vor Gericht zuzubilligen, "daß ich nicht zu denjenigen gehöre, denen alles recht ist, um gegen die DDR (implizit den dort angeblichen Sozialismus) zu hetzen"!!!

Doch sah die Situation letztendlich so aus, daß ich als Hinterfragerin allein war - innerhalb ihres Justizapparates - sie hatten jedoch als "Rückenstärkung" die Mehrheit der Hilflosen, die dann in ihrer Gesamtheit mit den ihnen zur Verfügung stehenden Machtmitteln stark waren - so stark, daß sie mich trotz, oder gerade wegen meiner für sie und das Volk der DDR „gefährlichen" Person als Haupttäterin,Anstifterin, irregeleitet vom "feindlichen" Westen zu 3 Jahren und 8 Monaten verurteilen ließen. Dies geschah wie üblich bei politischen Prozessen in der DDR unter Ausschluß der Öffentlichkeit, was sich auch auf einen Angehörigen der Ständigen Vertretung der BRD, des Entspannungspartners, bezog.



(...) Ich war also abgeurteilt, offiziell zur "Verbrecherin" deklariert und kam ca. 8 Wochen später über die Zwischen-U-Haft Berlin-Keibelstraße, einer sogenannten Sammelstelle auf Transport, in die STVA-Bautzen II. Für mich bedeutete dies einen totalen Szenenwechsel. Jetzt hatte ich nicht mehr die Aufgabe, mich zu rechtfertigen, sondern sollte als Strafgefangene für meine Tat büßen. Im Prinzip ging es nicht mehr darum, was ich gemacht hatte, sondern daß ich etwas gemacht hatte. (...)

Doch hatte ich Möglichkeiten, um ein Verunsichertwerden, Psychisch-Zerstört-Werden zu umgehen. Voraussetzung war meine Einstellung, den Knast bewußt zu erleben, und die dort gewonnenen Erfahrungen, ganz gleich welcher Art, positiv für mein weiteres Leben zu verwerten.

Ich war also nicht nur nach innen ausgerichtet, sondern habe z.B. auch versucht, eigenes Wissen weiterzugeben, indem ich drei Mitgefangenen ein wenig Französisch beigebracht habe. Am wichtigsten für meine psychische Stabilität war jedoch die Tatsache, daß ich Freunde hatte, die wegen der gleichen Sache in ähnlicher Lage waren wie ich.

In der Zeit vom November 1977 bis Februar 1978 trat für mich und mein mich mit der Situation Abgefunden-Sein eine neue, schrittweise erfolgende Wende ein. Ich erfuhr, daß meine Mittäter entlassen, in den Westen abgeschoben worden waren. In mir kam der neue Hoffnungsschimmer auf, die bange Furcht, nun auch bald freizukommen. Doch nichts geschah. (...)

Ich hatte mich schon mit der Tatsache abgefunden, so gänzlich "anders behandelt" zu werden als meine drei Freunde, die schon fast 1/2 Jahr "draußen" waren, als ich durch einen Brief von zu Hause andeutungsweise erfuhr, daß Thomas meinen Fall an die Öffentlichkeit gebracht hatte.

Irgendwie brachte mich diese Art von Impuls in eine ganz neue Lage. Ich konnte wieder hoffen, konnte auf eine neue Richtung setzen, wobei mir allerdings auch Bedenken kamen, ob mir diese „Öffentlichkeitsarbeit" schaden könne, da vor allem im Knast die Furcht vor der „DDR-Empfindlichkeit" in sogenannten „Drucksituationen" ziemlich stark ausgeprägt ist.

Mitten in diese gedankliche Situation hinein wurde ich plötzlich am 11. Mai als einzige Strafgefangene aus Bautzen II nach Karl Marx Stadt verlegt. Es ist unter „Strafern" allgemein bekannt, daß eine Verlegung nach Karl Marx Stadt baldige Entlassung in die BRD bedeutet. Unter Berücksichtigung dieser ganzen Aspekte erkannte ich für mich gewisse Zusammenhänge.

Warum ging meine Entlassung nun mit einem Mal so schnell vonstatten?

Diesbezüglich halte ich meine noch in Karl Marx Stadt gewonnene Meinung für wesentlich, daß mir nämlich diese „solidarische Öffentlichkeitsarbeit", wie Thomas sie mit Freunden und Genossen in meinem Interesse betrieben hat, nicht schaden konnte, sondern eher das Gegenteil bewirkt hat.

Wie wichtig ist es doch, auch und gerade von der Sicht des Gefangenen ausgehend, wenn er eine breite Mehrheit hinter sich weiß, die sich für ihn und in seinem Interesse einsetzt, für seine Freilassung kämpft.

Dem chronologischen Ablauf meines Berichts fehlt nun lediglich noch die zunächst letzte Station – meine Ankunft in Gießen und das dort für alle ehemaligen DDR-Häftlinge durchgeführte Bundesnotaufnahmeverfahren.

Dort erlebte ich schlagartig bundesdeutsche Wirklichkeit, indem nämlich sehr geschickt eine „erkennungsdienstliche Behandlung" (Abnahme von Fingerabdrücken, Abfotografiert-Werden und Registrierung mit jeweiliger Kennummer bei der Kripo Staatsschutz) in diese bürokratisch notwendigen Stationen des Bundesnotaufnahmeverfahrens mit eingeflochten ist. Diese „Abcheckung" durch den Staatsschutz ist jedoch nicht verpflichtend, jeder Einzelne hat das Recht, seine Registrierung zu verweigern. Aber der springende Punkt an der ganzen Angelegenheit ist der, daß dieses Verweigerungsrecht nicht allgemein bekannt ist. Woher sollen auch ehemalige DDR-Bürger diese Kenntnis haben? Was die zuständigen Beamten vom Staatsschutz anbetrifft, so hüten sie sich jedenfalls, dazu Stellung zu nehmen. Im Gegenteil, sie nutzen die Unkenntnis, die Ahnungslosigkeit dieser Menschen aus, indem sie einfach mit reinen Behauptungen von der angeblichen Notwendigkeit ihrer Verfahrensweise vollendete Tatsachen schaffen. Dies können sie einfach auch aus dem Grunde tun, weil den ehemaligen DDR-Bürgern zunächst gar nicht die Möglichkeit des Nachprüfens, Überprüfens gegeben ist.

> **„Jede einzelne Ratte wird bekämpft - mit unterschiedlichen Methoden. Mancher zeigen wir nur das Loch, aus dem sie kam; manche streicheln wir, manche fangen wir. Wir haben für jede Ratte ein Rezept. Keine bleibt unbehandelt."**
>
> *(Helmut Müller, Mitglied des SED-Zentralkomitees über Oppositionelle in der DDR, aus: Spiegel vom 10.4.78)*

Ich muß dazu sagen, daß dieser erste Eindruck von den Methoden in unserer freiheitlich rechtsstaatlichen Demokratie in ziemlich starkem Maße meine Freude über die wiedererlangte „Freiheit" getrübt hat, und ich auch bei den mit mir entlassenen DDR-Bürgern beobachtet habe, wie sehr schnell sie von einer anfänglichen Euphorie zur Ernüchterung kamen.

Ich stehe nun schon wieder fast „voll" im „Leben" und habe wohl doch trotz anderthalbjähriger Lücke in bestimmten Dingen alte Erkenntnisse mit neuen verbinden können.
So habe ich vor allem wieder Rudolph Bahro vor Augen und sehe, wie wichtig und unerläßlich es ist, die Handlungsweise, die ihm gegenüber geübt worden ist, in meinem Interesse, nicht mit Stillschweigen den weiteren Willkürmaßnahmen der DDR zu überlassen!

Sicherlich ist schon die laut und öffentlich geäußerte Solidarität jedes Menschen, der sich nicht mit dem Bahro zugefügten Unrecht einverstanden erklärt, außerordentlich wichtig. Doch es ist eine alte Binsenwahrheit, daß die Gemeinsamkeit vieler mehr erreichen kann, ganz einfach von der möglichen Massivität und Eindringlichkeit ihres Auftretens her, als im Verhältnis dazu die Einzelaktivitäten unterschiedlichster Gruppierungen.

Vom Prinzip her stünde meiner Ansicht nach einer breiten Aktionsfront für die Freilassung Bahros nichts im Wege. Doch habe ich ganz persönlich, und wohl nicht als Einzige, den Eindruck, daß dieser "Fall Bahro" von gewissen Leuten genutzt wird, um sich selbst ins Licht zu stellen und ihr eigenes Süppchen auf Bahros Kosten zu kochen! Auf Bahros Kosten deswegen, weil die Leute, die angeblich primär für seine Freilassung kämpfen, wie ich es jüngst in West-Berlin auf einer Veranstaltung vom "Bahro Komitee" (Teilnehmer war u.a. auch E. Mandel) erlebt habe, es anscheinend für wichtiger erachten, große Analysen und Auseinandersetzungen mit seiner Theorie zu bringen. Hinzu kommen dann noch Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die den Leuten, und nicht nur ihnen, die Bahro ausschalten wollen, ganz bestimmt recht sind, denn eine zersplitterte Solidaritätsbewegung ist mitnichten so ernst und wichtig zu nehmen wie eine breite Solidaritätsfront.

Erst recht nicht, wenn das eigentliche Ziel, das von Bahros Freilassung, immer nebensächlicher wird, und Haupttenor auf inhaltliche Diskussion gelegt wird.

Ich will nicht sagen, daß Letzteres nicht wichtig ist - das eine schließt das andere doch nicht aus - nur sollten sich alle, denen es wirklich um Bahros Freilassung geht, fragen, was primär ansteht. Inhaltliche Auseinandersetzung mit seiner Theorie führt momentan lediglich zu Stagnation! Außerdem ist sie meiner Ansicht nach ohne Bahros eigene persönliche Aussagen sowieso rein spekulativ. Und - wenn ich darüber nachdenke, wie es bei mir verlaufen wäre, hätte man erst große Persönlichkeits- und Motivationsanalysen bei mir angestellt, so wäre heute sicherlich immer noch keine klare Aktionseinheit und Strategie entstanden.

Dies sollten wir, glaube ich, alle einmal überdenken, wenn es uns um Bahros Freilassung geht, und auch einmal unsere eigenen Interessen zurückstellen, Skrupel und Bedenken überwinden - zu Gunsten einer breiten Aktionseinheit und einer somit größeren Wirksamkeit".

ARMEE WILL DIE BAUERN VOM LARZAC MIT PANZERN VERTREIBEN

NEU-ISENBURG
19. Oktober 1978

1971 hatte das französische Verteidigungsministerium beschlossen, das Militärcamp auf der Hochebene Larzac von 3.000 Hektar auf 18.000 Hektar auszudehnen. Sieben Jahre lang haben die betroffenen Bauern, 103 Familien, einen entschiedenen und spektakulären Widerstand geleistet.

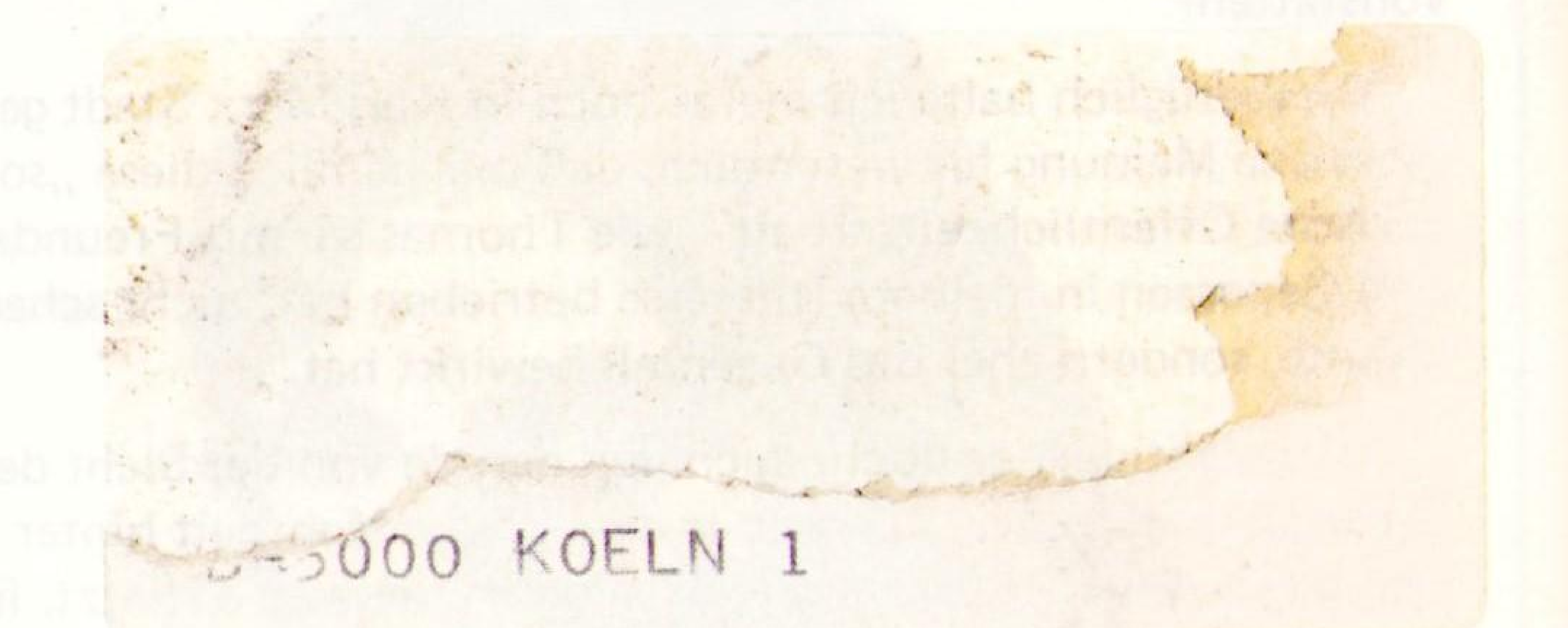
Jetzt hat der Präfekt des Departements Aveyron unerwartet eine Verfügung erlassen, daß die ersten beiden betroffenen Dörfer binnen sechs Monaten geräumt werden. Rechtliche Mittel sind gegen diese Verfügung nicht mehr möglich. Die Verwaltung rechnet fest mit dem Widerstand der Bauern und ist entschlossen, Panzer einzusetzen. Die Bauern auf dem Larzac wollen zusammen mit den Larzac-Unterstützungskomitees in ganz Frankreich einen nationalen Widerstand organisieren. Höhepunkt soll ein nationaler Widerstandstag am 28.10.78 sein. Etliche Bauern sind schon in einen Hungerstreik getreten, dabei haben sie sich auf verschiedene Städte verteilt. Sofort nach der Verkündung haben sie mit 100 Traktoren Land umgepflügt, das jetzt geräumt werden soll. In Frankreich laufen Unterstützungsformen, die wir nicht alle mitmachen können. Aber was wir tun können:

Schickt Offene Briefe und Protesttelegramme an den Präsidenten der französischen Republik und an den Präfekten (Prefet) von Averyon, Préfecture 12000 Rodez. Spendet an folgende Adresse: L'APAL Ferme de l'Hopital, 12100 Millau, oder wendet euch für weitere Informationen und zur Koordination der Unterstützung an:

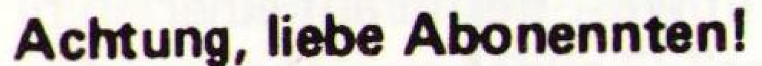
Verein zur Förderung der deutsch-okzitanischen Freundschaft e.V., Karlstr. 30, 6078 Neu-Isenburg, Tel.: 06102 / 3 72 81.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

ID. Nr.252... | Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.



Informations Dienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90



Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 52 52 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten.
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

An alle Postöffner in den deutschen Knästen! Sollte auch dieser ID, wie es so oft geschieht, dem Gefangenen nicht ausgehändigt werden, so möchten wir den ID mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück haben. Aber: aushändigen ist besser – gell?

Der Informationsdienst ID im Abonnement
Der wöchentlich erscheinende ID ist zu abonnieren beim

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 Frankfurt 90

Postadresse:
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von 18 Mark. Das gibt dann ein Vierteljahr ID im Briefkasten. Entsprechend 36 Mark für ein halbes und 72 Mark für ein ganzes Jahr.
Die Vorauszahlung ist zu leisten auf das

Postscheckkonto 52 52 28 - 602
Postscheckamt Frankfurt (Blz 500 100 60)

Bitte bei der Bestellung auf dem Überweisungsformular das Stichwort „NEUABO", beziehungsweise „Verlängerung" oder „Adresswechsel" angeben.

